



PROTOKOLL

über die 10. Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz am Donnerstag, 20. Oktober 2016, 14 Uhr, im Gemeinderatssaal des Alten Rathauses

Anwesende:

Vorsitzender:

SPÖ Bürgermeister Klaus Luger

Die VizebürgermeisterInnen:

ÖVP Mag. Bernhard Baier
SPÖ Christian Forsterleitner
FPÖ Detlef Wimmer

Die StadträtInnen:

FPÖ Markus Hein
SPÖ Karin Hörzing
GRÜNE Mag.^a Eva Schobesberger
ÖVP KommRⁱⁿ Susanne Wegscheider

Die GemeinderätInnen:

FPÖ Mia Åkerblom
SPÖ Markus Benedik
ÖVP Ing. Peter Casny
SPÖ Helga Eilmsteiner
GRÜNE Mag.^a Rossitza Ekova-Stoyanova
NEOS Felix Eypeltauer
SPÖ Regina Fechter-Richtinger
FPÖ Manfred Gabriel
SPÖ Stefan Giegler
FPÖ Wolfgang Grabmayr
SPÖ Johannes Greul
GRÜNE Klaus Grininger, MSc
KPÖ Mag.^a Gerlinde Grün
ÖVP Josef Hackl
SPÖ Claudia Hahn
ÖVP Mag. Martin Hajart
GRÜNE Mag.^a Marie Edwige Hartig
FPÖ Harald Hennerbichler
GRÜNE Sophia Hochedlinger
SPÖ Jakob Huber
SPÖ Carmen Janko
SPÖ Erich Kaiser
ÖVP Waltraud Kaltenhuber

FPÖ Günther Kleinhanns
FPÖ Ute Klitsch
SPÖ Miriam Köck
FPÖ Martina Krendl
SPÖ Wolfgang Kühn
ÖVP Doris Lang-Mayerhofer
GRÜNE Mag. Helge Langer, M.A.
ÖVP Mag.^a Veronika Leibetseder
SPÖ Franz Leidenmühler
NEOS Elisabeth Leitner-Rauchdobler
ÖVP Maria Mayr
FPÖ Anita Neubauer
FPÖ Werner Pfeffer
ÖVP Cornelia Polli, Bed
NEOS Lorenz Potočnik
FPÖ Manfred Pühringer
FPÖ Brigitta Riha
GRÜNE Ursula Roschger
FPÖ Michael Schilchegger
GRÜNE Alexandra Schmid
FPÖ Michael Schörgendorfer
GRÜNE Bernhard Seeber, Mag.
ÖVP Michaela Sommer
ÖVP Markus Spannring
ÖVP Wolfgang Steiger
SPÖ Klaus Strigl
FPÖ Peter Stumptner
GRÜNE Michael Svoboda
SPÖ Regina Traunmüller
FPÖ Susanne Walcher
SPÖ Tanja Weiss
SPÖ Gerhard Weixelbaumer
SPÖ Erika Wundsam

Die Magistratsdirektorin:

Dr.ⁱⁿ Martina Steininger

Der Abteilungsleiter des Präsidiums:

MMag. Andreas Atzgerstorfer

Tagesordnung

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

C ANTRÄGE NACH § 47 ABS. 5 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ (STL) 1992 GEGEN NACHTRÄGLICHE GENEHMIGUNG DURCH DEN GEMEINDERAT

C 1. Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung

C 2. Abschluss einer Vereinbarung über den Leitstellenverbund „Feuerwehr Oberösterreich“ sowie Errichtung einer neuen Nachrichtenzentrale auf der Hauptfeuerwache durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG in Höhe von 765.000 Euro (plus/minus 20 Prozent) – Ankauf von Mobilien seitens der Stadt Linz in Höhe von 66.000 Euro (plus/minus 20 Prozent)

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

D 1. Verbindliches Konsolidierungsziel für den Voranschlag 2017 und die Mittelfristige Finanzplanung 2018 bis 2021

D 2. Kreditüberschreitung auf Grund der Verschiebung der Stichwahl-Wiederholung der BundespräsidentInnen-Wahl 2016 in Höhe von 300.000 Euro

D 3. Inbetriebnahme der Weihnachtsbeleuchtung der Stadt Linz 2016 / 2017 324.000 Euro

E ANTRÄGE DES AUSSCHUSSES FÜR FINANZEN

E 1. Fruchtgenussobjekte der Stadt Linz – Vertrag über die Rückgliederung und Wiederausgliederung des städtischen Wohnungswesens

E 2. Grundverkauf in der KG Ufer (Heliosallee / Moosfelderstraße) um den Verkaufspreis von insgesamt 2,002.938,62 Euro sowie Abtretung von Grundflächen an das öffentliche Gut der Stadt Linz

E 3. Einbringung von 650.000 Euro durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG in die Tabakfabrik Linz Entwicklungs- und Betriebs GmbH zur Mitfinanzierung der Adaptierung des Magazins 1 der Tabakfabrik

E 4. Gewährung einer Subvention an das Rote Kreuz Oö., Körnerstraße 28 (Errichtung der Ortsstelle Linz-Süd); maximal 279.000 Euro, aufgeteilt auf die Jahre 2018 bis 2020

E 5. Schenkung des Grundstücks Nummer XXXXX an die Stadt Linz und des Grundstücks Nummer XXXXX an die Immobilien Linz GmbH & Co KG, KG Katzbach (XXXXXXXXXXXXXXXX)

E 6. Grundverkäufe in der KG Urfahr (Bereich XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX) um den Verkaufspreis von insgesamt 567.600 Euro

E 7. Grundverkauf in der KG Pichling (Drosselweg) um den Verkaufspreis von 275.000 Euro

F ANTRÄGE DES AUSSCHUSSES FÜR INFRASTRUKTUR, STADTENTWICKLUNG UND WOHNBAU

- F 1. Entwicklung eines „Masterplans“ für das Areal der Hiller-Kaserne und der angrenzenden „Sommergründe“; Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. April 2016
- F 2. Erste richtungsweisende Schritte in der Planung des Stadtviertels Ebelsberg; Erledigung des Antrages der NEOS-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015
- F 3. Erstellung eines Radkonzeptes zur Erhöhung des Radfahranteils in Linz; Erledigung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 28. Jänner 2016
- F 4. Änderungsplan Nr. 82 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Lustenau (Garnisonstraße)
- F 5. Ausbau des Menzelweges zwischen Drosselweg und Fasanweg im Zuge der Fertigstellung von „WSG-Wohnbauten“; Vergabe der Arbeiten; maximal 230.000 Euro, davon 80.000 Euro 2016 und 150.000 Euro 2017
- F 6. Änderungspläne Nr. 63 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Lustenau (Wimhölzelstraße / Ing.-Stern-Straße)
- F 7. Änderungsplan Nr. 83 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, KG Lustenau (Raimundstraße 45)
- F 8. Änderungspläne Nr. 78 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Katzbach (Sombartstraße)
- F 9. Neuerfassung (Stammpfan) des Bebauungsplanes 01-112-01-00, KG Linz (Scharitzerstraße - Humboldtstraße)
- F 10. Fahrradfreundliche Pflasterung; Erledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015
- F 11. Gänzliche Aufhebung des Bebauungsplanes SW 109/1, KG Kleinmünchen und Waldegg (südlich der Europastraße)
- F 12. Neuerfassung (Stammpfan) des Bebauungsplanes 01-120-01-00, KG Linz (Figulystraße - Beethovenstraße)
- F 13. Nibelungenbrücke – Verbesserungsmaßnahmen für Fußgänger und Radfahrer; Erledigung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015
- F 14. Alt Urfahr – Erhalt des „Alten Fischerdörfles“; Erledigung des Dringlichkeitsantrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 30. Juni 2016

G ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

- G 1. Kreditübertragung für die Leistung von Beiträgen zur Erhaltung der öffentlichen Berufsschulen in Höhe von 115.000 Euro

H FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STL 1992

H 1. BLUMENSCHMUCKWETTBEWERB

H 2. VERSTÄRKTE REINIGUNG ÖFFENTLICHER PLÄTZE IN LINZ - ANTRAG UND RESOLUTION

H 3. PROFESSIONELLE BEANTRAGUNG UND ABWICKLUNG VON EU-FÖRDERUNGEN

H 4. BEFRAGUNG DER LINZER BEVÖLKERUNG

H 5. BÜRGERINNEN- UND BÜRGERBEFRAGUNG 2017 MIT SCHWERPUNKT „INTEGRATION“

H 6. UNTERSCHRIEBENE INTEGRATIONSERKLÄRUNG ALS VORAUSSETZUNG FÜR FREIWILLIGE LEISTUNGEN DER STADT LINZ AN ASYLBERECHTIGTE UND SUBSIDIÄR SCHUTZBERECHTIGTE

H 7. ERARBEITUNG EINER LINZER SUCHT- UND DROGENSTRATEGIE – HANDLUNGSFELDER AUF KOMMUNALER EBENE

H 8. FINANZIERUNG ZWEITE SCHIENENACHSE

H 9. MASTERPLAN EBELSBERG - KOOPERATIVE PLANUNGSVERFAHREN

H 10. PARK-AND-RIDE - RÜCKNAHME DES KÜRZUNGSPAKETES

H 11. TRANSPARENTE UND BARRIEREFREIE INFORMATIONEN ZU GEMEINDERATSSITZUNGEN

H 12. LÜCKEN FÜLLEN - KLEINE INNERSTÄDTISCHE BAULÜCKEN SYSTEMATISCH MOBILISIEREN

H 13. KOOPERATIVES VERFAHREN WILDBERGSTRASSE (URFAHR)

H 14. ZUKUNFTSORIENTIERTER AUSBAU DES GEH- UND RADWEGES AUF DER STEYREGGER BRÜCKE IM ZUGE DER BRÜCKENSANIERUNG – RESOLUTION

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Bürgermeister Luger eröffnet die 10. Sitzung des Gemeinderates, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Weiters begrüßt Bürgermeister Luger die MitarbeiterInnen der Dienstausbildung zum Unterrichtsgegenstand Statut. Ebenso begrüßt der Vorsitzende alle Gäste auf der Tribüne. (Beifall)

Für die heutige Sitzung ist Gemeinderätin Wessela, SPÖ, entschuldigt. Gemeinderätin Weiss, SPÖ, wird etwas später in die Sitzung kommen.

A MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

Bürgermeister Luger verweist auf das neue gebundene Exemplar des Stadtstatuts, das den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten auf ihren Tischen vorliegt. Darin sind die letzten Änderungen, die der Oberösterreichische Landtag beschlossen hat, eingearbeitet.

Weiters verweist Bürgermeister Luger auf die den Mitgliedern des Gemeinderates vorliegenden Mitteilungen über jene Stadtsenatsbeschlüsse, mit denen Kreditüberschreitungen und Kreditübertragungen bewilligt wurden, und ersucht um Kenntnisnahme.

(1. Kreditüberschreitungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 13. September 2016 bis 10. Oktober 2016 für das Rechnungsjahr 2016 eine Kreditüberschreitung genehmigt.

| VASSt | Bezeichnung | anw. berecht. GB | Beschluss Datum | Betrag € |
|---------------|-----------------|---------------------|--------------------|------------------|
| 1.9001.642000 | Beratungskosten | FIWI | 06.10.16 | <u>47.000,00</u> |

In der Zeit vom 1. Jänner 2016 bis 10. Oktober 2016 wurden vom Stadtsenat für das Rechnungsjahr 2016 Kreditüberschreitungen in der Höhe von 87.000 Euro genehmigt. Davon wurden dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen 40.000 Euro zur Kenntnis gebracht. Die Bedeckung der Kreditüberschreitung erfolgte durch Mehreinnahmen.

2. Kreditübertragungen:

Der Stadtsenat hat in der Zeit vom 13. September 2016 bis 10. Oktober 2016 für das Rechnungsjahr 2016 keine Kreditübertragung genehmigt.

In der Zeit vom 1. Jänner 2016 bis 10. Oktober 2016 wurden vom Stadtsenat für das Rechnungsjahr 2016 Kreditübertragungen in der Höhe von 170.285,66 Euro genehmigt, welche dem Gemeinderat in bereits vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis gebracht wurden.

Gemäß § 54 Abs. 2 StL 1992 in Verbindung mit Verordnung des Gemeinderates vom 29. November 1979 obliegt die Beschlussfassung der Kreditübertragungen, wenn der Betrag im Einzelfall 29.069 Euro nicht übersteigt, und bei Kreditüberschreitungen, wenn der Betrag im Einzelfall 50.000 Euro nicht übersteigt, dem Stadtsenat, solange die bereits vom Stadtsenat beschlossenen Kreditüberschreitungen nicht die Höhe von insgesamt eins von Hundert der gesamten veranschlagten Ausgaben übersteigen. Der maßgebliche Höchstbetrag 2016 für Kreditüberschreitungen beträgt somit 8,823.293 Euro und wurde nicht überschritten.

3. Nachtragsvoranschlag:

Für das Rechnungsjahr 2016 haben die vom Gemeinderat und Stadtsenat bis zum 10. Oktober 2016 genehmigten Kreditüberschreitungen 1,925.840,73 Euro und die Kreditübertragungen 592.235,66 Euro betragen. Gemäß § 54 Abs. 2 letzter Satz StL 1992 ist ein Nachtragsvoranschlag erforderlich, wenn die Kreditüberschreitungen 7,5 Prozent der Einnahmen des ordentlichen Voranschlages, das sind 48,843.825 Euro übersteigen. Für Kreditübertragungen gilt das Gleiche.

Diese Grenzen wurden nicht überschritten. Ein Nachtragsvoranschlag für 2016 ist daher nicht erforderlich.)

B ANFRAGEN AN STADTSENATSMITGLIEDER

Bürgermeister Luger bringt zur Kenntnis, dass vier Anfragen in die heutige Sitzung eingebracht wurden; zwei an seine Person, eine an Vizebürgermeister Forsterleitner und eine an Vizebürgermeister Wimmer.

1. Die Anfrage von **Gemeinderätin Schmid** an Bürgermeister Luger betreffend **Dienstreisen** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.
2. Die Anfrage von **Gemeinderat Grininger, MSc**, an Bürgermeister Luger betreffend **Neue Donaubrücke** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.
3. Die Anfrage von **Gemeinderätin Mag.^a Grönn** an Vizebürgermeister Forsterleitner betreffend **Kosten KDZ** wird schriftlich oder in der nächsten Sitzung beantwortet.
4. Anfrage von **Gemeinderat Mag. Hajart** an Vizebürgermeister Wimmer:
 „Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, nach § 24 Abs. 5a und 5c (Straßenverkehrsordnung) StVO gibt es für ambulante Pflegedienste und Hebammen unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmen von Halte- und Parkverboten. Ebenso sind nach § 4 Abs. f und g Linzer Parkgebührenordnung diplomierte, ambulante Pflegedienste und Inhaber einer Bestätigung eines oberösterreichischen Sozialhilfverbandes während des Einsatzes von der Parkgebührenpflicht befreit.

Offensichtlich hat sich in letzter Zeit die Vergabep Praxis von Parkgebührenbefreiungen geändert, da unter anderem beispielsweise Hebammen und Geburtshelferinnen nun keine Parkgebührenbefreiung mehr erhalten. Damit diese Dienste auch in Zukunft ihre wertvolle Tätigkeit unkompliziert ausüben können, ersuche ich Sie um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele solcher Parkgebührenbefreiungen wurden im Vorjahr bzw. heuer ausgegeben?
2. Gibt es eine Aufstellung nach Berufsgruppen? Wenn Ja: Wie verteilen sich die Parkkarten nach Berufsgruppen?
3. Wurden im Vorjahr und heuer Ansuchen für solche Parkkarten abgelehnt? Wenn ja: Wie viele und aus welchen Gründen?
4. Welche Möglichkeiten gäbe es, damit Hebammen und Geburtshelferinnen die für ihre Dienste notwendigen Ausnahmegenehmigungen auch weiterhin erhalten?

Dazu **Vizebürgermeister Wimmer**:

„Diese Anfrage werde ich, soweit sie rechtlich zulässig ist - in einem Punkt ist sie es nicht -, entsprechend beantworten. Ich darf zugleich näher darauf eingehen.

Zu 1: Im Jahr 2015 wurden 896 Karten und von Jänner bis September 2016 532 Karten ausgegeben.

Zu 2: Es gibt keine Aufstellung nach Berufsgruppen.

Zu 3: 2015 wurden sieben Ansuchen abgelehnt und 2016 bisher acht. Aufgrund der Nichterfüllung der rechtlichen Voraussetzungen oder aufgrund von nachgewiesenem Missbrauch wurden die Ansuchen von den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Geschäftsbereiches Abgaben und Steuern negativ behandelt. Eine detailliertere Aufschlüsselung ist unter Berücksichtigung des Datenschutzes aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Diesen Punkt kann ich leider nicht beantworten.

Zu 4: Hebammen sind für die Durchführung von Hausgeburten nach § 24 StVO von den Parkgebühren befreit. Das gilt jedoch, wie gesagt, nur für den Fall einer Hausgeburt und

nicht für die Vorbereitung und Betreuung nach einer Geburt bzw. für andere Termine und Dienstleistungen. Vor kurzem wurde von der österreichischen Landesvertretung für Hebammen die Aufnahme dieses Tatbestandes in das Finanzausgleichsgesetz (FAG) beantragt, wobei dies auf die Hausgeburt beschränkt war. Die Vorbereitung und Nachbetreuung wurde dezidiert ausgenommen. Von der zuständigen Stelle für Parkraumbewirtschaftung wurden jährlich Karten für zehn in Linz tätige Hebammen ausgestellt. Es hat sich herausgestellt, dass lediglich eine geringe Zahl dieser zehn Hebammen tatsächlich Hausgeburten durchführen. Die vorliegende Statistik aus den städtischen Ballungszentren zeigt, dass Geburten in den meisten Fällen im Krankenhaus erfolgen. Dies bedeutet, dass die Befreiungskarte überwiegend zweckfremd verwendet wurde.

Eine Überprüfung bzw. Unterscheidung durch die Aufsichtsorgane ist naturgemäß nur sehr schwer möglich. Aus diesem Grund werden zwar keine Befreiungskarten mehr ausgestellt, im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen sind Hebammen bei der Durchführung von Hausgeburten jedoch selbstverständlich weiterhin parkgebührenbefreit. Sollte es zur Ausstellung eines Strafmandates kommen, gibt die Hebamme Adresse sowie Name von Mutter und Kind per E-Mail an die Parkraumbewirtschaftung weiter. Diese kontrollieren die Daten und stornieren das Strafmandat. Diese Vorgehensweise hat sich als ökonomisch erwiesen. Daher kann aus Sicht des zuständigen Geschäftsbereiches auf die Ausstellung einer Karte verzichtet werden.

Eine persönliche politische Anmerkung und Ergänzung aus meiner Sicht: Natürlich bin ich als Referent für verschiedenste Vorschläge, die im Einklang mit gesetzlichen Bestimmungen zu einer Verbesserung oder einfacheren Handhabung führen können, offen. Im Vorfeld hat es keine politischen Diskussionen über eine neue bzw. geänderte Vergabep Praxis gegeben. Sollte es im Detail etwas geben, stehe ich natürlich dafür offen, dies im direkten Gespräch mit dir, Martin, aufzugreifen und entsprechende Änderungen herbeizuführen, soweit das im Rahmen der Gesetze möglich ist. Die StVO als solches könnten wir natürlich nur über Anregung einer StVO-Reform an den Bundesgesetzgeber ändern. Ich hoffe, somit deine Fragen beantwortet zu haben.“

Zusatzfrage von Gemeinderat Mag. Hajart:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, lieber Detlef, vielen herzlichen Dank für die Anfragebeantwortung. Nachdem du eine Handreichung gegenüber der betroffenen Berufsgruppe machst, geht das schon einmal in die richtige Richtung. Meine Zusatzfrage geht in Richtung, der Nachbetreuung von Frauen durch Hebammen nach der Geburt.

Schon nach drei Tagen nach der Geburt verlassen Frauen das Krankenhaus und werden anschließend durch Hebammen betreut. Die Berufsausübung ist erschwert, wenn die Hebammen während einem Hausbesuch zum Parkgebührenautomat gehen müssen. Bis vor kurzem hat diese Berufsgruppe die Parkberechtigungskarten noch erhalten. Seit August dieses Jahres, wurden diese Karten nicht mehr verlängert. Siehst du hier eine Möglichkeit, um mit dieser Berufsgruppe eine einvernehmliche Lösung zu finden - ich glaube, es gibt nicht besonders viele Fälle.“

Dazu Vizebürgermeister Wimmer:

„Danke für diese Zusatzfrage. Es geht offensichtlich, wie gesagt, unter Bezug auf die StVO und laut Auskunft des zuständigen Geschäftsbereiches um eine bundesweite Thematik, die teilweise unterschiedlich gehandhabt wird. Ich sehe natürlich einen Bedarf bzw. Spielraum für eine Vereinheitlichung und damit logischerweise für Verbesserungen. Im Rahmen der derzeitigen gesetzlichen Regelung gibt es nur die konkrete Ausnahme für die Geburt als solches und nicht für die Vorbereitungs- oder Nachbetreuung. Selbstverständlich bin ich bereit,

dass wir uns die Sache genauer anschauen und unseren Beitrag zu möglichen Änderungen leisten können. Ich werde konkret anregen, dieses Thema in den Gremien des österreichischen Städtebundes zu behandeln, da es vor allem in den Städten auftreten könnte. Es ist nicht nur Linz allein betroffen. Man kann einen Erfahrungsaustausch machen und sich vielleicht gemeinsam für ein möglichst gutes Modell einsetzen. Ich bin gerne bereit und offen dafür, in dieser Sache weiter zusammenzuarbeiten. Vielen Dank.“

5. Anfrage von **Gemeinderat Hennerbichler** an Stadträtin Wegscheider:

„Sehr geehrte Frau Stadträtin, in der 52. Gemeinderatssitzung am 5. März 2015, kurz vor Wahlkampfbeginn, wurde von Ihnen der Dringlichkeitsantrag ‚Grundsatzbeschluss zur Finanzierung von Unterstützungsmaßnahmen für arbeitslose Linzer Jugendliche‘ eingebracht. Nach längerer Diskussion wurde dieser, ohne Stimmen der FPÖ, diese vermutete in diesem Antrag einen Wahlkampfgegner, beschlossen. Vor dem Hintergrund der auch im Jugendbereich gestiegenen Arbeitslosenzahlen in Linz sollte die Stadt Maßnahmen zur aktiven Arbeitsmarktpolitik für arbeitslose Linzer Jugendliche ergreifen. Hierfür wurde ein maximales Finanzierungsvolumen von 500.000 Euro im Jahr 2015 beschlossen.

Seit dem gegenständlichen Dringlichkeitsantrag, in dem keine einzige konkrete Maßnahme erwähnt wurde, sind nunmehr VA Jahre vergangen. Sie hatten also ausreichend Zeit, um konkrete Projekte gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Es besteht ein wesentliches Informationsinteresse der Linzer Bevölkerung, ob und (falls ja) in welcher Form Sie sich dieser Problematik erfolgreich angenommen haben.

In diesem Zusammenhang ersuche ich höflich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wurden die gesamten, beantragten 500.000 Euro in konkrete Projekte investiert? Wenn nicht, warum nicht?
2. Welche konkreten Projekte zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit wurden durch Sie bzw. Ihr Ressort erfolgreich umgesetzt?
3. Mit welchen Partnern wurden diese Projekte umgesetzt?
4. Nach welchen Kriterien wurden Projekte und Projektpartner ausgewählt?
5. Gibt es Projektpartner oder andere Empfänger von Geldern, die Mitglieder des Wirtschaftsverbandes oder der ÖVP sind? Wenn ja, welcher Betrag ist auf diese entfallen?
6. Wie hoch waren die jeweiligen Kosten, aufgeschlüsselt nach Projekten?
7. Wie viele Jugendliche, aufgeschlüsselt nach Projekten und Nationalität, nahmen an diesen Projekten teil?
8. Nach welchen Kriterien wurden diese Jugendlichen ausgewählt?
9. Konnten die Teilnehmer am Arbeitsmarkt vermittelt werden und sind diese gegenwärtig noch in einem aufrechten Arbeitsverhältnis?
10. Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in Linz seit Ende Februar 2015 (in Zahlen) entwickelt?
11. Bei einer vergleichenden Betrachtung der Jugendarbeitslosigkeit vor und nach Ihren Projekten, würden Sie sagen, dass Ihre Maßnahmen zu einer nachweisbaren Entspannung

am Arbeitsmarkt für Jugendliche beigetragen haben? Wenn nein, warum nicht? Was würden Sie heute in diesem Zusammenhang anders machen?“

Dazu **Stadträtin Wegscheider:**

„Die Umsetzung dieses Gemeinderatsgrundsatzbeschlusses vom März 2015 wurde dem neu konstituierten Gemeinderat in seiner Sitzung vom 3. Dezember 2015 vorgelegt. Konkret war es eine nachträgliche Genehmigung eines Stadtsenatsbeschlusses, der noch vor der Wahl im September 2015 gefasst wurde. Die Genehmigung des Gemeinderates im Dezember 2015 erfolgte im Übrigen einstimmig mit der Zustimmung der FPÖ.

Ich darf nun die Fragen im Einzelnen beantworten, soweit meine Zuständigkeit gegeben ist. Die Umsetzung erfolgt auch durch das Sozialresort und das Bildungsresort.

Zu 1: Wie im Gemeinderatsbeschluss vom Dezember 2015 nachzulesen ist, wurden vom Gemeinderat nur 200.000 Euro genehmigt. Es ist kein Geheimnis, dass ich mich dafür eingesetzt habe, Maßnahmen von zumindest 300.000 zu beschließen. Es wurden allerdings nur 200.000 genehmigt.

Zu 2: Folgende Maßnahmen wurden im Beschluss genehmigt: Potenzialanalyse für Jugendliche im Ausmaß von 10.000 Euro, zusätzliche Sprachkurse für Migranten im Ausmaß von 95.000 Euro, Berufs- und Lehrberufsinformationen für Migrantenvereine im Ausmaß von 15.000 Euro, das Lernprojekt LernFit mit 30.000 Euro, und zusätzliche kostenlose Lernunterstützung um 50.000 Euro. Die Projekte der Sprachkurse LernFit und Lernunterstützung fallen nicht in mein Ressort. Ich kann daher die nachfolgenden Fragen nicht beantworten. Diese Fragen müssten an die jeweils zuständigen Referenten gerichtet werden.

Zu 3: In meinem Bereich erfolgte die Umsetzung mit dem AMS, dem Wifi und dem Integrationsbüro.

Zu 4: Nach sachlichen Kriterien und natürlich nach Kostenkriterien.

Zu 5: Nein.

Zu 6: Dies habe ich bereits bei Frage 2 beantwortet.

Zu 7: Die Umsetzung ist noch im Laufen, daher kann diese Frage noch nicht abschließend beantwortet werden.

Zu 8: Die Kriterien ergeben sich aus der Zielgruppe der einzelnen aufgezählten Maßnahmen von selbst. Bei der Potenzialanalyse sind die Kriterien auf Jugendliche von 18 bis 24 Jahren eingeschränkt.

Zu 9: Dazu liegen in meinem Bereich noch keine Auswertungen vor.

Zu 10: Ende Februar 2015 waren in Linz 2247 Jugendliche im Alter bis 24 Jahren arbeitslos oder in Schulungen. Ende September 2016 waren es 2008 Jugendliche, das sind um 239 Jugendliche weniger oder das ist ein Rückgang von 10,6 Prozent.

Zu 11: Alle Maßnahmen tragen letztlich positiv zum Rückgang der Jugendarbeitslosenzahlen bei. Klar ist, dass die Maßnahmen der Stadt nur einen Bruchteil der Maßnahmen sind, die Bund und Land über das AMS und die sonstigen Träger setzen. Für solche benachteiligte Jugendliche, die bisher durch die meisten Programme nicht erfasst werden, würde ich gerne

noch ein individuelles Coachingprogramm einführen. Das ist aber eine sehr teure Maßnahme, die im Vorjahr aus Kostengründen nicht genehmigt wurde.

Ich hoffe, dass ich die Anfrage ausreichend beantwortet habe.“

Bürgermeister Luger:

„Danke, ich verzichte auf eine tatsächliche Berichtigung zum letzten Satz.“

C ANTRÄGE NACH § 47 ABS. 5 StL 1992 GEGEN NACHTRÄGLICHE GENEHMIGUNG DURCH DEN GEMEINDERAT

Vizebürgermeister Wimmer berichtet über C 1 und C 2

C 1 Novellierung der Lustbarkeitsabgabeordnung

und führt aus:

„Vielen Dank. Hier wurde bereits vom Stadtsenat eine einstimmige Beschlussfassung gegen nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat durchgeführt. Hintergrund ist nicht eine erhebliche inhaltliche Änderung, sondern es bedarf aufgrund der Entwicklungen seit der Beschlussfassung durch den Landesgesetzgeber noch einer formaljuristischen Anpassung. Mit 1. März 2016 ist die neue gesetzliche Regelung in Kraft getreten. Diese Änderung ist nunmehr erforderlich, um zu verhindern, dass es zu einem Einnahmenentfall kommt und die Lustbarkeitsabgabeordnung im Einklang mit dem Gesetz zur Anwendung gelangen kann.

Der Gemeinderat beschließe:

,1. Die Novelle zur Lustbarkeitsabgabeordnung der Landeshauptstadt Linz vom 28. Jänner 2016, kundgemacht im Amtsblatt Nr. 3/2016, wird in der beiliegenden Fassung erlassen.

2. Nach § 65 Abs. 1 StL 1992, LGBl. Nr. 7/1992 idgF, ist diese Verordnung durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Landeshauptstadt Linz kundzumachen.

Verordnung

des Stadtsenates der Landeshauptstadt Linz vom 6. Oktober 2016 gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz nach § 47 Abs. 5 Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992, LGBl. Nr. 7/1992 idgF, mit der die Lustbarkeitsabgabeordnung der Landeshauptstadt Linz vom 28. Jänner 2016, Amtsblatt Nr. 3/2016, geändert wird.

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Z 1 des Bundesgesetzes, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2008 bis 2016 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2008 – FAG 2008'), BGBl. I Nr. 103/2007 idgF, sowie aufgrund des Landesgesetzes über eine Gemeindeabgabe für Lustbarkeiten (Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz 2015 – Oö. LABgG 2015), LGBl. Nr. 114/2015, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 58/2016, wird wie folgt verordnet:

Artikel I

1) In § 3 Z 2 wird nachstehender Satz hinzugefügt:

„Für den Betrieb von Wettterminals (§ 1 Abs. 2 Z 2) ist das den jeweiligen Wettterminal betreibende Wettunternehmen im Sinne des § 2 Z 9 Oö. Wettgesetz, LGBl. Nr. 72/2015, Veranstalterin/Veranstalter.“

2) In § 5 Abs. 1 wird die Formulierung ‚spätestens drei Werktage‘ durch ‚unverzüglich, spätestens jedoch 14 Tage‘ ersetzt, sodass § 5 Abs. 1 lautet wie folgt:
‚Sämtliche Lustbarkeiten, für deren Zulassung ein Eintrittsgeld zu entrichten ist, sind von der Veranstalterin/vom Veranstalter unverzüglich, spätestens jedoch 14 Tage vor Beginn derselben, beim Magistrat anzumelden.‘

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages des Anschlages an den Amtstafeln der Landeshauptstadt Linz in Kraft.“

Aus den genannten Formalgründen und unter Verweis auf die Vorlage, ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.“

C 2. Abschluss einer Vereinbarung über den Leitstellenverbund „Feuerwehr Oberösterreich“ sowie Errichtung einer neuen Nachrichtenzentrale auf der Hauptfeuerwache durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG in Höhe von 765.000 Euro (plus/minus 20 Prozent) – Ankauf von Mobilien seitens der Stadt Linz in Höhe von 66.000 Euro (plus/minus 20 Prozent)

und stellt nach Darstellung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die beiliegende Vereinbarung über den Leitstellenverbund ‚Feuerwehr Oberösterreich‘ wird genehmigt.

2. Den Umbaumaßnahmen - insbesondere der Errichtung einer neuen Nachrichtenzentrale auf der Hauptfeuerwache Wiener Straße 154 - durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG (ILG) mit Gesamtkosten in der Höhe von 765.000 Euro exkl. USt auf Preisbasis April 2016 mit einer Bandbreite von plus/minus 20 Prozent sowie dem Ankauf der dafür erforderlichen Mobilien durch die Stadt Linz in der Höhe von 66.000 Euro inkl. USt auf Preisbasis April 2016 wird mit einer Bandbreite von plus/minus 20 Prozent zugestimmt.

Den während der Errichtungszeit tatsächlich anfallenden Indexsteigerungen der Gesamtkosten wird zugestimmt. Der Gemeinderat ist erneut zu befassen, wenn die Gesamtkosten über die Indexsteigerung hinaus um mehr als 20 Prozent überschritten werden.

3. Die Verrechnung der Kosten in der Höhe von 66.000 Euro inkl. USt für das Rechnungsjahr 2017 für die Mobilien des Projektes erfolgt auf der VAS 5.1620.043100, Betriebsausstattung FW.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Leitner-Rauchdobler zu C 1:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 28. Jänner, sprechen wir uns gegen die Lustbarkeitsabgabeordnung aus. Das Land hat durch die Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe einen notwendigen Schritt in Richtung Bürokratieabbau gesetzt. Auch wenn die Gastronomie von der neuen Steuer befreit ist, trifft das beispielsweise über die Kinos und über die Schausteller am Ende doch die Konsumentinnen und Konsumenten.

Uns ist schon klar, dass es schlecht um die Linzer Finanzen steht. Wenn die Parteien in Linz auf der Suche nach Geld sind, dann sollten sie am besten bei sich selbst anfangen, etwa durch

die Senkung der Fraktionsförderung oder durch die sofortige Abschaffung unnötiger Posten, wie etwa den Vizevizebürgermeister und den Vizevizevizebürgermeister. Die Unterhaltung aber teuer zu machen, kann nicht die Lösung sein. Daher werden wir hier nicht zustimmen. Danke.“ (Beifall NEOS)

Gemeinderätin Schmid zu C 2:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dieser Antrag soll nun, nach dem Beschluss des Stadtsenates nach § 47 Abs. 5 StL 1992 nachträglich durch den Gemeinderat genehmigt werden. § 47 Abs. 5 StL 1992 besagt, dass der Stadtsenat berechtigt ist, in Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen, anstelle des Gemeinderates zu entscheiden, wenn die Entscheidung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann oder die Angelegenheit einer sofortigen Erledigung bedarf. Das heißt, wenn eine Dringlichkeit gegeben ist.

Bei diesem Antrag geht es sogar um mehrere Projekte, um einen Leitstellenverbund, um die Errichtung einer Nachrichtenzentrale und den Ankauf von Mobilien. Dabei stellt sich für mich die Frage nach der Dringlichkeit. Es handelt sich um ein sehr langfristiges Projekt, das wahrscheinlich eine längere Vorbereitungsphase hat. Es gibt für mich nur zwei Erklärungen: Entweder hat der Zuständige zu spät damit angefangen, es nicht so gut vorbereitet oder es kam zu irgendwelchen Verzögerungen. Oder es wurde, was ich aber nicht glaube und nicht hoffe absichtlich am Gemeinderat vorbei behandelt. Ich glaube das nicht, aber es wäre eine Erklärung. Beides wäre natürlich fatal. So geht man mit solchen Projekten nicht um.

Dann kommt noch dazu, dass es bei diesem Projekt um sehr, sehr viel Geld geht. Wir sprechen hier von knapp einer Million Euro, wenn wir diese Eventualerhöhung von plus 20 Prozent mitbeschließen - was wir auch tun. Wir behandeln in diesem Gemeinderat auch noch das über Monate diskutierte Konsolidierungsziel. Bei einigen dieser Maßnahmen geht es um sehr, sehr viel geringere Beträge. Aus diesen Gründen werden wir uns der Stimme enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort

Vizebürgermeister Wimmer zu C 1 und C 2:

„Vielen Dank. Ich darf wiederum beide Wortmeldungen gemeinsam beantworten.

Zunächst zu **C 1**, eingehend auf die Wortmeldung der NEOS-Fraktion. Ich glaube, es steht hier bei einer rein formellen Diskussion etwas ungewöhnlich an. Bei der Lustbarkeitsabgabeordnung in Linz hat es auch andere Gegenmeinungen gegeben. Anfang des Jahres hat dazu eine kritische Diskussion stattgefunden. Alle anderen Fraktionen haben aber erkannt, dass es nicht um eine inhaltliche Diskussion geht. Ich darf daher Ihnen, Frau Gemeinderätin, mitteilen, dass es bei der Lustbarkeitsabgabeordnung um keine inhaltliche, neue Diskussion geht, sondern nur darum, die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen umsetzen zu können. Das heißt, stimmt man heute dagegen, ist das besonders unlogisch, weil zwar die bisher geltende für März beschlossene Form aufrecht bleibt, man aber sicher weiß, dass die Umsetzung dann nicht ordnungsgemäß vonstattengehen kann.

Das heißt, würde jeder Gemeindeart, jede Gemeinderätin so abstimmen, wie Sie, würden wir in einem rechtswidrigen Zustand verharren. Das ist dann besonders unlogisch und wahrscheinlich rechtlich über das Maß einer politischen Peinlichkeit hinaus bedenklich. Es könnte dann sogar zu Schadenersatzforderungen kommen. Auch eine Strafbarkeit könnte gegeben sein, wenn hier unter Umständen Wissentlichkeit vorliegt.

Ich bitte Sie, nicht zwei Dinge zu vermischen, die nicht zusammengehören. Ich darf Sie gerne noch einmal aus erster Hand darüber informieren, dass es nicht um eine inhaltliche Diskussion geht, sondern darum, das Festgelegte aufgrund einer landesgesetzlichen Änderung zur Umsetzung zu bringen. Man darf hier nicht in einem rechtlich nicht zielführenden Zustand verharren, wie es Ihr Stimmverhalten zur Folge hätte.

Nachdem Sie das schon gewünscht haben, werde ich – auch inhaltlich, aber nur ganz kurz - darauf eingehen. Sie haben gemeint, die Lustbarkeitsabgabe würde vom Land abgeschafft. Das ist nicht richtig, weil es sonst kein neues Gesetz zur Regelung von Lustbarkeitsabgabeordnungen gäbe. Den Gemeinden würde das Recht entzogen werden, überhaupt eine Lustbarkeitsabgabe einzuheben. Insofern sind Ihre Ausführungen seitens der NEOS-Fraktion unrichtig und falsch.

Darüber hinaus darf ich einen weiteren Aspekt beleuchten. Sie haben gemeint, es solle bei der Politik eingespart werden. Es ist Fakt, dass das Sparpaket, das seitens der freiheitlichen Fraktion, aber auch das, das seitens der SPÖ-Fraktion mittlerweile vorgelegt wurde, wesentlich umfassender ist und zu größeren Einsparungen führt, als es das Sparpaket für die Politik der NEOS macht. Die NEOS sind herzlich dazu eingeladen, von ihrem bisher kleinen Sparpaket Abstand zu nehmen und sich in der Diskussion zum Beispiel dem Freiheitlichen Sparpaket, dass das bisher größtmögliche im Bereich der Politik war, anzunähern und mitzustimmen. Meine Einladung an Sie, bitte verzichten Sie darauf, sich als einzige Fraktion darzustellen, die an Einsparungen interessiert ist. Das entspricht nicht der Wahrheit.

Darüber hinaus haben Sie angeführt, Sie wären für Unterhaltungen und Unterhaltungen sollen nicht zur Kasse gebeten oder beeinträchtigt werden. Ich kann Ihnen sagen, - vielleicht kennen Sie das nicht im Detail – dass die einzige Unterhaltung, die durch die neue Lustbarkeitsabgabeordnung der Stadt Linz maßgeblich teurer geworden ist, das Wettbüro ist. Ich weiß nicht, ob die NEOS eine besondere Freude mit Wettterminals haben - spielen, zocken und spekulieren. Ich kann das nicht beurteilen, das müssen Sie wissen. Aus unserer Sicht war es ein wichtiger Schritt, die Wirtshäuser und die Veranstalter zu entlasten. Ich gebe zu, es gibt eine höhere Belastung. Wie gesagt, wird im Wesentlichen im Bereich der Wettterminals ein größerer Beitrag geleistet. Damit kann in anderen Bereichen eine Entlastung erfolgen.

Sie haben selbst von Ankündigungen möglicher Sparmaßnahmen gesprochen. Was ich weiß, haben die NEOS vor der Gemeinderatswahl letzten Jahres angekündigt, auf ihre Fraktionsförderung im politischen Bereich zu verzichten. Leider ist es nach meinem Wissensstand so, dass bei der Stadt Linz trotzdem ein Antrag der NEOS auf Auszahlung der Fraktionsförderung in vollem Ausmaß eingelangt ist. Damit erübrigt sich eine weitere Debatte darüber, wer hier etwas ankündigt und umsetzt. Wir haben unsere Ankündigung, die Wirte und viele Veranstalter zu entlasten und dafür die Wettbüros etwas stärker in die Pflicht zu nehmen, umgesetzt. Wir machen vor allem die Wettterminals teurer, wobei die Obergrenze nicht ausgeschöpft ist. Somit ist aus meiner Sicht C 1 beantwortet. Ich darf um entsprechende Zustimmung ersuchen.

Zu C 2 darf ich ergänzen, dass es für die gleiche Materie in Wels einen einstimmigen Beschluss gegeben hat. Somit haben dort auch Die Grünen zugestimmt. Nachdem Sie in erster Linie formal diskutiert haben, sei Ihnen im Vorfeld gesagt, es hat im Stadtsenat bereits eine Behandlung gegeben. Ihre Bedenken, dass hier etwas am Gemeinderat vorbei gemacht wird, sind schon durch die heutige Sitzung widerlegt. Wir sind im Gemeinderat, hier wird darüber diskutiert, da kann gar nichts am Gemeinderat vorbei gehen, aber der Gemeinderat kann die Sache nicht genehmigen.

Im Vorfeld hat es im Stadtsenat - um einen dritten Punkt anzuführen, bei dem Ihre Ausführungen nicht zutreffen oder Ihnen nicht zuzustimmen ist - die Ankündigung von Fragen

gegeben. Man hat gemeint, dass noch einige Punkte zu diskutieren wären und es unklar sei, warum diesem Antrag die Zustimmung zuteilwerden soll. Ich darf Ihnen aber mitteilen, dass es seitens der Grünen Regierungsmitglieder keine einzige Frage an die zuständige Branddirektion gegeben hat. Sie haben vorher gemeint, irgendetwas sei fatal, Frau Gemeinderätin. Ich finde es fatal, zuerst im Stadtsenat zu sagen, dass man irgendetwas noch nicht weiß und irgendetwas fragen möchte, dann aber nichts fragt, sondern im Gemeinderat abzuwarten und unter gleichzeitigem Zurückrudern in den Raum zu stellen, dass irgendetwas nicht korrekt abgelaufen ist.

Wenn etwas nicht korrekt abläuft - das sage ich der Grünen-Gemeinderatsfraktion schon -, dann ist es eine Ankündigung von Fragen, die dann nie gestellt werden, um dann im Gemeinderat ein scheinbares Theater abzuhalten, in dem so getan wird, als sei irgendetwas nicht in Ordnung. Branddirektor Puchner hat mir heute mitgeteilt, dass keine Frage an ihn ergangen ist. Somit wurde von dieser Möglichkeit, trotz Ankündigung, kein Gebrauch gemacht. Es wird jetzt so getan, als sei das irgendwie nicht korrekt.

Zur Sache selbst haben Sie aber in einem Punkt Recht. Das Positive habe ich mir für den Schluss aufgehoben. Sie haben gemeint, es sei vielleicht eine kompliziertere Sache gewesen. Ja, da gebe ich Ihnen Recht. Natürlich hat die zuständige Stelle in der Stadt alles sehr genau angeschaut, sehr genau geprüft und bis auf den letzten Cent danach getrachtet, dass dieses Vorhaben möglichst günstig abgewickelt werden kann. Deshalb war es zwar einerseits nötig, das heute zu beschließen, weil sonst die Zusammenarbeit, die uns viel Geld spart, nicht möglich wäre. Andererseits haben Sie Recht, dass es nicht so schnell gegangen ist, wie es zunächst von der Feuerwehr geplant gewesen wäre. Dafür bin ich dankbar, weil die Sparmaßnahmen in diesem Bereich wichtig sind und für sichere Finanzen in der Zukunft sorgen.

Darüber hinaus darf ich auf Seite 5 Mitte verweisen, wo in Absprache mit dem Präsidium die Entscheidung des Gemeinderates und dieser Modus der Abstimmung rechtlich ausführlich und korrekt begründet ist. Somit bitte ich auch zu C 2 um Zustimmung.“ (Beifall FPÖ)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger zur tatsächlichen Berichtigung:

„Ich würde Herrn Kollegen Wimmer ersuchen, dass er in seinen Berichten aus dem Stadtsenat bei der Tatsache bleibt. Was Sie gesagt haben, Herr Kollege ist nicht richtig. Ich habe mich vielmehr der Stimme mit der Begründung enthalten, dass dieser Antrag, bei dem es um ein Projekt - ich erinnere noch einmal daran - von 750.000 Euro geht, als Nachtrag am Nachmittag vor dem Sitzungsmorgen gekommen ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass nicht genug Zeit war, mich umfassend mit dem Projekt auseinander zu setzen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten. Ich habe gesagt, dass es zu kurzfristig ist, wenn ein Projekt mit einem Finanzvolumen von 750.000 Euro erst am Nachmittag oder am Abend des Vortages daherkommt und die Sitzung am nächsten Tag um 8 Uhr beginnt. In dieser kurzen Zeit ist es mir nicht möglich gewesen, mit der Fraktion eine Abstimmung zu erwirken und mich entsprechend intensiv genug mit dem Projekt auseinander zu setzen. Das war der Grund für die Enthaltung.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Anträge C 1 und C 2 abstimmen.

Der Antrag C 1 wird bei **Stimmenthaltung der NEOS-Fraktion (3) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Antrag C 2 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von Die Grünen (9) und NEOS (3) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Bürgermeister Luger übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Forsterleitner.

D ANTRÄGE DES STADTSENATES

Bürgermeister Luger berichtet über

D 1 Verbindliches Konsolidierungsziel für den Voranschlag 2017 und die Mittelfristige Finanzplanung 2018 bis 2021

und führt aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 3. März dieses Jahres hat der Linzer Gemeinderat einstimmig beschlossen, die Analyse potentieller Konsolidierungen unseres Budgets des städtischen Haushaltes in Angriff zu nehmen und in die Wege zu leiten. Wir haben daraufhin eine Studie des Kommunalwissenschaftlichen Zentrums (KDZ) in Auftrag gegeben. Diese Studie hat - darüber herrscht bis zum heutigen Tag Einigkeit, zumindest bei den Regierungsparteien - einen Konsolidierungsbedarf von 20 Millionen Euro nachhaltig - nicht durch Einzelmaßnahmen und Einmaleffekte sondern nachhaltig - ergeben. Wir haben daraufhin mehrere Tagungen und Sitzungen des Stadtsenates selbst durchgeführt.

Es hat - das soll erwähnt werden - Vorschläge der Regierungsmitglieder selbst gegeben, wo sie glauben, in ihren eigenen Ressorts Einsparungen vornehmen zu können. Hier ist eine Summe von knapp 1,5 Millionen Euro lukriert worden. Es gab weiters - das wird heute noch Thema konkreter Abstimmungen sein - ein Paket in der Höhe von 3,5 Millionen Euro, das nicht mehr einstimmig ist und nicht mehr nur die eigenen Ressorts betreffen wird bzw. respektive betrifft.

Wir haben heute einen Beschluss auf unterschiedlichen Ebenen mit unterschiedlichen Inhalten. Die vier Regierungsparteien werden sich vermutlich, wie heute im Stadtsenat, zum Einsparungspotential in der Gesamtsumme von 20 Millionen Euro als Konsolidierungsbedarf bekennen. Wir werden in Folge darüber diskutieren und entscheiden, dass es konkrete Einzelmaßnahmen gibt, die insgesamt ein Volumen von etwas mehr als drei Millionen Euro umfassen und die ebenfalls bereits in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Da sind die Meinungen zwischen den Parteien nicht einstimmig, meistens einhellig und es gibt aus politischen Gründen, aus meiner Sicht, nachvollziehbare unterschiedliche Interessen. Aus den Unterlagen und von der Strategie her, können wir heute das Ziel nur dann erreichen, wenn wir etwas machen, was es in der Stadt in dieser strukturierten Form, ein Budget zu konsolidieren, objektiv noch nie gegeben hat. Wir werden vier Millionen Euro laufend aus dem Betriebs- und Verwaltungsaufwand, drei Millionen Euro aus dem laufenden Personalbudget, bis zu einer Million Euro laufend durch eine Optimierung der EDV-Dienste, also durch Einsparung bei unserer eigenen Informationstechnologie einsparen. Und wir werden durch eine optimierte Vorgangsweise bei den Finanzbeziehungen zu den Töchtern der Stadt, also zu jenen Unternehmen, die sich im Eigentum der Stadt befinden, ebenfalls ein mögliches Potential von ein bis zwei Millionen Euro lukrieren.

Mit fünf Millionen Euro, die wir durch das KDZ und den vorliegenden Beschluss beschließen können und mit einzelnen weiteren Maßnahmen, die sich ebenfalls in öffentlicher Diskussion und somit in Ihren Unterlagen befinden, können wir für das kommende Jahr 2017 ein Volumen von 14 bis 15 Millionen Euro einsparen. Wir haben darüber hinaus noch ein Volumen von maximal fünf bis sechs Millionen Euro zu bearbeiten, über die sich die Regierungsmitglieder bislang noch nicht verständigen konnten. Nicht, weil sie es nicht wollten, sondern weil noch offene Fragen vorhanden sind.

Daran ist aus meiner Sicht das positiv, dass wir alle, trotz unterschiedlicher Meinungen, ein Gesamtvolumen akzeptieren. Wir gehen in der Stadt neue Wege, dieses Volumen umzusetzen. Diejenigen, die die Magistratsreform im Vorjahr mitgetragen haben, sind dafür kritisiert worden, dass wir eine andere Form von Verwaltung, objektiv eine andere Form von Management in dieser Stadt wollen. Wir haben ein Führungsboard, im Konkreten bestehend aus Frau Magistratsdirektorin, Herrn Finanzdirektor und Frau Personaldirektorin - das, was in einem Unternehmen ein Vorstand ist - mit Möglichkeiten ausgestattet um in dieser Stadt die Ziele, die politisch vorgegeben und demokratisch legitimiert beschlossen werden, besser umsetzen zu können.

Ich halte es für eine viel weitergehende Systemänderung, die wir derzeit in dieser Form der Budgetierung erleben. Auch wie die Beschlüsse und zwar jene über 50 Beschlüsse, die Ihnen heute in Einzelmaßnahmen zur Abstimmung vorliegen. Wir gehen tatsächlich einen Weg, wo Ziele klar definiert werden und ich erlebe es in den letzten Wochen ausgesprochen positiv – dass Führungskräfte ihre Verantwortung nicht nur wahrnehmen - das kann man sich hier wohl erwarten -, sondern sehr engagiert versuchen, mit durchaus kreativen Lösungsvorschlägen finanzielle Vorgaben zu unterbreiten. Sie warten nicht darauf, welche Vorgaben seitens der Politik gemacht werden, sondern sie versuchen, sie umzusetzen.

Bei diesem Sparziel sagen wir nicht, eine Maßnahme ist konkret so und so und nicht anders umzusetzen. Viele Beschlüsse, vor allem jene, die sich in der öffentlichen Diskussion befinden, sagen aus, dass es ein Einsparungsziel gibt. Das ist unverrückbar und in Zahlen gegossen. Das wird im Budget seinen Niederschlag finden. Dieses Ziel ist zu erreichen. Wie das konkret erreicht wird, ist in Abstimmung mit den DirektorInnen der magistratischen Geschäftsbereiche mit den jeweilis zuständigen politischen Referenten umzusetzen. Wir bauen aus meiner Sicht eine neue Unternehmenskultur auf, bei der wir mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf diese Art und Weise versuchen moderner, zeitgemäßer und flexibler umzugehen.

Ich stehe nicht an, zu sagen, dass ich mich bei den vier Regierungsparteien, bei aller unterschiedlicher Auffassung von einzelnen Maßnahmen, dafür bedanke, dass wir versucht haben, einen möglichst weitgehenden Konsens zu erzielen. Dies ist aus meiner Sicht mit der einen oder anderen Partei in einem höheren oder niedrigeren Ausmaß möglich und erfüllbar gewesen. Ich respektiere unterschiedliche Meinungen. Ich kämpfe aber darum, dass wir dieses Potential von 20 Millionen Euro tatsächlich umsetzen, um die Handlungsfähigkeit der Stadt abzusichern und in Folge wieder auszubauen.

Wir haben in diesem Raum in den letzten 20 Jahren beinahe die meisten Ausgaben - in Wirklichkeit hat jede Partei bei einem einzigen größeren Projekt nicht mitgestimmt – bzw. zwischen 97 Prozent und 99 Prozent der Investitionen, an denen wir heute noch und noch lange zurückzahlen, einstimmig beschlossen. Aufgrund anderer Faktoren, wie den überproportional steigenden Zahlungen an das Land, der Wirtschaftskrise, geringeren Steuereinnahmen und aufgrund der Tatsache, dass wir gemeinsam die Meinung vertreten haben, dass wir Kindergärten und Seniorenzentren jetzt bauen und nicht erst später, denn man braucht sie jetzt, haben wir fremdfinanziert. Jetzt müssen wir diese Situation angesichts des internationalen und des oberösterreichischen Umfelds neu ordnen. Das ergibt diese 20 Millionen Euro. Ich werde meine Energie darauf konzentrieren, dieses Einsparungspotenzial umzusetzen. Ich habe als Bürgermeister natürlich immer den Wunsch, dass es möglichst breit mitgetragen wird, habe aber Verständnis dafür, dass nicht alle alles mittragen können.

Wir wären aber gegenüber der nächsten Generationen in der Stadt verantwortungslos, wenn wir nicht jetzt handeln würden. Wir haben zu handeln, um wieder verstärkt investieren zu

können. Wir müssen das aufgrund der Bevölkerungsentwicklung. Unsere Stadt wächst Gott sei Dank, unsere Stadt hat einen Babyboom, wie zuletzt in den 70er-Jahren. Unsere Stadt steht vor großen ökonomischen Umbrüchen, die mit dem Stichwort ‚Digitalisierung‘ nur einen Teil der real verändernden Arbeits- und Wirtschaftswelten umschreiben. Um hier fit zu bleiben und um wieder in die Arbeitsplätze der Zukunft, in die Infrastrukturen, die Menschen sowie Betriebe investieren zu können, ist dieses Konsolidierungspaket notwendig. Ich ersuche, dass wir möglichst viel gemeinsam umsetzen. Das ist die Basis dafür, Linz weiterhin zukunftsfit zu halten. (Beifall SPÖ)

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Die Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtregierung bekennen sich zu dem von den KDZ-Experten bezifferten Einsparungsvolumen von 20 Millionen Euro als verbindliches Konsolidierungsziel für den Voranschlag 2017 und die Mittelfristige Finanzplanung 2018 bis 2021.

2. Die Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtregierung der Landeshauptstadt Linz bekennen sich – nach jeweils erfolgter gesonderter einzelner Abstimmung – ausdrücklich zu den in Beilage 1 angeführten Maßnahmen und beauftragen in diesem Sinne die zuständigen Geschäftsbereiche und Unternehmungen nach StL 1992 mit der jeweiligen sofortigen Umsetzung bzw. mit der Vornahme allenfalls noch erforderlicher Umsetzungsprüfungen. Sofern gesonderte Umsetzungsbeschlüsse erforderlich sind, sind diese ehestmöglich einzuholen.

3. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz nimmt die Vorschläge der Beilage 2 und 3 zur Kenntnis und beauftragt in diesem Sinne die zuständigen Geschäftsbereiche und Unternehmungen nach StL 1992, entsprechende Umsetzungsprüfungen vorzunehmen und gegebenenfalls die dafür erforderlichen Umsetzungsbeschlüsse ehestmöglich einzuholen.

4. Der Gemeinderat beauftragt das Führungsboard im Magistrat Linz, gemeinsam mit den DirektorInnen der Geschäftsbereiche und Unternehmungen nach StL 1992 alle weiteren Einsparungspotenziale umfassend auszuschöpfen, insbesondere durch deutliche Reduktion der Personalausgaben und gegebenenfalls mit Anpassung des Leistungsumfanges bei städtischen Dienstleistungen.“

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Bevor ich das Wort dem ersten Redner erteile, würde ich ganz gerne zum Procedere etwas sagen: Der Antrag enthält vier Teile. Ich werde den Antragstext 1, 3 und 4, weil es keine Unterpunkte gibt, abstimmen lassen. Beim Punkt 2, bei dem es um die konkreten Maßnahmen geht, liegt mir leider noch nicht von jeder Fraktion das Abstimmungsverhalten vor, sodass ich jeden einzelnen Punkt natürlich gesondert abstimmen werde.“

Gemeinderätin Roschger:

„Um sicherzugehen, dass wir die gleiche Liste vor uns liegen haben, würde ich ersuchen, dass man nicht nur Punkt 1 sagt, sondern auch die Maßnahme nennt, die abgestimmt wird.

Wir stehen zu unserem Abstimmungsverhalten. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir sagen, worum es geht, um sicherzustellen, dass wir die selbe Liste haben. Es gibt so viele Versionen von dieser Matrix. Ich möchte verhindern, dass wir hier missverständliche Abstimmungen produzieren.“

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Liebe Kollegin Roschger, ich mache das gerne, wenn es zur Klarheit beiträgt. Ich nenne den

Namen noch dazu. Ich möchte aber schon darauf hinweisen, dass mit der Tagesordnung ein Antrag an die Fraktionen mitgeschickt worden ist, der eine Liste beinhaltet. Ich gehe davon aus, dass jetzt logischerweise alle dieselbe Liste vorliegen haben. Um aber jedes Missverständnis auszuräumen, lese ich gerne die Bezeichnung noch einmal vor, kein Problem.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Eypeltauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte ZuhörerInnen auf der Tribüne, die Stadtregierung macht hier insgesamt weit über 100 Vorschläge, wie die leere Stadtkasse wieder gefüllt werden kann.

Wir finden eine Reihe sehr sinnvoller oder zumindest sinnvoll erscheinender Sparvorschläge, wie etwa das Aussetzen der Effektbeleuchtungen, was immerhin 3000 Euro per anno spart. Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist. Deshalb ist es nicht etwa lächerlich oder kleinlich, dass man solche Kleinbeträge spart, sondern durchaus verantwortungsvoll und konsequent. Das möchten wir absolut außer Streit stellen.

Wir finden also eine Reihe von zustimmungswürdigen Sparvorschlägen. Manche davon sind – das muss man dazusagen – bereits in Umsetzung. Allerdings - das hat Herr Bürgermeister in seiner einleitenden Wortmeldung gesagt - ist es ein Sparpaket des Stadtsenates bzw. der Stadtregierung. Die Stadtsenatsparteien haben sich hier über Wochen und Monate in mehreren Sparklausuren getroffen, haben das ausdiskutiert, Informationen ausgetauscht und das wirklich eingehend erörtert – soweit hat man zumindest den Eindruck. Das ist jetzt einmal per se nichts Schlechtes, ganz im Gegenteil, das ist sehr begrüßenswert.

Der Punkt ist nur – das ist für später noch wichtig –, dass das ein Paket der Stadtregierung ist. Meine Fraktion hat mit diesem Paket, mit den Mehrbelastungen, mit einem rigiden Sparkurs absolut kein Problem. Allerdings muss er durchdacht, strategisch, fachlich und in der Sache richtig sein. Viele der vorliegenden Sparvorschläge sind aus unserer Ansicht nach nicht. Ich greife hier jetzt ein paar davon heraus, um das näher zu illustrieren:

Als erstes Beispiel nehme ich das Salzamt, das von der Stadt im Vorfeld von Linz 09 um 4,5 Millionen Euro gekauft und aufwändig saniert worden ist. Das feiert seit sieben Jahren gemeinsam mit dem darin beheimateten Programm für junge Künstlerinnen und Künstler große Erfolge. Die Leitung dieses Programmes plant – wie man das so macht – natürlich zwei, drei Jahre voraus. Dabei geht es um Kooperationen, um EU-Förderungen etc. Nach dem vorliegenden Vorschlag soll dieses Programm nun mehr oder weniger abgedreht werden. Das ist unseres Erachtens kein strategisches Sparen, obwohl die Lösung auf der Hand liegt, nämlich die Veräußerung dieser Immobilie, aber die Fortführung dieses Residency-Programms in einem der vielen Leerstände, die es in der Stadt durchaus gibt.

Einer dieser Leerstände - das führt mich zu einem zweiten Punkt - ist die berühmt berüchtigte Arbeitersiedlung in der Sintstraße, ein denkmalgeschütztes, historisches Ensemble, das mehr oder weniger leer steht. Schon in der Vergangenheit kam seitens der NEOS die Initiative, das gemeinsam mit Investoren zu entwickeln, um hier in der Innenstadt Wohnraum für junge Familien zu schaffen.

Ich habe eigentlich nur zwei, drei Sätze gebraucht, um in diesem Sparpaket zwei Fehler aufzuzeigen, nämlich einerseits den Sparvorschlag Salzamt, der weniger Strategie und mehr Hau-Ruck ist und andererseits, dass man hier Möglichkeiten brach liegen lässt, wo man sinnvoll, stadtentwicklerisch und strategisch klug Veräußerung und Entwicklung städtischen

Eigentums umsetzen könnte. Diese Siedlung im Zentrum des Wohngebietes wird aber leider verfallen lassen, anstatt sie klug zu nutzen und noch dazu Mehrwert für die Stadtfinanzen zu lukrieren.

Ich bleibe gleich bei der Kultur und greife eine nächste Sparinitiative heraus, nämlich das Nordico. So wie das jetzt vorliegt, müssten Sie konsequenterweise das Nordico gleich zusperren oder Sie gehen mit der Museumsführung, mit dem Kulturentwicklungsplan bzw. mit dem Kulturbeirat in Klausur und besprechen das eingehend. So, wie sich das jetzt darstellt, kann das nicht Ihr Ernst sein. Das ist ein langsames Todhungern, das Sie hier einläuten. Das ist nicht das, was wir unter strategisch sinnvollem Sparen verstehen. Für diese Beispiele aus dem Kulturbereich gilt grundsätzlich, dass Sie ohne Einbeziehung des Kulturbeirates und ohne strategische Adaptierung des Kulturentwicklungsplanes hier in Wahrheit jahrelange Aufbauarbeit zerstören, bei der sich jemand etwas dabei gedacht hat und es kluge Konzepte gibt. Wir sind bereit, einen rigiden Sparkurs mitzutragen, aber nur, wenn er fachlich viabel und politisch redlich ist.

Ich nenne jetzt noch weitere Punkte, wie beispielsweise den Westring. Unseres Erachtens, ist ein Ausstieg aus dem Westring dringend geboten. Das sind 35 Millionen Euro für ein unnötiges, veraltetes, verkehrstechnisch und außerdem katastrophales Prestigeprojekt. Der wäre selbst in Zeiten des Reichtums ein Kapitalfehler, umso mehr jetzt. Dann nenne ich die Stadtwache, die über eine Million Euro kostet und die man definitiv einsparen könnte.

Ein weiteres Beispiel, bei dem ich sage, da wird zu wenig gespart, ist bei der Reduktion des Fuhrparks. Es ist löblich, dass man sagt, wir kommen mit zwei Limousinen aus. Aber unseres Erachtens ist diese zweite Limousine nicht gerechtfertigt. Es ist völlig okay, dass Herr Bürgermeister Limousine und Chauffeur hat. Es wäre absurd, ihm das abzusprechen. Aber wenn etwa Vizebürgermeister Wimmer schon lange vormacht, dass man mit einem Elektroroller auskommt, dann ist nicht einzusehen, warum in Zeiten des Sparzwanges ein Fuhrpark gehalten wird.

Ein sechster Punkt ist das ‚Lebendige Linz‘, über das ich hier schon einmal gesprochen habe. Wir haben zu Beginn des Jahres die Erhöhung der Auflage von vier auf sechs diskutiert bzw. kritisiert. Jetzt diskutieren wir die Senkung der Auflage von sechs auf vier Ausgaben, das ist ein bisschen ein Eiertanz. Unseres Erachtens braucht die Stadt überhaupt kein Propagandamagazin für die Stadtregierung. Das könnte man ersatzlos streichen.

Siebtens, wir haben es heute schon genannt, das Streichen der Fraktionsförderung: Sie haben unsere Initiative, um zehn Prozent zu kürzen, nicht mitgetragen. Unseres Erachtens ist es in Zeiten des Sparzwanges das Mindeste, dass man diese zehn Prozent mitträgt. Dasselbe gilt für die schon erwähnten Luxusbürgermeister.

Zuletzt - ich bin gleich fertig - komme ich zur Weihnachtsbeleuchtung. Die Weihnachtsbeleuchtung schlägt mit ungefähr 300.000 Euro zu Buche. Sie ist schön, darüber sind wir uns alle einig. Der Punkt ist nur, Linz hat einen Sparzwang und zahlt sie trotzdem durchgehend selbst. Jede andere Stadt in Österreich hat hier zumindest zum Teil die Wirtschaft mit an Bord hat. Es ist absolut nicht einzusehen, dass man einerseits eine Mehrbelastung für Aktivpass beziehende Hundebesitzer beschließt und andererseits das Geld hat, um 300.000 Euro für eine Weihnachtsbeleuchtung auszugeben, ohne die Wirtschaft einzubeziehen. Das ist geradezu obszön.

Meine Fraktion wird sich also nicht kompromittieren und sich diesem Spar- und Belastungspaket enthalten, denn es ist ein Paket, das gänzlich auf Stadtsenatsebene ausverhandelt und

gestaltet wurde. Wir hatten natürlich kein Mitspracherecht und waren in dessen Genese und im Diskussionsprozess nicht eingebunden. Dazu fehlen uns stellenweise naturgemäß wichtige Informationen. Es ist zudem ein Paket, das in mehreren Punkten strategisch fragwürdig ist und viele wichtige Sparpotenziale – einige habe ich genannt – ungenutzt lässt. Wir werden uns hier nicht als einzige Oppositionsfraktion - das werden Sie vielleicht zum Teil verstehen - vor diesen Karren spannen lassen, bei dem wir nichts mitzureden hatten.

Ich möchte Ihnen für die Zukunft sagen, dass wir bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Allerdings müssen wir miteinbezogen werden. Das ist hier natürlich nicht passiert. Wir werden demgemäß bei den Punkten 1 und 4 zustimmen und bei den Punkten 2 und 3 werden wir uns der Stimme enthalten. Ich danke Ihnen für die lang anhaltende Aufmerksamkeit.“
(Beifall NEOS)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Ich glaube, ich muss zuallererst mit einem Missverständnis aufräumen. Das, was jetzt vorliegt, ist kein Paket der Stadtregierung. Davon muss auch ich mich schwer distanzieren, auch wenn ich Mitglied dieser Stadtregierung bin. Das sind verschiedene Punkte, die in einem Prozess stehen geblieben sind. Sie werden heute einzeln abgestimmt, weil die Stadtregierungsfraktionen mit allen Punkten ganz und gar nicht einverstanden sind. Ich fange jetzt vielleicht mit den Punkten an, die ich sehr bedaure.

Das sind die Punkte, die sich hier nicht finden. Das sind Sparvorschläge über die Optimierung der Finanzströme zwischen der Stadt Linz und ihrer Unternehmensgruppe. Ich freue mich, dass du, Herr Bürgermeister, mittlerweile zumindest die Begrifflichkeiten übernommen hast, die ich unter anderem seit Jahren einbringe. Es gibt nämlich unter vielen Titeln enorme Geldbeträge, die die Stadt z. B. an die Linz AG leistet. Ich glaube, es sind inzwischen – das KDZ hat es beziffert - bis zu 20 Millionen Euro, die an die Linz AG gehen. Ich sage nicht, dass das nicht gerechtfertigt ist, bitte keine Missverständnisse. Mit dem, was die Stadt leistet und an die Linz AG bezahlt, würden wir gleichzeitig den Gewinn der Linz AG erhöhen. Es wäre grundsätzlich nicht wirklich problematisch, dieses Geld hin und her zu schieben, denn die Linz AG zahlt den Gewinn in Form der Dividende wieder zurück an die Stadt. Problematisch ist es aber deshalb, weil davon ein Viertel an Körperschaftssteuer an den Bund geht. Das heißt, wenn die Linz AG 15 Millionen Euro an die Stadt als Gewinn von den ursprünglich geleisteten 20 Millionen Euro zurücküberweist, dann gehen vorher fünf Millionen Euro an den Bund. Ich glaube, dass es angebracht ist, sich endlich im Detail anzuschauen, ob es tatsächlich notwendig ist, dass wir diese 20 Millionen Euro in vollem Umfang leisten. Ich gehe davon aus, dass ein Einsparpotenzial von zumindest 2,5 bis drei Millionen Euro aus diesem Titel zu lukrieren ist. Das ist Geld, das den Linzerinnen und Linzern nicht weh tut. Ich glaube, dass das auch ein Betrag ist. Das ist in den Wortmeldungen vor mir schon ein bisschen angeklungen.

Die Stadtregierung hat diese nun vorliegende Sparmatrix sehr mühsam, in sehr zeitaufwändigem Prozedere vorberaten und teilweise diskutiert. In Summe ist es für mich dann immer schwer nachvollziehbar, dass man auf der einen Seite so viel Zeit und Energie in kleine Bereiche investiert und auf der anderen Seite Millionenbeträge unangetastet lässt. Das bedaure ich sehr. Es sind auch schon andere Beispiele gefallen. Das sind auch aus meiner Sicht natürlich der Westring und der Halbanschluss bei der A7. Aus unserer Sicht sind das Positionen, bei denen ich überzeugt bin, dass es klug und vernünftig ist, die einzusparen. Das meine ich auch dann, wenn man diese Projekte grundsätzlich befürwortet. Wir haben eine finanzielle Situation, die alles andere als erfreulich ist, wo sich alle - ich glaube, Herrn Kollegen Eypeltauer von den NEOS richtig verstanden zu haben - grundsätzlich darüber einig sind, dass es Sparbedarf gibt, weil die finanzielle Situation der Stadt eher katastrophal ist. Wenn ich eine glühende

Befürworterin eines Autobahnprojektes wäre, glaube ich nicht, dass es klug und vernünftig ist, dass die Stadt zu diesem Bundesprojekt bzw. zu diesem Bundesautobahnenprojekt einen Beitrag leistet, quasi die ASFINAG oder den Bund in der Höhe von insgesamt mehr als 35 Millionen Euro subventioniert. Aus meiner Sicht ist das in der aktuellen Situation ein katastrophaler Blödsinn. (Beifall Die Grünen)

Die Stadtwache wurde auch schon genannt: Für den Ordnungsdienst leistet sich die Stadt 1,4 Millionen Euro jährlich. Ich glaube, wir sind alleine an den Beispielen, die ich jetzt aufgezählt habe, in Summe schon beim Zehn- oder Fünzigfachen von dem, was bei dem mühsamen Prozess in der Stadtregerung an Einsparungen zusammengekommen ist. Der Ordnungsdienst kostet 1,4 Millionen Euro jährlich und ist wieder aus dem Papier gestrichen worden, im Übrigen genauso die Autobahnen. Auch die Weihnachtsbeleuchtung ist schon angeführt worden. Natürlich hat von uns Grünen niemand etwas gegen die Weihnachtsbeleuchtung per se, aber in allen anderen Städten wird diese Weihnachtsbeleuchtung zu 100 Prozent oder mindestens zu einem Gutteil von der Wirtschaft getragen. In Linz nicht, da zahlt die Wirtschaft gar nichts dazu und die Stadt zahlt zu 100 Prozent 324.000 Euro jährlich. Nur zum Vergleich.

Ich greife ein Beispiel heraus. Es ist aus meiner Sicht eine Katastrophe, die Medienwerkstatt einzusparen. Da wird Jugendlichen Medienkompetenz vermittelt. Das kostet 58.000 Euro jährlich. Da hat man gesagt, das ist zu viel Geld, da müssen wir sparen, das können wir uns nicht mehr leisten. Die Weihnachtsbeleuchtung mit 324.000 Euro jährlich, bleibt unangetastet. Nur so, um ein bisschen zu relativieren. Diese unglaubliche Unausgewogenheit dieses Papiers, ist einer meiner Hauptkritikpunkte. Auf der einen Seite verzichtet man darauf, dass man Vorschläge, die Millionen an Sparpotenzial haben, überhaupt angreift und durchleuchtet und auf der anderen Seite vermischt man Dinge und packt sie in ein Gesamtpaket hinein. Dabei kann einem ganz anders werden. Also ein Beispiel habe ich jetzt schon angedeutet.

Insgesamt - ich sage es noch einmal – distanzieren mich als Mitglied der Stadtregerung von diesem Paket als solches. Darin sind Dinge, die aus meiner Sicht eher einer Katastrophe, denn einer guten Entscheidung gleichen. Man kann das zusammenfassen unter der Überschrift ‚Eine Stadt spart an ihrer Zukunft‘. Damit meine ich die Einsparungen im Bildungsbereich. Das fängt bei der Zusammenlegung der Bibliotheken an, den Stadtrundfahrten für die Kinder, die Medienwerkstatt habe ich schon genannt, überhaupt die Mittelkürzung in der Volkshochschule. Es geht weiter im Kulturbereich, das Salzamt war schon Thema. Ich halte das für eine Katastrophe. In Wahrheit geht es da um das Gleiche. Auch das ist eine Maßnahme, die in erster Linie in der Zukunft, nämlich in dem Fall im künstlerischen Nachwuchs einspart. Das Salzamt ist mehr oder weniger die einzige Möglichkeit, wo junge KünstlerInnen halbwegs unkompliziert ausstellen können. Das heißt, überhaupt einmal die Chance zu haben, zumindest eine lokale Bekanntheit zu erlangen und in dem Bereich Erfahrungen zu sammeln. Was passiert dann? Wir treiben unseren künstlerischen Nachwuchs in andere Städte, weil man ihnen bei uns den Raum wegnimmt. (Beifall Die Grünen)

Ähnliches gilt auch für andere Bereiche. Man kann es tatsächlich so zusammenfassen: ‚Eine Stadt spart an ihrer Zukunft‘. Das, was man sich auf der anderen Seite schon leistet, sind Dinge mit Rückschritt und Rückgriff in die Vergangenheit. Steinzeitverkehrsprojekte bleiben die nach wie vor unangetastet, obwohl nicht einmal die Stadt selbst, sondern eine völlig andere Gebietskörperschaft, in dem Fall der Bund, für die Finanzierung und die Umsetzung zuständig ist. Auch die Law and Order-Maßnahme wie der Ordnungsdienst bleibt unangetastet. Aus diesem Grund gibt es zahlreiche Maßnahmen, wo ich mich im Stadtsenat nicht nur enthalten habe, wie beim Salzamt, sondern dagegen gestimmt habe. Das wird meine Fraktion in dieser Form heute auch machen.

Eine formale Kleinigkeit muss ich noch anbringen, darum finde ich den Vorschlag, den Frau Roschger schon gemacht hat, dass man die Maßnahmen noch einmal dazusagt, gut. Es hat nach der Abstimmung im Stadtsenat bis zum Ausschicken dieses Papiers, das ich jetzt vor mir habe, kleine Änderungen gegeben. Zum Beispiel sollte im Stadtsenat beschlossen werden, die Magistratsmusik wortwörtlich auf ein Quartett zu reduzieren. Jetzt ist es eine Kostenreduktion geworden. Wir werden es trotzdem nicht mittragen, weil das in Wahrheit eine Sparmaßnahme am Rücken unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist. Das gilt insgesamt für den Punkt 3.

Jetzt versuche ich, das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion zu skizzieren. Beim Punkt 1 werden wir zustimmen. Das ist der Punkt mit dem Bekenntnis zum grundsätzlichen Sparbedarf. Wir haben zahlreiche Vorschläge eingebracht. Ein paar habe ich jetzt noch einmal skizziert und zusammengefasst, bei denen wir glauben, dass das vernünftiger ist. Beim Punkt 2 werden wir sehr differenziert abstimmen. Das ist diese Matrix mit den zahlreichen Maßnahmen. Die habe ich schon umrissen. Wir werden bei den Maßnahmen, die man unter die Überschrift stellen kann ‚Eine Stadt spart an ihrer Zukunft‘, sicher nicht mitstimmen. Beim Punkt 3 werden wir uns der Stimme enthalten. Das sind Maßnahmen, bei denen es um teilweise Einsparungen bei Teilen der Unternehmensgruppe geht. Es ist nicht klar, wie das im Ergebnis ausschauen soll, daher ist dieser Punkt für uns nicht zustimmungsfähig. Beim Punkt 4, der auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, werden wir dagegen stimmen. Dort wird die Verwaltung noch einmal beauftragt, noch einmal einzusparen. Wir tun immer so, als hätten wir erst vor zwei Jahren angefangen, beim Personal in unserem Haus zu sparen.

Die älteste Unterlage, die ich gefunden habe, als man begonnen hat, massiv Personal zu reduzieren und jede einzelne Nachbesetzung an sich zu hinterfragen, stammt aus dem Jahr 1986. Das war die früheste Unterlage, die ich gefunden habe. Man kann davon ausgehen, dass damit vielleicht schon ein bisschen früher begonnen worden ist. Seit 30 Jahren wird in diesem Haus nachweislich intensiv an Personal gespart. Das heißt, wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo das schlichtweg verantwortungslos ist. Ich kann nicht immer mehr Aufgaben auf immer weniger Köpfe verteilen und glauben, dass das mindestens genauso gut funktioniert, wie vorher. Aber genau das ist die Erwartung, die die Politik, in erster Linie Herr Bürgermeister, hat. Es soll trotzdem alles schneller, besser, kundenfreundlicher und so weiter gehen. Aber in Wahrheit passiert nichts anderes, als dass man immer mehr Arbeit auf immer weniger MitarbeiterInnen aufteilt. Dafür sind wir nicht zu haben. (Beifall Die Grünen) Das war es fürs Erste. Danke.“(Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, um es gleich vorweg anzukündigen, die KPÖ wird diesem Antrag nicht zustimmen. Mein generelles Nein ist vor allem als Ausdruck des Protestes und des Widerstandes gegen die Vorgangsweise zu verstehen. Kollege Eypeltauer hat in seiner Wortmeldung schon angekündigt, dass die Debatte in erster Linie im Stadtsenat vorbereitet und diskutiert worden ist. Für mich als Vertreterin der kleinsten Partei war es - das muss ich demokratiepolitisch anmerken -, etwas eigenartig, zwei Tage vor der Gemeinderatssitzung ein E-Mail aus dem Büro des Herrn Bürgermeisters zu bekommen und aufgefordert zu werden, die Liste mit den einzelnen Punkten der heutigen Debatte in der Matrix auszufüllen und das Abstimmungsverhalten bekannt zu geben. Es ist sehr erfreulich, dass Finanzreferent Forsterleitner bekannt gegeben hat, dass diese Liste jetzt im Gemeinderat doch noch einmal Punkt für Punkt abgestimmt wird. Ich denke, man hat nicht darüber nachgedacht, dass der Gemeinderat nicht nur aus den VertreterInnen der Stadtsenatsparteien besteht, sondern immerhin auch aus einer Fraktion die nicht im Stadtsenat vertreten ist und einer Vertreterin, die als Single hier sitzt. Das ist meine Kritik zum Prozedere des vorliegenden Sparpaketes.

Generell möchte ich dazu anmerken, dass meine Prioritäten in der Linzer Kommunalpolitik - das ist kein Geheimnis - die Leistungen für Soziales, Wohnen, Bildung, Kultur, öffentlichen Verkehr, Tarifstopp, städtisches Eigentum und die Wertschätzung gegenüber dem Personal sind. Aber ich muss leider feststellen, dass das vorliegende Sparprogramm genau in diesem Bereich die größten Einschnitte umfasst. Im September hat man in der Frankfurter Allgemeinen einen sehr schönen Satz lesen können. Da stand: ‚Wenn die Unternehmensberater ins Haus kommen, geht es immer um Kürzungen‘. Wie ihr wisst, ist die Frankfurter Allgemeine das Blatt des deutschen Kapitals. Die wissen genau, worum es geht. Nicht anders schaut es jetzt mit den Rezepten aus, die das KDZ vorgelegt hat. Gut, das KDZ ist eine spezialisierte Unternehmensprüfung für Gemeinden. Die Vorschläge, die das KDZ macht, sind die eine Sache, die andere Sache ist das, was die Politik daraus macht. Die Politik muss letztendlich die Verantwortung für ihre Entscheidungen tragen. Das Programm, das das KDZ vorgelegt hat, ist ein Sparprogramm, das ganz klar neoliberale Auswüchse hat und vor allem spart. Es macht Vorschläge, die recht wenig Rücksicht darauf nehmen, wie sich eine Stadt entwickeln soll. Darauf werde ich dann noch eingehen.

Meiner Meinung nach bedeutet das vorliegende Programm vor allem eine Demontage von Linz als Kultur- und Sozialstadt. Als ich ganz neu im Gemeinderat war, wurde immer darüber gesprochen, dass Linz die Sozialhauptstadt Österreichs sei oder die Kulturhauptstadt überhaupt. Anscheinend ist von diesen großen Tönen nicht mehr viel übriggeblieben, was man verteidigen möchte. Wenn man es sich genau anschaut, hält man zum Beispiel von dem Symbol des Kulturentwicklungsplans alt und dem Kulturentwicklungsplan neu, die im Gemeinderat beschlossen wurden, nicht mehr recht viel, wenn man sieht, was jetzt rund um das Salzamt geschieht. Ein anderes Beispiel ist das im Gemeinderat beschlossene Sozialprogramm. Es ist ein gutes Sozialprogramm. Nun kann man in der vorliegenden Matrix nachlesen, dass man daran denkt, die Stadtteilzentren nicht mehr weiter fortführen zu wollen. Das ist ein Projekt, das sicher im Sozialen eines der innovativsten der letzte Jahre war und sehr viel gebracht hat und für das gute Zusammenleben in Linz bringen würde. Aber anscheinend hat man sich dafür entschieden, diesen Weg nicht mehr weitergehen zu wollen.

Besonders möchte ich wieder einmal – das kommt öfters bei mir vor - die Sozialdemokratie ansprechen, die in dieser Hinsicht – ohne Frage - sehr lange große Verdienste gehabt hat. Wie ist das jetzt für sie, wenn so große Errungenschaften, wie das Salzamt und die Medienwerkstatt auf einmal von der Landschaft verschwinden werden. Das kann für diese FraktionsvertreterInnen nicht sehr erfreulich sein.

In der Tagesordnung ist eine sehr zynische Sache passiert. Ihr habt Tagesordnungspunkt D 1 das Sparpaket, dann kommt D 2 und D 3. Bei D 3 geht es, wie jedes Jahr, um die Weihnachtsbeleuchtung und um immerhin um 324.000 Euro. Dieser Antrag wird, wie jedes Jahr, ohne größere Probleme durchrutschen, mit viel Kritik, aber er kommt durch. Da denkt man nicht daran, dass man hier einsparen könnte, obwohl das eine lang gehegte Forderung der Grünen, aber auch von mir ist. Ähnliches gilt für die Millionen verschlingende Stadtwache oder die Förderungen für den City Ring, für das Krone Fest und dergleichen mehr.

Es ist nicht zu übersehen, dass dem Abbau der sozialen und kulturellen Anliegen die Aufrüstung bei der Überwachung gegenübersteht. Dazu darf an den letzten Beschluss der Gemeinderatssitzung für die Videoüberwachung in den Öffis erinnert werden. Immerhin kostet die Aktivierung der Videoüberwachung 200.000 Euro. Mit einem Wort, dem sozialen und kulturellen Abbau steht in Linz eine mehr als zweifelhafte, teure sicherheitspolitische Aufrüstung gegenüber. Das ist eine sehr unerfreuliche Sache. Meiner Meinung nach, hat dieser vorliegende Antrag eine sehr klare rot/blau Handschrift und bestätigt damit vor allem eins: Überall, wo die Freiheitlichen maßgeblichen Einfluss gewonnen haben und mitregieren, ist für soziale und kulturelle Demontage gesorgt, ob im Land, in Wels oder jetzt in Linz.

Ich werde mir noch kurz erlauben, zur vorliegenden Matrix und zu den anderen beiden Anlagen Stellung zu nehmen. Ich kann nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen, das würde etwas ausufern, das würde es aber sicherlich verdienen. Ich werde mich auf das konzentrieren, was mir besonders wichtig erscheint. Kollegin Schobesberger hat schon einiges dazu gesagt. Das Programm weist ganz klare Schwerpunkte beim Sparen bei der Bildung auf. Herr Bürgermeister hat es vorher gesagt, dass es ihm um die Zukunft der Stadt geht. Ich glaube, dass es ein ganz schlechter Rat ist, wenn man vor allem bei den jungen Menschen und bei den Jugendlichen spart. So soll zum Beispiel vor allem im Linzer Süden gespart werden. Wenn man dort die Stadtbibliotheken zusperrt und den Zugang zur niedrigschwelligen Bildung einschränkt, ist das eine ganz, ganz schlechte Investition in die Zukunft. Wenn ich vielleicht ein Kind bin, das aus einem Haushalt kommt, wo nicht gelesen wird, weil es dort nicht üblich ist, könnte ich in die Bücherei gehen und mir günstig Bücher ausborgen. Es ist auch eine ganz, ganz schlechte Investition in die Zukunft, auf die Medienwerkstatt zu verzichten. Wir wissen, wir leben in einer Zeit, wo soziale Medien eine sehr große Rolle spielen und Medienkompetenz gerade für junge Menschen ein ganz wichtiger Bildungsinhalt ist. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass das auch älteren Menschen manchmal nicht schaden würde. Das wären sehr wohl zukunftsweisende Investitionen, von denen man nicht abrücken sollte.

Genauso ist es sehr bedauerlich, dass die Stadtteilzentren nicht mehr weiter ausgebaut werden. Die waren eine sehr innovative Sache und wurden immerhin im Sozialprogramm beschlossen. Im Themenspeicher für die nächsten Jahre kann man noch einige Dinge lesen. Zum Beispiel, dass der Aktivpass nur mehr für Mindestsicherungsbezieher zugänglich sein soll. Wir haben derzeit ungefähr 40.000 Menschen, die den Aktivpass bekommen. Für die, die das heute beschließen, wird es sehr schwierig werden, all den Menschen, die den Aktivpass verlieren werden, zu erklären, was sie davon halten. Darauf bin ich schon gespannt.

Ich finde es ebenso sehr kurzsichtig, wenn man nicht mehr daran denkt, die WC-Anlagen auszubauen. Es gibt zwei Fraktionen, die sehr für die Sauberkeit in der Stadt eintreten. Ich halte es für einen Schuss ins Knie, wenn man da spart. Es ist keine besonders kluge Geschichte, wenn eine Stadt, die sich rühmt, Kulturstadt zu sein und von der Stahl- zur Kulturstadt wurde, sich nicht einmal mehr das Stadtmuseum Nordico leisten will. Das ist nicht unbedingt ein guter Vorschlag und nicht sehr zukunftsweisend. Besonders bedauerlich finde ich, dass die Auflösung der Naturkundlichen Station immer noch aufscheint. Man kann da einen sehr witzigen rechnerischen Vergleich machen: Die Naturkundliche Station kostet im Jahr 105.000 Euro. Viele von euch werden nachher die Weihnachtsbeleuchtung wieder mitbeschließen. Das heißt, vier Wochen Energieverschwendung und Glitzer in der Landstraße, ist vielen hier mehr wert, als drei Jahre durchgehende Arbeit im Sinne der Stadtökologie. Dazu kann ich nur sagen, na bravo, das ist nicht sehr zukunftsweisend. Das muss ich sagen.

Eines muss ich noch sagen, UGL Zuschüsse – das ist die Beilage 2 – für Linz Tarife, was wird das bedeuten? Wer wird da betroffen sein? Dabei geht es um das Umweltticket, um die Semesterkarten für die Studenten und natürlich um das Aktivpassticket um zehn Euro. Man spricht immer darüber, dass man die Menschen vom Auto weg und hin zum öffentlichen Verkehr bringen möchte und setzt eine Maßnahme, die bedeuten wird, dass für viele Menschen die Mobilität teurer wird.

Besonders interessant ist – das hat man in der Zeitung lesen können – der Ausstieg aus der KUK. Ich glaube, die KPÖ ist hier die einzige Partei, die damals wenig Begeisterung für die Med-Uni gezeigt hat. Wenn es, wie das so aufscheint, das wirkliche Ziel ist, dass sich die Stadt Linz aus der KUK zurückzieht, würde das heißen, die lange Tradition des AKh, die Linz gehabt hat, wird ein Ende finden. Das ist auch nicht unbedingt zukunftsweisend.

Es sind nicht nur Vorschläge gemacht worden, die nicht mitzutragen wären. Ich finde durchaus, dass der Ausstieg aus dem LIMAK-Vertrag eine gute Idee ist. Auf die LIMAK kann man sicherlich verzichten. Der Ausstieg aus der Landesgartenausstellung oder die Parkmünzen für den City Ring streichen, wäre nicht schlecht. Es sind durchaus Vorschläge dabei, die umsetzbar wären. Ich werde aber bei der Abstimmung, wo es um die einzelnen Punkte geht, dennoch überall dagegen stimmen, weil ich den Antrag generell ablehne. Danke schön.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeister Forsterleitner zur tatsächlichen Berichtigung:

„Bevor ich dem Kollegen Hajart das Wort erteile, muss ich selbst eine tatsächliche Berichtigung machen. Es stehen heute nur die Punkte in der Matrix zur Abstimmung und nicht die konkreten Projekte im Themenspeicher oder auf der zweiten Liste, Frau Kollegin Grün. Dem entsprechend stehen die Punkte, die du gerade am Schluss genannt hast, heute nicht zur Abstimmung, sondern zur weiteren Bearbeitung. Wenn du den Punkt 3 der Tagesordnung aufmerksam gelesen hast, wirst du nachvollziehen können, dass es sich hier um Vorschläge des KDZ handelt, die noch nicht geprüft und bearbeitet wurden und deshalb nicht beschlossen werden können. Man sollte nicht versuchen, damit irgendwelche Gerüchte in die Welt zu setzen.“

Gemeinderat Mag. Hajart:

„Geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, ich freue mich sehr über das rege Kommen, weil das entsprechendes Interesse an der Budgetkonsolidierung der Stadt Linz zeigt. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Linzer Gemeinderates, bevor ich mit den Positionen der ÖVP-Linz beginne, möchte ich einen Fokus auf die aktuelle Budgetsituation richten, die die Ausgangslage für die aktuellen Schritte, die jetzt gesetzt werden, ist.

Mit Ende des Jahres 2015 steht die Stadt Linz vor einem Schuldenberg von 1,5 Milliarden Euro. Darin sind die Schulden der Immobilienfirma und der Seniorenzentren Linz enthalten und deshalb dazugerechnet, weil es sich dabei um so genannte budgetabhängige GmbH's handelt. Alleine bei den städtischen Krediten und Darlehen kommt Linz laut den aktuellen Zahlen der Statistik Austria –ohne ILG und SZL – auf eine Pro-Kopf-Verschuldung von 4048 Euro. Das ist im Vergleich der Landeshauptstädte mit Abstand die höchste Pro-Kopf-Verschuldung. Zählt man nun die budgetabhängigen GmbH's, wie am Anfang gesagt, dazu, kommt man in der Landeshauptstadt Linz in etwa auf eine Verdoppelung der Pro-Kopf-Verschuldung, nämlich auf rund 8000 Euro - vom Säugling bis zum Greis gerechnet. Und das, obwohl Linz im österreichweiten Vergleich auf Platz 2 der steuerreichsten Landeshauptstädte rangiert. Alleine – das möchte ich betonen - im Jahr 2016 betragen die jährlichen Zinsen für die Kredite – das ist eine Prognose – 30 Millionen Euro. Es ist unstrittig, dass wir vor einer sehr problematischen Situation stehen. Die Frage ist nur, wie wir mit dieser problematischen Situation umgehen?

In diesem Zusammenhang ist die Position der ÖVP-Linz relativ klar, und das seit Jahren - wir stehen für eine umfassende Budgetsanierung. Was wir nicht wollen, ist ein Schuldenmachen auf Kosten der nächsten Generation. Was wir aber auch nicht wollen - das werden wir heute in unserem Stimmverhalten kundtun -, ist eine Budgetsanierung auf dem Rücken der Bürger, sprich, über Gebührenerhöhungen. Dies muss aus unserer Sicht ausgabenseitig erfolgen. Was sich, wie ich jetzt darlegen werden, in unserem Stimmverhalten auswirken wird.

Zu unserem Stimmverhalten: Wir werden heute den ersten Punkt mittragen. Dabei geht es um das Bekenntnis zu einem Einsparungsvolumen laut dem Antrag in Höhe von 20 Millionen Euro. Wir sehen das als ersten Schritt. Warum sehen wir das als ersten Schritt? Weil hier

von 20 Millionen Euro Konsolidierungsbedarf gesprochen wird, wir de facto aber einen Konsolidierungsbedarf von 30 bis 40 Millionen Euro im Jahr haben. Diese Zahlen stammen aus der Mittelfristigen Finanzplanung der Stadt Linz. Ich möchte diese im Detail nennen: Für das Jahr 2017 wird laut Mittelfristiger Finanzplanung der Stadt Linz mit einem Abgang von 39 Millionen Euro, 2018 39 Millionen Euro, 2019 36 Millionen Euro und 2020 37 Millionen Euro gerechnet. Die ÖVP-Linz bekennt sich also zu diesem genannten Minimalsparziel von 20 Millionen Euro. Wie gesagt, wir sehen das aber als ersten Schritt und mittelfristig wird das nicht ausreichen.

Zum zweiten Punkt: Auch hier gibt es eine grundsätzliche Zustimmung, was diese separaten Maßnahmen betrifft. Diese werden aber im Detail abgestimmt, wie Herr Vizebürgermeister Forsterleitner gesagt hat. Wir, als ÖVP-Linz, setzen dahingehend ein differenziertes Abstimmungsverhalten, als wir alle Gebührenerhöhungen und direkten Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger ablehnen. Was die ausgabenseitigen Sparmaßnahmen betrifft, werden wir zustimmen. Ich gehe im Detail noch näher auf einzelne Maßnahmen ein.

Dem dritten Punkt, stimmen wir auch zu. Dies betrifft, wie Kollege Forsterleitner ausgeführt hat, die Prüfung der Vorschläge in den Beilagen 2 und 3, wobei hier noch allfällige Umsetzungsbeschlüsse folgen müssen. Beim Punkt 4 werden wir dagegen stimmen. Ich möchte auch ausführen, warum. Ich zitiere aus diesem Beschluss: ‚...alle weiteren Einsparungspotentiale umfassend auszuschöpfen, insbesondere durch deutliche Reduktion der Personalausgaben und gegebenenfalls mit Anpassung des Leistungsumfanges bei städtischen Dienstleistungen‘ - Zitat Ende. So lautet dieser Antrag, der aus unserer Sicht, total unkonkret ist. Es wäre ein Freibrief, wenn man hier zustimmen würde. Ich sehe das außerdem demokratiepolitisch und rechtlich sehr bedenklich und außerdem gefährlich. Warum gefährlich, weil wir hier diesen Freibrief für die zuständigen Stellen haben - Herr Bürgermeister hat auch explizit die Führungsbeamten genannt -, wo man jetzt quasi eine Delegation macht.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass wir in der jüngeren Vergangenheit im Jahr 2004 schon einmal mit einem so genannten Delegationsbeschluss zu tun hatten, wo man gesagt hat, die Verwaltung soll Maßnahmen setzen. Auf einmal haben aber später, einige Jahre nach einem Crash, den wir alle noch in Erinnerung haben, alle gesagt, das haben wir ganz anders gemeint und mit dem wollen wir nichts mehr zu tun haben. Herr Bürgermeister hat explizit gesagt, er erwartet sich kreative Lösungsvorschläge der Beamten. Wir brauchen uns gar nicht so weit zurückerinnern mit welchen Erlebnissen wir es nach kreativen Ansätzen des Finanzbereichs zu tun haben. Das ruft in uns sehr negative Erfahrungen hervor. Soweit zu unserem heutigen grundsätzlichen Stimmverhalten.

Nun aber noch ein paar Worte zur konkreten Abstimmung einzelner Punkte. Insgesamt, das habe ich schon gesagt, lehnen wir die Gebührenerhöhungen und Belastungen für die Linzerinnen und Linzer ab. Insgesamt, das muss ich aber sagen, betrifft das die größeren und kleineren Einsparungsvorschläge oder Gebührenerhöhungen. Eine finanzpolitische Linie ist, aus meiner Sicht hier nicht gegeben. Beispiele, die wir ablehnen, sind: Die Erhöhung des Preises für das Bewohnerparken, die Erhöhung der Tarife Organstrafverfügung, Parkplatzvermietungen, Weiterverrechnung im Zusammenhang mit Bebauungsplangrundlagen, das sind Flächenwidmungsplanänderungen und Bebauungsplanänderungen. Aus unserer Sicht gibt es ganz klar problematische Rechtsaspekte, das haben wir allerdings in der Vergangenheit schon kundgetan. Wir sind gegen Einnahmenerhöhungen in den Seniorenzentren. Die Mäharbeiten auf den Vereinssportplätzen sollen eingespart werden, was natürlich letzten Endes wieder die Vereinsmitglieder trifft, die dann einen erhöhten Mitgliedsbeitrag zahlen müssen usw. Die Matrix ist bekannt. Jene Punkte, die wir ablehnen, machen für die Bürger eine Belastung

in Höhe von insgesamt 1,5 Millionen Euro aus. Diese 1,5 Millionen Euro könnte man aus unserer Sicht wesentlich bürgerfreundlicher einheben. Kollege Eypeltauer hat schon einige Vorschläge gemacht, wie z.B. das Lebendige Linz, das man in vier Ausgaben jährlich fortführt. Das ist meines Erachtens ein ganz gutes Beispiel dafür, wo man einsparen könnte, aber es ganz bewusst nicht will. Die Gründe kann sich jeder selbst überlegen. Ein anderes Beispiel, womit man 1,5 Millionen Euro einsparen könnte, ohne den Bürger direkt zu belasten, wäre ganz einfach die Fruchtgenusswohnungen um 7,3 Euro pro Quadratmeter - ich habe mir das ausgerechnet – teurer zu verkaufen. Das wäre eine ganz simple Maßnahme. Wir haben einen ganz konkreten Vorschlag eingebracht, nämlich die Mieter zu Eigentümern zu machen. Aber dazu kommen wir später ohnehin noch.

Neben unserem Nein zu den Gebührenerhöhungen, sieht man seitens der ÖVP-Fraktion einige andere Maßnahmen als besonders bürgerunfreundlich an. Ich nehme nur zwei, drei heraus. Das sind z.B. die Stadtrundfahrten für die dritten Klassen Volksschule, die jetzt eingespart werden sollen. Das ist derzeit kein wirklich großer Ausgabenposten. Wir denken, es steht nicht in Relation, diese wichtige Maßnahme einzusparen. Die Einstellung etwaiger Impfungen oder die massive Kürzung des Linz Fest-Budgets, sodass ein geplantes Festival im öffentlichen Raum aus budgetären Gründen nicht mehr sinnvoll ist.

Was die Budgetsanierung betrifft, geht es aus unserer Sicht aktuell um eine sehr gewichtige Richtungsentscheidung. Ich möchte es so sagen, dass es hier gewisser wirtschaftspolitischer Ansätze bedarf, was den Wohnungskauf betrifft. Hier geht man ganz klar die SPÖ-seitige Wirtschaftskompetenz an. Man verkauft die Wohnungen an die GWG, die dafür allerdings einen Kredit aufnehmen muss. Inwiefern das als Budgetsanierungsmaßnahme in der gesamten Unternehmensgruppe Linz zu sehen ist, ist ohnehin zu bezweifeln. Das geschieht aus unserer Sicht, was den budgetmäßigen Posten betrifft, zu einem Schleuderpreis. Man verkauft die Wohnungen ganz klar unter dem Preis. Wir reden hier über einen Quadratmeterpreis von 1100 Euro. Jetzt würde eine 100 Quadratmeterwohnung im Durchschnitt gerechnet 110.000 Euro kosten. Wenn man sich den Immobilienpreisindex ansieht - da gibt es natürlich wieder Schwankungen plus/minus - kostet so eine Wohnung in ganz Linz so zirka das Doppelte.

An deine Adresse lieber Christian Forsterleitner gesagt - ich nehme jetzt Aussagen aus Zeitungsinterviews -, du hast uns vorgeworfen, dass die ÖVP nicht sparen will. Das ist ganz sicher nicht so, weil die ÖVP einen alternativen Vorschlag, was jetzt z.B. die GWG-Wohnungen anlangt, eingebracht hat. Mit diesem Alternativvorschlag könnte man 30 Millionen Euro mehr einnehmen. (Zwischenrufe) Wir reden ohnehin noch später darüber. Das ist ein ganz wesentlicher Posten, bei dem man hier zusätzlich bzw. mehr lukrieren könnte. Uns aber vorzuwerfen, dass wir nicht sparen wollen, dem muss ich schon widersprechen. Wir wollen für die Stadt Linz mehr einnehmen, die SPÖ will für die Stadt Linz weniger einnehmen. Ihr stellt euch aber als die großen Sparmeister hin. Das passt nicht zusammen.

Wir sind auch keine Fundamentalopposition, nur weil wir hier eine andere Position vertreten. Anders argumentiert - das möchte ich dir nicht vorwerfen - könnte man sagen, wenn man immer die gleiche Meinung pflegen müsste, wäre es eine Meinungsdictatur. Wir haben einen anderen Ansatz. Ich glaube, das muss man so akzeptieren und zur Kenntnis nehmen, auch wenn man die Meinung nicht teilt. So viel zu unserer heutigen Position im Gemeinderat, was die Einsparvorschläge betrifft. Im Detail kommt dann noch das Abstimmungsverhalten laut Matrix.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Weiss kommt um 15.28 Uhr in die Sitzung.

Vizebürgermeister Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Damen und Herren, es ist sehr leicht,

Kritik zu üben und den Schuldenstand und die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Linz zu beklagen und zu meinen, es müsse sich etwas verbessern, wie das Jahr für Jahr immer wieder vor dem Budgetgemeinderat und im Budgetgemeinderat mit zunehmender Intensität regelrecht zelebriert wird.

Ein Problem zu erkennen, ist die eine Sache. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass sich zumindest in der Theorie fast alle dazu bekennen, dass hier etwas getan werden muss. Man soll nicht nur reden, sondern die Ärmel hochkrempeln und tätig werden und die heißen Eisen anpacken. Man soll die finanzielle Situation der Stadt Linz ins Reine bringen, damit wir uns nicht von heute auf morgen, von einem Jahr ins nächste oder vielleicht bis zur nächsten Wahl oder über die nächste Wahl hinaus drüber retten müssen. Im Gegenteil, soll gerade für die Zukunft der Linzerinnen und Linzer und für die Jüngsten darunter eine sichere, stabile und gesunde Finanzpolitik geschaffen werden. Heute war schon oft die Rede von jüngeren Menschen, die im Fokus der Politik stehen sollen. Genau dazu bekennen wir uns.

Es muss dabei aber vor Augen geführt werden, dass nicht kurzfristige Ausgaben, nicht irgendwelche Förderungen und Subventionen in verschiedensten Bereichen von heute auf morgen etwas dazu beitragen können. Vor allem muss die langfristig gesicherte finanzielle Situation der Stadt Linz etwas dazu beitragen, dass es den Menschen morgen, übermorgen, auch noch in zehn oder hoffentlich noch in 100 oder gar in 500 oder 1000 Jahren in Linz noch gut gehen wird. Ich glaube, es ist besonders wichtig, das parteipolitische Kleingeld gegenüber dem großen Geld der Linzerinnen und Linzer hintanzuhalten, ganz eindeutig in den Hintergrund zu rücken und ein Stimmverhalten nicht unter Vorspiegelung irgendwelcher teils unrichtiger Kritikpunkte zu begründen. Es ist wichtig, eine Beratung zu haben. Um Entscheidungen zu treffen, gibt es aber eine Politik. Ich glaube, es wäre nicht in Ordnung - ohne zu sehr auf einzelne Details einzugehen -, wenn Dinge, die im Vorfeld diskutiert wurden, aber längst keine Mehrheit mehr finden, weil es niemanden mehr gibt, der diesem Vorschlag näher tritt, so zu tun, als wäre das ein Effekt dieses wichtigen Spar- und finanziellen Absicherungsprogrammes. Man sollte die in der Vorlage angeführten Dinge beim Namen nennen. Die werden heute hoffentlich beschlossen.

Ich glaube, ein Punkt ist gleich zu Beginn besonders wichtig. Natürlich wird jede Partei, jede Fraktion andere Schwerpunkte sehen, wo mehr oder vielleicht weniger Geld investiert werden soll und eine Investition vielleicht sehr viel oder vielleicht weniger, bis hin zu gar nichts bringt. Das ist natürlich eine Mehrheitsentscheidung. Eine Sache ist aber objektiv festzustellen. Es gibt, sehr geehrte Damen und Herren, einen klaren Unterschied zwischen Ausgaben, zu denen wir verpflichtet sind, wie z.B. die Einhaltung von Gesetzen oder den Menschen ein verpflichtend nötiges Lebensumfeld zu bieten oder ob es um Ausgaben geht, wo der eine oder andere sagt, dass er diesen Dingen natürlich etwas abgewinnen kann. Vielleicht wurde eine Sache über Jahre hinweg lieb gewonnen. Einige Projekte und Einrichtungen, gerade im Kulturbereich, sind bereits genannt worden. Ich möchte mir gar nicht anmaßen, im Einzelnen zu sagen, diese oder jene Ausgabe sei kontraproduktiv oder ohne Sinn.

Tatsache ist aber auch, dass es gerade in Zeiten knapper Finanzen eine ganz klare Prioritätenreihung geben muss. Aus Sicht der Freiheitlichen Partei sieht die so aus, dass das Wohl der breiten Bevölkerung, der Menschen in Linz etwas bis sogar sehr viel schwerer wiegt, als einzelne Interessen in einzelnen Bereichen. Respekt vor jedem, der sich in verschiedenster Hinsicht ehrenamtlich engagiert. Besonders wichtig ist es aber, ein Lebensumfeld für die Linzerinnen und Linzer zu gewährleisten und die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Der Sicherheitsbereich wurde oft genannt. Dabei geht es um die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen. Für uns Freiheitlichen kommt es überhaupt nicht Frage, darüber zu diskutieren, dass Linz ein Raum ist, wo die Sicherheit und die Gesetze in den Hintergrund

treten und keine Investitionen vorgenommen werden. Ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel, dass die Pflichtaufgaben selbstverständlich wichtiger sind, als die Kür. Vielleicht gibt es wieder Zeiten, in denen in der Stadt Linz mehr Geld verfügbar ist und man wieder Ausgaben, die nicht für die breite Bevölkerung wichtig sind, tätigen kann, wo es nicht um Gesetze, sondern um einzelne Interessen geht. Vielleicht wird das wieder einmal sein.

Tatsache ist - da müssen wir, glaube ich, ehrlich sein und uns weiterhin in den Spiegel schauen können -, dass wir in einer Zeit, wie dieser, nicht sind und wir in Bereichen, die sozusagen Luxusauswendungen sind, Abstriche machen müssen. Wir müssen uns wieder auf die Pflicht, auf die Kernaufgaben besinnen, um einmal gesunde und sichere Finanzen sicherzustellen. Ganz kurz gesagt, es ist für die Stadt Linz nicht möglich, an Tagen, wie diesen, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Oder in Abänderung einer Sache, die vorhin gesagt wurde, ist Linz nicht in der Situation, die Zukunft zu gefährden, ganz im Gegenteil, eine Stadt sichert ihre Zukunft. Nur auf diese Weise und nur mit einem raschen Einlenken und raschen Änderungen ist so etwas möglich.

Aus unserer Sicht ist im Detail sehr positiv zu bemerken, wie hier gearbeitet wurde. Es handelt sich nämlich gerade nicht um ein Belastungspaket. Aus Sicht der freiheitlichen Fraktion kann es nicht dazu kommen, dass Gebühren über der tatsächlichen Wertsicherung erhöht werden, das heißt, keine realen Erhöhungen von Gebühren. Was natürlich schon unter die Lupe genommen werden kann – das wurde oftmals erwähnt -, sind Förderungen, Geldsubventionen in verschiedensten Bereichen, Dinge, bei denen die Stadt Linz etwas unter dem eigenen Wert hergibt. Das hat mit einer Gebühr, die nicht der Gegenleistung entspricht, nichts zu tun. Somit lehnen wir Dinge, bei denen eine Belastung über der Wertsicherung stattfindet, ab. Es ist einiges genannt und einiges im Vorfeld bereits positiv abgeändert worden.

Ich darf mich aus freiheitlicher Sicht auf wenige Beispiele beschränken. Zum einen der Bastelbeitrag in den Kindergärten. Hier wurde eine Erhöhung von elf Euro um etwa auf das Neunfache, auf 100 Euro kolportiert. Es kommt für uns natürlich nicht in Frage, eine dermaßen breite und über Gebühr stattfindende Belastung mit zu tragen. Ich glaube, es spricht Bände, dass man auf solche Maßnahmen in dieser Höhe trotz eines derart umfangreichen Pakets im zweistelligen Millionenbetrag verzichten kann. Stattdessen wird in weiterer Folge eine realistische Kostenrechnung durchgeführt, die den tatsächlichen Ausgaben gerecht wird, damit die Menschen, die für ihre Kinder für den Besuch im Kindergarten zu zahlen haben, nicht über Gebühr zur Kasse gebeten werden.

Zweiter Punkt, der schon genannt wurde, die Impfungen. Auch das ist ein gutes Beispiel. Hier wird klar differenziert. Einerseits die Gebühren für Fernreiseimpfungen, die glaube ich, zumutbar sind. Wer eine Fernreise unternimmt, kann auch die vollen Kosten für eine solche Impfung bezahlen. Auf der anderen Seite stehen die Schulimpfungen bzw. Impfungen für die breite Bevölkerung. Ich, als Gesundheitsreferent, bekenne mich im Sinne eines lebenswerten Linz und einer volkswirtschaftlich wichtigen Weichenstellung ganz klar dazu, dass es hier eine Unterstützung durch die Stadt geben soll. Die Impfungen können in diesen Bereichen viele Folgekosten für die breite Bevölkerung und für den Staat als solches ersparen.

Dann wurde noch das Beispiel des Aktivpasses genannt. Es ist richtig, dass in einigen Bereichen eine Verbesserung vorgenommen werden kann, gerade im Hinblick auf mehr soziale Gerechtigkeit. Ich glaube nicht, dass Gattinnen oder Gatten von Menschen, die sehr gut verdienen, auf den Aktivpass angewiesen sind. Im Moment gibt es das, was wir Freiheitliche klar ablehnen. Wo wir aber nicht zustimmen werden, ist die teilweise, vielleicht aus Unwissenheit, teilweise vielleicht sogar bewusst kolportierte Sache, dass hier auf den Betrag der Mindestsicherung reduziert werden soll. Wir Freiheitlichen bekennen uns

dazu, dass der Aktivpass natürlich weiterhin Menschen zur Verfügung stehen soll, die ein Leben lang gearbeitet haben, eine kleine Pension beziehen und die Teilzeitkräfte sind. Es wäre leistungsfeindlich und eine Nivellierung nach unten, wenn man den Betrag der Mindestsicherung als Grenze einzieht. Das wäre der falsche Ansatz. Ganz im Gegenteil, es müsste möglicher Missbrauch abgestellt werden, nicht nur bei jenen Menschen, die gearbeitet haben, die arbeiten und die über dieser Mindestsicherungsgrenze sind. Das würde die Anreize zur Arbeit wegnehmen und ganz im Gegenteil sozial ungerecht sein. Deshalb ist es ganz klar, dass der Aktivpass für fleißige, leistungsbereite Menschen aufrecht bleibt und nicht nur für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung.

Darüber hinaus wurden der Gesundheitsbereich KUK und mögliche Einsparungen im Spitalswesen genannt. Hier ist es mir wichtig zu betonen, dass, bevor überhaupt näher über den Bereich des Kepler-Universitäts-Klinikums und diese Subventionen gesprochen wird, es ganz andere Bereiche gibt, wo wir Freiheitlichen immer schon dagegen waren. Wir hätten uns zig Millionen Euro erspart, wenn das sündteure Musiktheater gemäß der direkten Demokratie, gemäß der Entscheidung der Linzerinnen und Linzer nicht in dieser Form gebaut worden wäre. Hier würden die hohen finanziellen Zuschüsse der Stadt wegfallen. Man könnte sich dann manches ersparen, was heute hier leider beschlossen werden muss, um die Finanzen der Stadt Linz wieder auf Schiene zu bringen. Kurz gefasst, Pflicht hat Vorrang vor Kür. Es ist wichtig, die Finanzen nicht nur von einem Jahr aufs andere, sondern in die Zukunft hinein zu sichern.

Wir haben schon im letzten Jahr vor der Wahl durch die Magistratsreform unseren Beitrag geleistet. Wir haben diese Reform in die Wege geleitet wodurch in den nächsten Jahren ein zweistelliger Millionenbeitrag eingespart wird. In den einzelnen Bereichen muss mit Augenmaß vorgegangen werden. Es gibt noch viel zu tun. Einiges ist bereits zum Glück bereits getan. Ich glaube, eines ist besonders bezeichnend und sehr wichtig für uns, wir müssen auf Schiene bleiben und uns nicht verzetteln.

Ich glaube, dass es die Medienberichte in diesem Fall etwas übertrieben dargestellt haben. Ich glaube, es ist auch nicht im Interesse der ÖVP, dass das so dargestellt wird. Die Presse schreibt am 4. Oktober 2016: ‚Die ÖVP führt einen zwei Fronten-Krieg‘ - sinngemäßes Zitat. Einerseits ein Nein zu einem Bürgerbelastungspaket, andererseits sei das Sparpaket von 20 Millionen Euro zu niedrig, um die Stadtkasse zu sanieren. Dafür müssten pro Jahr 30 bis 40 Millionen Euro an Einsparungen fixiert werden. Dann kann es aber nicht, sehr geehrte Damen und Herren, um Einmaleffekte gehen, wie du sie genannt hast, Martin. Man kann natürlich über alles diskutieren. Hier geht es aber um jährliche Einsparungen, die man nicht durch einen Verkauf von Vermögen erreichen muss oder erreichen kann, sondern es geht uns um strukturelle Dinge. Wir bekennen uns klar zu den Pflichtausgaben. Es gibt mehr als genug zu tun. Wir müssen in die Infrastruktur investieren, die neue Donaubrücke und die zweite Schienenachse sicherstellen und dafür arbeiten wir.

Wenn einzelne Personen, einzelne Organisationen in ihrem Bereich Subventionen und Einrichtungen verlieren werden, dann ist das vielleicht persönlich tragisch, muss aber in diesem Fall vor dem größeren Ganzen leider zurückstehen. Wenn wir jetzt vernünftig und ehrlich arbeiten, können dann wieder Zeiten kommen, in denen Geld da ist und man wieder etwas verteilen kann. Vielleicht auch in Bereiche, bei denen es nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht ganz so klar ist, was dabei herauskommt. Wir sind aber nun dazu gewählt, diese Sache auf Schiene zu bringen, damit die Finanzen sicher und zukunftsorientiert bleiben. Es wäre höchst unverantwortlich, wenn wir heute von diesem extrem wichtigen Weg aus Einzelinteressen abweichen. Wir werden deshalb dem Paket, das vorliegt, zustimmen. Ich sage gleich dazu, dass damit in weiterer Folge noch Dinge unter die Lupe zu nehmen sind

– Finanzierungsverträge, Vereinbarungen und auch Subventionen. Aber selbstverständlich hat das Sparen im eigenen Bereich erste Priorität. Wir werden in diesem Sinn weiter für die Linzerinnen und Linzer da sein. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Paket.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Hartig:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, unsere Stadträtin hat im Vorfeld schon unser Abstimmungsverhalten grob skizziert. Als Sozialsprecherin muss ich trotzdem einiges dazu sagen. Nachdem wir bei der Erstellung des Sozialprogrammes so viel Zeit, so viel Energie und Kreativität investiert haben, muss ich aufpassen, dass ich das nicht persönlich nehme. Wir haben Exkursionen gemacht und waren sogar in Hamburg, um uns Beispiele anzusehen. Kaum war das Programm beschlossen, hat es schon die ersten gegenteiligen Entwicklungen gegeben. Ich möchte nur ein Beispiel nennen, um zu zeigen, auf wessen Kosten wir einsparen.

Das Beispiel ist das Gratis-Mittagessen. Wenige Jahre nach dem Beschluss haben wir bei der Streichung des Gratis-Mittagessens natürlich zugestimmt und gesagt, okay, gratis muss es nicht sein, aber sozial gestaffelt mit einem Null-Beitrag, dass die Ärmsten nicht noch stärker belastet werden. Was ist gekommen? Vor zwei Jahren ist ein Pflichtbeitrag mit Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ eingeführt worden - damit wir wissen, wer für solche Maßnahmen zu haben ist. Mit dem Pflichtbeitrag sind die GeringverdienerInnen noch stärker belastet worden, als diese Maßnahme eingebracht hat. Genau diesem Bild folgt auch diese Konsolidierung. Das heißt, man spart bei den Ärmsten und bei den Armen, die sich nicht zur Wehr setzen können und die keine Lobby haben, wie beispielsweise die ASFINAG.

Um beim Sozialprogramm zu bleiben. Das Stadtteilzentrum wird jetzt nicht mehr fortgeführt werden - das ist ein wichtiger Sozialraum - so wie viele andere Maßnahmen auch, die eigentlich den Sozialraum betreffen. Ganz, ganz viele Maßnahmen betreffen das Zusammenleben. Es besteht leider kein Interesse daran, für den sozialen Zusammenhalt zu sorgen. Zentrale Punkte der Stadtteilzentren sind die Steigerung der Lebensqualität im jeweiligen Stadtteil, die Beteiligung und Mitsprache der BewohnerInnen und die Vernetzung sowie Bündelungen der Angebots- und Serviceleistungen vor Ort. Dazu gehört das Service, die Sozialberatung, ein Büro der Linz AG oder der BürgerInnen-Servicestelle und Gemeinwesenarbeit in multiprofessionellen Teams, die Konflikte lösen oder Verbesserungspotentiale im Stadtteil erheben können und vorhandene Strukturen zusammenzuführen und dazu beitragen, dass die Organisationen stärker kooperieren. Das Betreiben eines Stadtteilbüros veranschlagt weit weniger, als die jährliche Weihnachtsbeleuchtung. Da sieht man wieder, wo die Prioritäten gesetzt werden.

Ein anderes Beispiel sind die Aktiv-Clubs und die Tageszentren, auch ein weiterer Sozialraum, diesmal speziell für ältere Personen. Ich zitiere aus dem Sozialprogramm: ‚Schaffung von Tageszentren für SeniorInnen: Um einen längeren Verbleib zu Hause zu ermöglichen und pflegende Angehörige zu entlasten, sollen Tagespflegezentren mit leistbaren Kostenbeiträgen und für verschiedene Arten von Pflegebedarfen (z.B. körperliche Beeinträchtigungen, Demenz) angeboten werden‘. Das heißt, das ist nicht nur für die Betroffenen selbst ein Angebot, sondern auch für die Angehörigen. Auch hier wollen wir uns davon distanzieren, die Angebote zu schmälern.

Eltern-Kind-Zentren sind genauso soziale Räume, sie bieten psychosoziale Beratungen und Rechtsberatung an und sind Außenstellen des Jugendamtes. Dort erfolgt die Ortung und Lösung von Problemen direkt vor Ort. Ich zitiere wieder aus dem Sozialprogramm: ‚Unterstützung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz: Lernschwäche und Aufmerksamkeitsdefizite von

Kindern, Alltagsprobleme, Trennung und Scheidung von Eltern - die Probleme, denen Familien heute gegenüber stehen, sind vielfältig. So vielfältig, dass manche Menschen diese Situation oftmals nicht mehr alleine bewältigen können'. Daher braucht es diese Eltern-Kind-Zentren. Die Positionierung der Elternberatungsstellen in den Stadtteilen soll laut Sozialprogramm als wichtige Maßnahme fortgeführt werden.

Dann kommen wir zu den Volkshäusern. Diese sind mit einem Minus in Höhe von 400.000 Euro pro Jahr budgetiert worden. Die Frage ist, ob konkrete Standorte geschlossen werden. Wir brauchen Begegnungsorte, die leistbar sind und das sind die Volkshäuser. Wo sonst können Menschen zusammenrücken, sich kennenlernen, Positives miteinander entstehen lassen, Zusammengehörigkeit erleben, Wissen erwerben oder Erfahrungen austauschen. Unser Vorschlag wäre, dass die Stadtparteien stattdessen ordentliche Mieten in den Volkshäusern zahlen. Da wäre auf jeden Fall einmal ein wichtiger Beitrag geleistet.

Ein weiterer Punkt ist die Reorganisation des Vereines Jugend und Freizeit für nächstes Jahr mit 125.000 Euro und die Folgejahre mit 250.000 Euro. Was heißt das? Bedeutet das die Schließung von ein bis zwei Jugendzentren, die Kürzung von Streetwork und Teeniearbeit? Gleichzeitig steht aber in diesem Kürzungstext, dass das Angebot eine wichtige präventive Wirkung hat. Ich glaube, dazu muss ich nicht mehr recht viel sagen, meine Kollegin Sophia wird das näher erläutern. Diese Woche ist eine Studie veröffentlicht worden, bei der es um Radikalisierungstendenzen muslimischer Jugendlicher gegangen ist. Dabei ist recht klar hervorgegangen, dass es da schon Unterstützung und Maßnahmen braucht. Ich finde es fahrlässig, diese Angebote gerade in diesem Bereich zu kürzen und nicht auszubauen. Wir wissen, dass zirka 50 Prozent der Jugendzentren-BesucherInnen eine Migrationsgeschichte haben. Das ist wirklich eine Kürzung in der Zukunft. (Beifall Die Grünen)

Zur Medienwerkstatt ist schon einiges gesagt worden. Ich denke, ein Hundstrümmerlsackerlspender kostet zirka 50.000 Euro. Das können wir uns schon leisten. Man fragt sich schon, wo die Prioritäten gelegt werden. Zu guter Letzt, der Verzicht auf die Berufsbekleidung der MitarbeiterInnen im BürgerInnen-Service. Das finde ich ein bisschen seltsam. Das sind zirka 4000 Euro im Jahr. Wir alle wissen, der erste Eindruck ist der wichtigste. Wenn die Menschen nach Linz und in das Bürgerservice-Center kommen, sollen wir sie anschaulich willkommen heißen. Wir haben auch Blumenschmuck und diverse andere Dekorationen. Die 4000 Euro im Jahr für die Berufsbekleidung können wir uns in der Stadt Linz wirklich nicht leisten? Ich frage mich wirklich, wo die Prioritäten gesetzt werden.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Ekova-Stoyanova:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, Zuschauer auf der Galerie, unsere Stadträtin Eva Schobesberger hat ganz kurz unsere Meinung aufgelistet. Unsere Position ändert sich nicht. Als Kultursprecherin muss ich dazu unbedingt Stellung nehmen.

Wir alle wissen, dass dieses Sparmaßnahmenpaket so unangenehm wie nie zuvor ist. Wir müssen sparen, wie nie zuvor. Wir wissen aber auch alle, dass man sich wirklich gut überlegen muss, wo, was und wie die Stadt es machen soll. Können wir diese Last verantworten? In meinen Augen ist genau das das Problem dieses Sparpaketes. Wir planen Schaden für unsere Zukunft. Lohnt es sich, diesen Schritt zu machen? Sollen wir erfolgreiche Strukturen schließen und wieso nur in bestimmten Ressorts? Ich denke dabei an die Kulturschaffenden und an Kulturprojekte bzw. Institutionen, die von der Schließung bedroht sind. Ob es sich um das Salzamt handelt oder um die Zukunft des Linz Festes - das Linz Fest ist automatisch auf einen Zweijahresrhythmus umgestellt worden - um Bibliothekschließungen, das Nordico, die

Medienwerkstatt, die VHS usw., das sind alles gut funktionierende Projekte in unserer Stadt. Wie kann man sich diese Schritte ohne Dialog mit den Kulturschaffenden vorstellen. Wir haben einen Stadtkulturbeirat. Wo ist hier die Rolle des Stadtkulturbeirates? Niemand hat die Leute des Stadtkulturbeirates um deren Meinung gefragt. Bei diesem Verhalten braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Vertrauen der Bevölkerung zur Politik weg ist. Heute, in dieser Zeit, in dieser dynamischen Welt, haben die kleinen Entscheidungen einen sehr großen Wert. Niemand verzeiht die großen Fehler.

Ich komme zu meinem naheliegenden Thema. Gestern war ich bei der Protestaktion zum Thema Schließung des Salzamtes. Es waren nicht nur Kulturschaffende, Studenten und Leute von der Straße dabei, es waren viele unzufriedene Bürgerinnen und Bürger der Stadt Linz dabei - wenn Sie mir erlauben, zu sagen, ohne Klassen- und Farbenunterschied. Alle haben sich Sorgen über unsere Stadt gemacht. Wo gehen wir hin, was wollen wir erreichen. Zurzeit stehen wir Politiker ziemlich primitiv da, weil wir keine Diskussionen führen, keine Klärung und keine Antwort haben. Die Sparmaßnahmen im Kulturbereich werden unser Loch im Budget nicht füllen. Wenn alle restlichen Ressorts und nahestehenden Institutionen der Stadt ihre Sparmöglichkeiten offen legen, ist es denkbar, dieses unerträgliche Verhältnis zwischen der Stadt Linz und der Kulturszene zu vermeiden. Welche ehemalige Kulturhauptstadt Europas vernichtet ihre eigenen erfolgreichsten Projekte.

Oder der Spruch ‚In Linz beginnt’s.‘. Ich frage mich, was beginnt. Wenn wir heute diese Beschlüsse fassen, frage ich mich, wie können wir morgen in den Spiegel sehen. Ich werde diese Verantwortung nicht auf meine Schulter nehmen, deswegen bin ich gegen diese Sparmaßnahmen, besonders im Kulturressort.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Schmid:

„Werte Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuschauerInnen auf der Tribüne, ich möchte jetzt noch einmal ein Thema hervorholen. Ich möchte über Sicherheit reden. Leider ist Kollege Wimmer nicht da, aber ich hoffe, er hört mich. Über dieses Thema wird sehr viel gesprochen. Ich möchte, dass wir uns die Frage stellen, wann man sich in einer Stadt sicher fühlt bzw. wann man sich auf einem Platz sicher fühlt. Ich möchte zwei Szenarien aufzeigen. Erstens, stellen Sie sich vor, alles ist abgesperrt, strikt getrennt, es gibt Zonen, wo man etwas darf und wo man etwas nicht darf, es gibt sehr viel Sicherheitspersonal in unterschiedlichsten Ausprägungen, möglicherweise noch bewaffnet und überall sind Kameras. Das zweite Szenario ist ein offener Platz, Menschen können sich begegnen und etwas miteinander machen. Man weiß, wohin man gehen kann, falls man ein Problem hat. Man weiß auch, dass man sich auf den Nachbarn verlassen kann und nachfragen gehen kann.

Wenn man sich das so vorstellt und einmal ein bisschen hineinspürt und sich selber fragt, wo man sich denn sicher fühlt, wird zum Großteil das Szenario zwei in Frage kommen. Das sage nicht nur ich, das kann man in verschiedensten Studien auf psychologischer, individueller Ebene nachlesen, aber auch im Stadtentwicklungsbereich. Wir als Stadt, als PolitikerInnen haben die Aufgabe dafür zu sorgen, dass sich die Menschen im Sinne von gut leben und gut miteinander leben können, sicher fühlen. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, wir schaffen die Weichen und bestimmen, in welche Richtung der Zug fährt - Szenario eins oder Szenario zwei.

Um eine Stadt zu entwickeln, braucht es Räume zur Begegnung, zum Kennenlernen, zum Austausch, wo man Informationen bekommt und Probleme deponiert werden können. Es ist wichtig, Zugangsmöglichkeiten und Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, gerade wenn man immer über direkte Demokratie redet. Das passiert und funktioniert genau im Kleinen, nämlich in der Stadtteilarbeit, dort, wo es Strukturen gibt, wo man Zugang zu Beteiligungs-

möglichkeiten schaffen kann. In der Stadtteilarbeit, in den Stadtteilzentren, in Jugendvereinen und Jugendzentren passiert die wichtige und wertvolle Arbeit für Stadtentwicklung für ein sicheres und gutes Miteinanderleben.

Dann schauen wir uns die Maßnahmen, die heute beschlossen werden, an. Schauen wir wo die großen budgetären Brocken bei diesen Maßnahmen sind. Das ist der Stopp des Ausbaus der Stadtteilzentren, das sind Kürzungen beim Verein Jugend und Freizeit. Eltern-Kind-Zentrum und Bibliotheken werden zusammengelegt, in der Kultur wird gespart und bei den Volkshäusern soll optimiert werden. Überall dort, wo es darum geht, dass Menschen sich beteiligen können und Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden, damit man ein gutes Miteinander haben kann, wird gespart. Das heißt für mich, die Richtung geht in Szenario eins. Für uns sollte es viel mehr in Richtung Szenario zwei gehen. Wenn Herr Wimmer schon gesagt hat, wir müssen uns auf die Pflichtausgaben beziehen, dann kann ich nur sagen, dass der Ordnungsdienst bestimmt keine Pflichtausgabe der Stadt Linz ist. (Beifall Die Grünen)

Dieses Maßnahmenpaket ist inhaltlich und gesellschaftspolitisch tatsächlich ein Wahnsinn. Wir haben vorher schon den Antrag zur Feuerwehr gehabt. Auf der einen Seite finde ich es wichtig, dass es Institutionen gibt, die Brände löschen, wie die Feuerwehr oder die Polizei. Aber mindestens ebenso wichtig ist es, dass wir die gesellschaftspolitischen Brände erst gar nicht entstehen lassen.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mich selber zu Wort gemeldet, nachdem das Überwiegende mein Ressort und meine Ressortzuständigkeit betrifft. Ich möchte einmal grundsätzlich betonen, dass es wichtig ist, dass wir uns mit diesem Thema auseinandersetzen. Wir wissen, dass wir in einer schwierigen Situation sind. Es ist mir schon ein Anliegen zu sagen, warum das so ist. Wir haben das in diesem Haus schon mehrmals diskutiert, aber es sind Besucherinnen und Besucher auf der Galerie. Ich glaube, wir sollten uns noch einmal kurz dafür Zeit nehmen.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sind bei uns die Einnahmen nicht in dem Ausmaß gewachsen, wie es vorher der Fall war. Das bedeutet, dass sich unsere Haupteinnahmequellen, nämlich die Bundesertragsanteile bei den Steuern, also der Anteil am Steuerkuchen, wenn man so will, und die Kommunalsteuer über viele Jahre zuerst de facto gar nicht und dann nur langsam weiterentwickelt haben. Gleichzeitig sind aber unsere Kosten in vielen Bereichen weiter gestiegen. Wir haben zum einen notwendige Ausgaben für das Personal gehabt, wo es Indexsteigerungen gibt und die Leute Vorrückungen haben und ihre Löhne und Gehälter berechtigt vorgerückt und bezahlt haben möchten. Das heißt, die Kosten sind laufend gestiegen. Gleichzeitig ist die Stadt gewachsen, was einen Investitionsschub im Bereich der Infrastruktur erfordert hat. Das heißt, wir haben unser Kinderbetreuungsangebot in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Hier geht es um die Schaffung von sehr vielen neuen Arbeitsplätzen im Sozial- und im Gesundheitsbereich.

Wir haben in unserer Stadt eine Trendumkehr, insofern stimmt es nur bedingt, dass Personal abgebaut wurde. Es ist richtig, dass in der klassischen Verwaltung immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten. Das ist in manchen Bereichen für die MitarbeiterInnen schon sehr eng und die haben auch sehr gute Arbeit mit knappen und sparsamen Ressourcen zu leisten. Gleichzeitig wurde aber in den anderen Bereichen Personal aufgenommen, sonst hätten wir nicht so viele neue Gruppen aufmachen können, die Hortinfrastruktur nicht ausbauen können und neue Seniorenzentren bauen können. Das alles kostet sehr viel Geld. In Summe ist in den letzten Jahren der Sozialbereich stark gewachsen und macht inzwischen einen sehr großen Anteil unseres Budgets aus.

Der restliche Teil sind eigentlich unsteuerbare Dinge, nämlich Pflichtausgaben, wie wir das nennen, Dinge, die wir aufgrund von gesetzlichen Vorgaben des Bundes bzw. Landes Oberösterreich zu erfüllen haben. Dabei haben wir im Gemeinderat als gestalterisches Gremium keinerlei Spielraum. Das KDZ, das Zentrum für Verwaltungsforschung, das sich in unserem Auftrag mit der Budgetanalyse auseinander gesetzt hat, hat vom operativen Geschäft, das man mit ungefähr 600 Millionen Euro an Einnahmen beziffern kann, ungefähr nur 240 Millionen Euro identifiziert - meiner Schätzung nach, sind es wahrscheinlich eher sogar nur 200 Millionen Euro - die überhaupt von uns steuerbar sind. Wir haben zum Beispiel alleine an Pensionen 60 Millionen Euro, die wir nicht steuern können. Wir haben sehr viele gesetzliche Vorgaben, auch in der offenen und geschlossenen Sozialhilfe. Wir haben Dinge umzusetzen, die andere Gebietskörperschaften entscheiden.

Dann kommt noch dazu, dass wir natürlich Nettozahler an das Land Oberösterreich sind und das in einem immer weiter steigenden Ausmaß. Das ist ein Faktum, das nicht wegzuleugnen ist. Ich muss das dazusagen, nicht, weil ich jammern will, sondern weil es ein Faktum ist. Mit den Maßnahmen leiten wir die Konsequenz daraus ab. Die Ausgaben und insbesondere die Ausgaben für die Umlagen an das Land wachsen stärker, als unsere Einnahmensituation. Während wir auf der Einnahmenseite mit ein bis zwei Prozent an Einnahmensteigerungen rechnen können, steigen alleine die Landesumlagen, die wir im kommenden Jahr wieder zu bewältigen haben werden, mit drei bis vier Prozent und dann haben wir noch Lohnvorrückungen etc. Anders formuliert: Wenn wir nichts tun und wenn wir hier nicht weitere Maßnahmen setzen, die wir im eigenen Wirkungsbereich machen können, dann wird die Situation der Stadt Linz automatisch schlechter.

Jetzt liegt sozusagen die Analyse vor. Wir wissen, wenn wir nichts machen und keine Maßnahmen setzen, wird es nicht besser, sondern unsere Finanzsituation, mit der wir und vor allem ich nicht zufrieden sind, würde sich weiter verschlechtern. Welche Möglichkeiten haben wir? Wir können im Wesentlichen sozusagen an drei großen Schrauben mit vielen kleinen Unterschrauben bzw. Punkten drehen.

Die erste Schraube ist die Einnahmensituation. Dazu gibt es in diesem Raum breite Bekenntnisse, steuerbare Einnahmen nicht über die Gebühren einzuheben. Ich habe gerade gesagt, dass zwei Drittel unserer Einnahmen überhaupt nicht steuerbar sind, weil sie von Steuereinnahmen und der Kommunalsteuer konjunkturabhängig sind. Der restliche Bereich ist nur bedingt steuerbar. Wir sagen, wir wollen bei den Gebühren – wie es immer heißt – nicht etwas verdienen, sondern in Wirklichkeit zumindest unsere Kosten abdecken. Das ist nur in den seltensten Fällen der Fall. Das heißt, wenn wir jetzt bei einzelnen Gebühren Indexierungen machen, wie wir es in diesem Raum schon diskutiert und beschlossen haben, dann bedeutet das nur, dass wir nachziehen und in Wirklichkeit bei fast allen Punkten niemals eine Kostendeckung erreichen werden, weil wir als Kommune auch eine Aufgabe haben. Dieses Nachziehen bedeutet nichts anderes, als dass man, wenn bei uns die Kosten steigen, wie z.B. Personalkosten oder andere Kosten für Verbrauchsgüter etc., oder wenn der Strom teurer wird, das irgendwo einmal abgelten muss. Dabei geht es nicht um große Sprünge. Damit wird es uns nicht gelingen, ein Budget zu sanieren. Wir werden im besten Fall bei den Kosten ein bisschen nachkommen.

Der zweite Bereich, um den es heute geht, ist der Bereich, wie wir mit unseren steuerbaren Ausgaben umgehen. Bei diesen Ausgaben - wenn man jetzt die 200 Millionen Euro oder 240 Millionen Euro nimmt – haben wir uns ein Konsolidierungsziel in Höhe von 20 Millionen Euro vorgenommen. Das ist ein ganz schöner Brocken, der da vor uns liegt und den wir zu stemmen haben. Das sind immerhin zehn Prozent oder mehr von dem, was wir hier überhaupt beeinflussen können. Dass das in einen Bereich geht, wo es schön langsam nicht mehr lustig ist, muss uns allen klar sein.

Wir haben Experten beigezogen, die eine ganze Palette von Maßnahmen vorgeschlagen haben. Nicht alle dieser Maßnahmen haben wir für gut befunden. Viele davon haben mehr Fragen aufgeworfen, als sie in einem ersten Schritt beantwortet haben. Darum wehre ich mich so dagegen, dass man jetzt das, was heute beschlossen wird, mit Dingen, die das KDZ vorgeschlagen hat, vermischt. Hier sind noch sehr viele Dinge offen. Darum glaube ich, dass wir bei dem bleiben sollten, was der Stadtsenat beschlossen hat. Was wir jetzt hier vorlegen, sind die konkreten Beschlüsse, um die es geht. Das heißt, Einnahmen werden nur moderat möglich sein und bei den Ausgaben haben wir uns 20 Millionen Euro vorgenommen.

Ich möchte mich explizit dafür bedanken, dass sich die Stadtregierung und weite Teile des Gemeinderates zu diesem Konsolidierungsziel bekennen. Ich bin als Finanzreferent nämlich sozusagen ziemlich ‚gelackmeiert‘, oder wie man das auch immer nennen will, weil wir zwar alle sagen, wir wollen sparen, aber am Schluss keiner bei irgendetwas dabei ist. Das sei einmal an dieser Stelle gesagt. Vom Sparen reden, ist bekanntlich sehr leicht. (Beifall SPÖ)

Die dritte große Schraube, die wir haben - dann ist es schon vorbei mit unseren Schrauben - ist die Vermögenssituation. Auch hier haben wir, glaube ich, sehr differenzierte Meinungen, wie man damit umgehen soll. Ich glaube, dass wir ein paar Anträge weiter hinten eine gute Möglichkeit haben, städtische Wohnungen an die eigene Tochter zu geben und dafür Geld zu bekommen, was in meinen Augen legitim ist, der Stadt hilft und die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz wieder stärkt. Wir machen hier ein Geschäft, das einen Vermögenseffekt für die Stadt hat und uns im Haushalt hilft.

Natürlich nimmt die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz dafür Kredite auf. Aber glaubt denn irgendjemand in diesem Haus, wenn ein Investor oder jemand anderer die Wohnungen gekauft hätte, dass der das nicht auch kreditfinanzieren würde? Die meisten würden das so machen. Nachher hat man natürlich Mieteinnahmen, mit denen man Kredite tilgt. Mir ist es doch hundert Mal lieber, wenn das die eigene Tochter macht, wenn das sozusagen in der Unternehmensgruppe der Stadt Linz, in der Familie bleibt und wir im Sinne der Stadt Linz eine Steuerungsmöglichkeit haben, als wenn wir das verkaufen würden. Ich betone hier ausdrücklich – wir werden es nachher noch ausführlich diskutieren –, dass wir hier einen Verkauf zu marktüblichen, fairen Preisen machen, der aus meiner Sicht sowohl der Stadt, als auch der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz etwas bringt. Das waren die drei Schrauben.

Jetzt konkret zu dem, was wir auf der Tagesordnung haben. Wir haben hier eine Situation, bei der wir nüchtern analysieren müssen, dass über die letzten 30, 40 Jahre die Infrastruktur und damit die Anzahl der Gebäude, die Gebäudeausstattung, die Kosten für den laufenden Betrieb, die dazugehörigen Personalkosten immer weiter ausgebaut worden sind. Wir haben in der Stadt rund 430 Gebäude, die wir im Besitz oder angemietet haben, die von uns bespielt, bezahlt und erhalten werden müssen. Jetzt wissen wir, dass sich die Einnahmensituation nicht mit der Ausgabensituation deckt. Wir werden uns also damit auseinandersetzen müssen, welchen Teil unserer Infrastruktur wir uns noch leisten können. Das ist eine schwierige Frage und es sind Entscheidungen zu treffen, die uns allen wahrscheinlich nicht sehr leicht fallen. Ehrlich gesagt, wäre es mir auch lieber, wir müssten uns nicht damit auseinandersetzen, hätten sprudelnde Steuereinnahmen und kein Problem und könnten die ganze Infrastruktur aufrechterhalten.

Man muss aber nüchtern sagen, nach der heutigen Abstimmung wird es zum Schluss weiter Stadtteilbibliotheken in dieser Stadt geben, zwar weniger, aber besser ausgestattet. Wir werden weiterhin Volkshäuser haben und zwar sehr viele - wir haben nämlich 18 in unserer Stadt - Veranstaltungsräumlichkeiten und Volkshäuser, die den Bürgerinnen und Bürgern von

der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Wenn nicht mehr in allen 18 Volkshäusern immer zu jeder Zeit mit dem maximalen Komfort alles gleichzeitig zur Verfügung steht, sondern wir uns vielleicht mit den Öffnungszeiten bewegen etc., dann wird meiner Meinung nach am Ende des Tages bei 400.000 Euro Einsparung immer noch eine sehr gute Infrastruktur übrig bleiben. Das ist mein Ressort und ich übernehme dafür die Verantwortung.

Wir sind eine 200.000-Einwohner-Stadt und haben 18 Angebote an Veranstaltungsräumlichkeiten. Darin sind nicht alle unsere Kultureinrichtungen enthalten. Das sind wirklich nur die, die ich mir als Bürgerin und Bürger mieten kann. Ich glaube, das ist für eine 200.000-Einwohner-Stadt wirklich am oberen Ende der Skala. Ich bin mir sicher, dass niemand weit und breit eine Stadt finden wird, die ein so dichtes Angebot hat. Auch eine 400.000 Euro Einsparung – und das analog bei anderen Bereichen – wird hier nichts daran ändern, dass wir nachher immer noch ein sehr gutes Angebot haben werden.

Auch bei den Toiletten – das muss ich jetzt wirklich einmal sagen, auch wenn es so ein Mini-Thema ist, das mir ehrlich gesagt, etwas auf die Nerven geht – ist es nicht so, dass wir diese einsparen. Der Vorschlag vom KDZ war, sich anzusehen, wie das gemacht wird. Ganz im Gegenteil, wir machen sogar neue Toilettenanlagen, das haben wir hier in diesem Haus besprochen. Aber wenn es eine Möglichkeit gibt, wie vielleicht beim Steinmetzplatzl mit einem Wirt zu kooperieren, dann werden wir doch bitte über so etwas nachdenken dürfen. Der Wirt hat etwas, in dem er sein WC öffentlich zur Verfügung stellt und auch wir haben etwas davon, weil wir keinen hässlichen Container aufstellen oder eine WC-Anlage um ein paar 100.000 Euro neu bauen müssen. Dann brauchen wir keine große Zeitungsartikel und Berichte darüber, dass wir die WC-Anlagen der Stadt zusperren, denn das wird nicht passieren. (Beifall SPÖ)

Wir werden in der Volkshochschule und in anderen Bereichen weiterhin ein gutes Kursangebot haben. Wir werden für eine 200.000 Einwohner-Stadt weiterhin ein sehr gutes und breites Kulturangebot, sowie Bildungsangebote im Sozialbereich, Sprachkurse und eine Musikschule haben. Wir werden in fast allen diesen Bereichen nach wie vor, wenn schon nicht ein exzellentes, aber zumindest ein sehr gutes Angebot haben. Ich verstehe jeden Einzelnen und jede Einzelne, dass sie mit einzelnen Maßnahmen nicht einverstanden sind, das ist mir völlig klar. Meine Kunst oder meine Aufgabe ist es – das ist das Wesen der Demokratie – einen Kompromiss zu finden. Das ist die Basis, auf der Demokratie aufgebaut ist. Das heißt aber immer, dass irgendjemandem irgendetwas nicht schmeckt, das ist logisch. Wir brauchen einen Mehrheitsentscheid, sonst kommt nichts zustande.

Die einen wollen keinen Westring, die anderen wollen die Stadtwache halten usw. Es gibt verschiedene politische Meinungen, das ist legitim. Am Schluss aber muss es irgendwann einmal eine Abstimmung und eine Mehrheit geben. Dann muss man eine Entscheidung finden, um das Ganze in einer Balance zu halten. Es ist wirklich eine schwierige Übung, letztendlich - um es auf mein Ressort herabzubrechen - tatsächlich dann beschlossene Sparvorschläge auf dem Tisch zu haben. Insofern bin ich dann über den Effekt dankbar, wenn einer eintritt. Ich werde als Personalreferent darüber hinaus selbstverständlich, beim Punkt 4 des Antrages, wo es darum geht, ob man nicht bei Personal, Ausgaben und Leistungsangebot trotzdem noch etwas tun könnte, schauen. Es stellt sich natürlich oft die Frage - auch wenn es einen gesetzlichen Auftrag gibt -, wie genau und wie weit der erfüllt oder übererfüllt wird. Das ist eine ganz komplexe Frage, die sich nicht pauschal entscheiden lässt. Darum muss man sich das im Detail anschauen.

Ich verstehe, dass es Unmut gibt, dass niemand begeistert ist. Ehrlich gesagt, bin ich selbst nicht begeistert, dass wir hier Sparmaßnahmen vorschlagen müssen. Ich halte das aber für

notwendig. Man muss es tun. Ich ersuche, dass wir gemeinsam Verantwortung übernehmen. Was nicht bedeutet, dass wir unterschiedliche Meinungen haben können. Wenn wir 20 Millionen Euro erreichen wollen, kann man sich das, was die Einzelnen als Vorschläge aufgezählt haben, zusammenaddieren und dann immer noch schauen, wie viel auf die 20 Millionen Euro fehlt und sich dann überlegen, wie schwierig es für die anderen 18, 17 oder 19 Millionen Euro ist, eine Mehrheit zu finden. In diesem Sinne versuche ich das Gemeinsame über das Trennende zu stellen.

Ich bedanke mich für die Zustimmung zu vielen dieser Maßnahmen, die bei unterschiedlichen Punkten quer durch alle Fraktionen gehen. Ich hoffe, dass wir einen weiteren Schritt für unser gemeinsames Ziel ‚Konsolidierte Stadtfinanzen‘ geleistet haben. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Bürgermeister Luger:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf einige wenige Punkte replizieren, denn das, was in unterschiedlichen Parteien unterschiedlich gesehen wird, ist so für mich zur Kenntnis zu nehmen. Aber worauf ich ganz besonders hinweisen möchte ist, dass wir diese Budgetkonsolidierung deswegen so in den Mittelpunkt gestellt haben - mit uns meine ich ganz konkret Herrn Finanzreferenten und mich -, weil wir die Voraussetzungen schaffen müssen, dass Linz in der Zukunft handlungsfähig bleibt. Es ist nicht einfach zur Kenntnis zu nehmen, wenn die Laufende Gebarung im Negativen ist. Wir können die Landespolitik nicht ändern. In den letzten acht Jahren sind unsere Zahlungen an das Land Oberösterreich um 50 Millionen Euro gestiegen. Das ist mehr, als die doppelte Menge dessen, was wir hier sparen. Wäre in den letzten Jahren der Beitrag der Stadt Linz inflationsgemäß indiziert normal gestiegen, dann hätten wir aus meiner Sicht auch eine Diskussion, aber nicht unter diesen Voraussetzungen, dass wir unbedingt 20 Millionen Euro einsparen müssen. Ich gebe allen Kritikern Recht, dass wir das sehr schnell - schnell im Sinn von jetzt und nicht in einem Jahr und nicht in zwei Jahren - machen müssen. Das sind externe Rahmenbedingungen, über die die meisten Parteien hier einer Meinung sind, die aber durch die Hegemonie der Landespolitik nicht zu ändern sind.

Was ist dann verantwortungsvolle Politik? Sich herzusetzen und des Öfteren medial wirksam diejenigen zu geißeln, die für diese Ungerechtigkeit verantwortlich sind. Emotionell nicht schlecht, mache ich von Zeit zu Zeit, tut gut, ist notwendig, löst aber kein ökonomisches Problem. Ungerechtigkeiten, die nicht zu beseitigen sind, muss man versuchen, systemisch anders zu lösen. Deswegen der Vorschlag diese Konsolidierung durchzuführen, damit wir nicht sehenden Auges in ein Finanzdesaster laufen. Das ermöglicht uns erst, wieder Spielräume in der Zukunft schaffen zu können. Ich denke an große Projekte in der Infrastruktur über die zweite Schienenachse. Ich denke an den Ausbau der Tabakfabrik zur Drehscheibe von Innovation und Wissenschaft in der Stadt. Ich denke daran, dass wir gemeinsam mit der Johannes Kepler Universität das Linz Institute of Technology organisieren. Ich verweise darauf, dass wir gemeinsam mit dem Land für die Weiterentwicklung der Kunstuniversität mitzahlen - wieder einmal die einzige Stadt Österreichs, die für eine Universität, in diesem Fall für die Kunstuniversität mitzahlen muss. Wir gehen davon aus, dass wir weiterhin mehr finanzielle Mittel für die Kinderbetreuung brauchen, was gut ist, aber uns finanziell durch die Investments und in Folge auch durch die Betreuung finanziell unter Druck setzt. Für all diese Punkte, die ich hier erwähnt habe und um andere Spielräume zu sichern bzw. nach vier, fünf Jahren Konsolidierung wieder zu erhöhen, ist dieses Paket die Basis dafür. Das ist also nicht ein Sparen an der Zukunft, sondern ein Sparen, damit wir die Zukunft gestalten können.

Ich muss noch sagen - das war in der Diskussion durchaus nicht unbeeindruckend – dass es bisher die Linie in der Stadt war, dass das was wir haben so zu bleiben hat, wie es ist. Jede

Veränderung wird kritisch hinterfragt und ist abzulehnen. Jeder Bedarf, der neu entsteht, ist möglichst rasch und zu 100 Prozent zu erfüllen. Das wäre die beste Art und Weise, Politik zu machen. Wenn man Einnahmen wie in Abu Dhabi hat, kann man das tun. Wenn man andere finanzielle Strukturen hat, heißt das Schwerpunkte zu setzen. Diese Philosophie, nichts zu verändern und alles Neue zu ermöglichen, ist finanziell nicht leistbar. Das würde die ‚Öffentliche Hand‘, in diesem Fall die Stadt, massiv unter Druck setzen. Vielleicht ist es so, dass es politische, strategische Überlegungen gibt, was denn mit einer Gemeinde passiert, die ihre Finanzen auf Dauer nicht im Griff hat. Das ist dann eine Kommune, die nicht mehr handlungsfähig ist, das ist das eine. Es ist aber auch eine Kommune, die gezwungen ist, ihr Privatvermögen, ihr öffentliches Vermögen zu privatisieren.

Wir haben in diesem Haus schon gehört, dass ein Verkauf der Linz AG in Frage kommen sollte. Wir haben in diesem Haus auch schon des Öfteren gehört, dass städtische Strukturen nicht bei der Stadt sein sollten, sondern dem Land Oberösterreich gegeben oder überhaupt privatisiert werden sollten. Wenn man das möchte, dann kann man es sagen. Es hat einmal einen sehr mutigen Vizebürgermeister gegeben, der das gefordert hat - mit endem wollendem Erfolg, möglicherweise eine Lehre für seine Partei, der er bis zum heutigen Tag angehört. Dieses Sparpaket hat für mich auch den Hintergrund, die Vermögenswerte, die Generationen geschaffen haben, zu sichern und zu erhalten. Unsere Aufgabe ist es, diese Werte im gesamten Verband der Stadt, in der Stadt und in den Unternehmungen zu halten, weil sie gesellschaftlich wichtige Werte sind. (Beifall SPÖ)

Abschließend möchte ich noch auf einen Punkt eingehen, der damit zusammenhängt, dass wir immer das Bestehende behalten und Neues darauf pflanzen wollen. Wir haben - das ist für die Sozialdemokratischen Partei nicht immer einfach, darum habe ich auch bei anderen Verständnis dafür - oft Schwierigkeiten, gesellschaftliche Veränderungen ordentlich zu analysieren und daraus die gesellschaftlichen Konsequenzen zu ziehen. Es ist beispielsweise so, dass es nicht stimmt, dass wir immer weniger Personal haben. Der Gesamtbestand an Mitarbeitern der Stadt Linz im Magistrat und in allen Unternehmen ist heute höher, als vor zehn Jahren, doch die Struktur ist eine massiv andere geworden. Wir haben enorm viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Dienstleistungen erbringen. Wir haben über 1200 MitarbeiterInnen in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen und im Pflegebereich angestellt. Was wir gemacht haben, finde ich in Ordnung, wenn auch gesagt wird, dass das schon seit Mitte der 80er-Jahre geschieht. Wir haben immer versucht, dort, wo es möglich ist, zu sparen. Um für diese anderen Bedarfe die Finanzmittel zu haben, haben wir auch in der Verwaltung gespart. Ich teile die Einschätzung, die Kollegin Schobesberger schon öfters gesagt hat, dass wir in unserer Verwaltung, wenn wir alles so belassen, wie es ist, nicht mehr sehr viel an Personaleinsparungsmaßnahmen durchsetzen können. Aber wer sagt denn, dass es so bleiben muss, wie es ist. Wir leben in einer Welt der Digitalisierung und in einer Welt moderner Arbeitstechnologien. Wir leben in einer Welt, in der Arbeit auch anders organisiert werden kann, nicht so wie vor zehn oder 15 Jahren. Wir leben in einer Welt, in der uns Land und Bund natürlich ordentlich mit Bürokratie und Regulierung beschäftigen. Aber das eine oder andere können wir in Zukunft im eigenen Haus weniger bürokratisch erledigen und die Potentiale heben.

Es hat sich viel verändert - weil die Bibliotheken angesprochen worden sind. Die digitalen Medien haben Einzug gehalten. Vor einigen Jahren, als wir das Bibliothekszentrum Urfahr gemacht haben, haben wir schon einmal modernisiert, auch im politischen Widerspruch. Seitdem sind dort unsere Entlehnzahlen gestiegen. Den Menschen ist es offensichtlich nicht so ein Problem, wie in der politischen Diskussion, mit der Straßenbahn, damals mit dem Autobus in die Hauptstraße direkt ins Neue Rathaus zu fahren, weil dort das Angebot besser, konzentrierter und attraktiver war, als an vier kleinen dezentralen Standorten. Ich glaube,

das spiegeln diese Papiere wieder. Das ist ein strategischer Ansatz, wie vieles andere bei der Konsolidierung. Linz hat 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner, ist eine Stadt, die 100 Quadratkilometer groß ist, von denen ein Drittel für die Bevölkerung de facto gar nicht zugänglich ist, weil es Industriegebiet ist. Auf diesen 70 Quadratkilometern ist es mit einem exzellent ausgebauten öffentlichen Verkehrsnetz zumutbar, die eine oder andere Distanz in Kauf zu nehmen. Wenn wir genug finanzielle Mittel hätten, um alles vor Ort in möglichst einfacher Form anzubieten, dann wären wir uns einig und würden es tun. Wir haben diese finanzielle Situation nicht, deswegen sparen wir.

Ich glaube, mit diesem Vorschlag liegt eine Beschlussvorlage vor, die es im Großen und Ganzen ermöglicht, die Ziele der Stadt zu erreichen, nämlich innovativ zu sein, unsere Netze sozial dicht geknüpft zu halten und dass es vor allem Perspektiven in dieser Stadt gibt. Ich bin davon überzeugt, dass die Meinungen jedenfalls zum Teil anders sein werden, als ich sie heute gehört habe, wenn wir diese Maßnahmen in vier, fünf Jahren evaluieren. Ich bitte um weitest gehende Zustimmung und bedanke mich bei jenen, die diesen Kurs mittragen.“ (Beifall SPÖ)

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Ich darf nach Absprache mit Frau Gemeinderätin Mag.^a Grünm zu Protokoll geben, dass ich jetzt nicht jedes Mal Frau Gemeinderätin Mag.^a Grünm dazusage. Frau Gemeinderätin Mag.^a Grünm hat angekündigt, dass sie bei allen vier Punkten und damit bei allen Unterpunkten dagegen stimmt.“

Gemeinderat Eypeltauer:

„Wir enthalten uns beim Punkt 2 in allen Punkten!“

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Gut, dann vermerken wir, dass beim Punkt 2 sozusagen nur die Stadtsenatsparteien mit abstimmen und sich die NEOS enthalten.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag, getrennt in Punkte 1 bis 4 abstimmen.

Der Punkt 1 wird bei **Gegenstimme von Gemeinderätin Mag.^a Grünm, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Beim Punkt 2 werden die einzelnen Maßnahmen abgestimmt:

1. Hebung des Potenzials bei Dienstwägen: **Stimmenthaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grünm, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

2. Stadtrundfahren 3. Klasse VS: **Stimmenthaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grünm, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

3. Reduktion der Naturalsubventionen: **Stimmenthaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grünm, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

4. Optimierung Parkraumbewirtschaftung: **Stimmenthaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grünm, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

5. Clubs Aktiv plus Tageszentren: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
6. Parkmünzen Linzer City Ring: Übergangsregelung 2017, Änderung 2018: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
7. Anpassen der Tarife für Organstrafverfügungen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
8. Abt. Pass-, Melde und Wahlservice: Reduktion der Wahlsprengel: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
9. BürgerInnen-Service: Verzicht auf Dienstkleidung; kein BürgerInnen-Service an JKU zu Semesterbeginn; Verzicht auf Welcome-Gutscheine für Neu-LinzerInnen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
10. Standesamt: Abschaffung der Geburtspräsente: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
11. Gestaltung Raumordnungsverträge: **Stimmhaltung ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
12. Parkplätze: Vermietung und Parkersätze: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
13. LehrerInnen-Parkplätze: Anpassung des Entgelts: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
14. Effektbeleuchtung: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
15. Stilllegung einzelner Brunnenanlagen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
16. Weiterverrechnung von Zusatzleistungen an Dritte bei Veranstaltungen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
17. Volkshäuser: Optimierungen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
18. Vermietungen: Evaluierung: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
19. Einstellung Pilzberatung: **abgesetzt**
20. Veterinärwesen: Einstellung Hygienekontrollen Fleisch (freiwillig): **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

21. Reiseimpfungen: **Stimmhaltung ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
22. Reduktion „Lebendiges Linz“ auf vier Ausgaben: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
23. Stadtbibliotheken: Zusammenlegung von Zweigstellen zu Bibliothekscentern: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
24. Magistratsmusik: Kostenreduktion: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
25. LinzFest nur mehr zweijährig durchführen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12), Die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
26. Salzamt: Projekt aus Linz 09 alternativ nutzen: **Stimmhaltung ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimmen Die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
27. Salzamt: Alternatives Nutzungskonzept: **wurde abgelehnt.**
28. Salzamt: Bespielungsort in Museen integrieren: **wurde abgelehnt.**
29. Musikschule: Zuschussbedarf bleibt 2017 gleich, mittelfristig keine Erhöhung: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
30. VHS: Zuschussbedarf senken: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
31. Medienwerkstatt schließen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
32. Weiterverrechnung von Flächenwidmungsplan- und Bebauungsplanänderungen: **Stimmhaltung ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
33. Externe Vermessungsarbeiten: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
34. Stadtrundfahrten für SeniorInnen ersatzlos streichen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
35. SeniorInnenball ersatzlos streichen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
36. Seniorenzentren: Weiterverrechnung USt bei VollzahlerInnen: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

37. Reorganisation Verein Jugend und Freizeit: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
38. Stadtteilzentren: Kein weiterer Ausbau: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen Die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
39. Eltern-Kind-Zentren: Neukonzeptionierung: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
40. Verzicht auf Hundesackerlspender: **Stimmhaltung SPÖ (19), FPÖ (15), ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimmen Vizebürgermeister Wimmer und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**
41. Neuorganisation der Mäharbeiten auf Vereinsportplätzen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
42. Abschaffung der Geburtspräsente: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
43. Spielbus an private Organisationen auslagern: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
44. Bastelbeitrag in Kindergärten, Horten, Krabbelstuben: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimmen ÖVP (12) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
45. Institut Familien- und Jugendberatung: Einsparungen durch Neukonzeptionierung (Reduktion Zuschuss): **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen Die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
46. Neuorganisation des Fachbereichs Archäologie (inkl. Sammlung): **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
47. Präsidium/Kanzlei: Keine Nachbesetzung Zehn Stunden-Stelle: **wurde bereits umgesetzt, daher wird nicht mehr abgestimmt.**
48. Reduktion der Mitgliedsbeiträge: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
49. Bezugsvorschüsse: Regulativ anpassen: **Stimmhaltung Die Grünen (9) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
50. FerialmitarbeiterInnen „Sauberes Linz“ - Reduktion: **Stimmhaltung NEOS (3); Gegenstimmen Die Grünen (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**
51. Archiv: Preise für externe Anfragen erhöhen: **Stimmhaltung ÖVP (12) und NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

52. IKT-Drucker-Anschaffung: **Stimmenthaltung NEOS (3); Gegenstimme Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ; mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Punkt 3 wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von Die Grünen (9) und NEOS (3) sowie bei Gegenstimme von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Punkt 4 wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von ÖVP (12) und Die Grünen (9) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen**

Bürgermeister Luger berichtet über

D 2 Kreditüberschreitung auf Grund der Verschiebung der Stichwahl-Wiederholung der BundespräsidentInnen-Wahl 2016 in Höhe von 300.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe

„Auf der VASSt 1.0240.728400, Sonstige Leistungen, wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von 300.000 Euro genehmigt. Die Bedeckung erfolgt durch Mehreinnahmen in Höhe von 80.000 Euro auf der VASSt 2.9250.859001, Ertragsanteile, Unterschiedsbetrag, und in Höhe von 220.000 Euro auf der VASSt 2.8994.829000, Sonstige Einnahmen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Bürgermeister Luger übernimmt wieder den Vorsitz.

Stadträtin Wegscheider berichtet über

D 3 Inbetriebnahme der Weihnachtsbeleuchtung der Stadt Linz 2016/2017 324.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe

„1. Die Inbetriebnahme der Weihnachtsbeleuchtung 2016/17 und die damit verbundenen Ausgaben in Höhe von 324.000 Euro inkl. USt werden genehmigt.

2. Die Verrechnung im Rechnungsjahr 2017 erfolgt auf der VASSt 1.7890.619001, Instandhaltung Weihnachtsbeleuchtung, und auf der VASSt 1.7890.600001, Strom Weihnachtsbeleuchtung.“

und führt weiters dazu aus:

„Ich möchte betonen, dass der Linzer Handel extrem viel an öffentlichen Aufgaben übernimmt. Man kann beim Stadtmarketing nicht eine Stadt mit der anderen vergleichen, denn der Linzer City Ring verdoppelt sogar freiwillig die eigene Tourismusabgabe. In anderen Städten streckt die öffentliche Hand beim Stadtmarketing viel Geld dazu. (Zwischenruf) Linz gibt hier relativ wenig aus, deshalb tragen wir die Finanzierung der Weihnachtsbeleuchtung. Unter dem Strich leistet der Linzer Handel viel höhere Beiträge, als es in anderen Städten üblich ist. Ich finde es unfair, dass Die Grünen und die KPÖ diesen Aspekt immer wieder kritisieren und die anderen Leistungen übersehen und nicht das Gesamte sehen. Ich ersuche um Zustimmung.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Leitner-Rauchdobler:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Besucherinnen und liebe Besucher auf der Galerie, wir haben bereits in der Budgetrede dafür plädiert, trotz bestehenden Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Oktober 2014 durch neuerliche Ausschreibung, Verkleinerung der beleuchtenden Fläche bzw. durch Kostenbeteiligung der Linzer Betriebe eine Kostenreduzierungen zu erwirken. Trotz der angespannten Finanzlage ist hier nichts passiert. Trotz einer in der Vergangenheit kritischen Betrachtung des Kontrollamtes, das aufgefordert hat, die Zuständigkeit der Stadt Linz für die Weihnachtsbeleuchtung zu hinterfragen, ist hier nichts passiert.

In anderen österreichischen Städten leuchten die Lichter in der Weihnachtszeit durch andere Modelle. Daran sollte man sich orientieren. Die Weihnachtsbeleuchtung macht laut Subventionsbericht betragsmäßig mehr als ein Drittel der Wirtschaftsförderungen aus. Laut Subventionsbericht 2015 haben wir 858.000 Euro an Wirtschaftsförderungen, wovon die Weihnachtsbeleuchtung fast 325.000 Euro ausmacht. Ich denke, die Linzer Wirtschaft kann man mit anderen Maßnahmen besser unterstützen. Wir werden somit den Antrag ablehnen.“

Gemeinderat Mag. Seeber:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Frau Stadträtin, werte Kolleginnen und Kollegen und werte Besucher und Besucherinnen auf der Galerie, bevor ich zu meinen inhaltlichen Positionen komme, das Grundsätzliche: Ja, wir stehen dazu, dass wir eine Weihnachtsbeleuchtung in Linz haben und wir möchten das nicht grundsätzlich wegdiskutieren. Es geht uns um die Kosten und um die Frage, Frau Stadträtin, was geleistet wird und was die Gegenleistung für die Leistung ist. Vielleicht muss man das ganze Paket aufschlüsseln und transparent machen, sodass wir dann vielleicht zu neuen Schlussfolgerungen kommen.

Ich möchte noch daran erinnern, dass es nicht einmal fünf Minuten her ist, dass wir ein riesen Sparpaket der Stadt beschlossen haben. Im Vorfeld hat es schon einige Kritikpunkte in Bezug auf die Weihnachtsbeleuchtung als allgemeines Statement gegeben. Worum es uns bei diesem Sparpaket geht ist, dass wir nicht über Hollywoodthemen wie Matrix oder irgendwelche Speicher diskutieren, sondern es geht ganz konkret um Liegenschaftsverkäufe. Es geht ganz konkret darum, Neuorganisationen vorzunehmen, die Zahlungsfähigkeit der Stadt aufrechtzuerhalten und den Umfang und die Qualität der kommunalen Aufgabenerfüllung neu zu definieren oder in der gegebenen Situation zu hinterfragen und anzupassen.

In dem Zusammenhang mutet es für uns tatsächlich eigenartig an, dass eine 100-prozentige Kostenübernahme der Stadt nach wie vor im Raum steht. Aus unserer Sicht ist es nahezu penetrant, unkooperativ und zynisch, diese Forderung so weiterzuführen.

Ich möchte daran erinnern, dass das Wirtschaftsressort der Stadt Linz nicht die Aufgabe hat, die Interessen der Wirtschaft zu vertreten, sondern es geht um einen Ausgleich der Interessen der Stadt und der Interessen der Wirtschaft. Und dieser kooperative und konsensuale Zugang fehlt mir hier komplett. (Beifall Die Grünen) In diesem Sinne werden wir heuer einen Gang hoch schalten und uns nicht enthalten, sondern definitiv gegen dieses Paket stimmen. Vielen Dank.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Grabmayr:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, alle Jahre wieder, so sicher, wie im Herbst die Blätter fallen, beschäftigt sich der Linzer Gemeinderat in einer Diskussion mit der Weihnachtsbeleuchtung. Die Bedeutung der Weihnachtsbeleuchtung für

die Stadt besteht auf mehreren Ebenen. Sie ist ein Instrument zur Beibehaltung unserer kulturellen Identität. Die Weihnachtsbeleuchtung ist ein genauso wesentlicher Beitrag, wie der Weihnachtsmarkt und der Christkindlmarkt am Hauptplatz und im Volksgarten. Seit Jahrhunderten ist die Weihnacht mit festlichem Licht verbunden und das soll so bleiben.

Der zweite, mindestens genauso wichtige Punkt ist die wirtschaftliche Komponente. In Zeiten eines boomenden Internets, in der der stationäre Handel um seine Existenz kämpft, ist es eine moralische Verpflichtung für die Stadt Linz einen ihrer großen Finanziere, sprich Steuerzahler, mit der Weihnachtsbeleuchtung, die ein eher kostengünstiges Marketinginstrument darstellt, zu unterstützen. Die freiheitliche Fraktion spricht sich daher für die uneingeschränkte Inbetriebnahme der Weihnachtsbeleuchtung aus.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich kann es kurz machen. Ich habe bei meiner Kritik am Sparpaket auch über die Weihnachtsbeleuchtung gesprochen. Ich kann nur mehr ganz kurz wiederholen: Vier Wochen Energieverschwendung und Glitzer in der Landstraße ist dem Gemeinderat wahrscheinlich nach der Beschlussfassung mehr wert, als drei Jahre konsequente, ökologische Arbeit der Naturkundlichen Station in Linz, die mit 105.000 Euro im Jahr bewertet ist und die Weihnachtsbeleuchtung mit 324.000 Euro. Daher werde ich klar dagegen stimmen. Danke.“

Da die Berichterstatterin auf ihr Schlusswort verzichtet, lässt der Vorsitzende nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von Die Grünen (9) und NEOS (3) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

E ANTRÄGE DES AUSSCHUSSES FÜR FINANZEN

Vizebürgermeister Forsterleitner berichtet über

E 1 Fruchtgenussobjekte der Stadt Linz – Vertrag über die Rückgliederung und Wiederausgliederung des städtischen Wohnungswesens

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag ist aus meiner Sicht ein sehr wichtiger Antrag für die Stadt Linz. Ich habe vorher schon versucht, unsere Möglichkeiten zu erläutern, um bei der Budgetkonsolidierung Effekte zu erzielen. Im Bereich der Vermögenstransaktion ist das aus meiner Sicht die mit Abstand sinnvollste Möglichkeit, einen Beitrag zu leisten und zu bekommen. Ziel dieses Antrages ist es, unserer Tochter, der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz, rund 3500 Wohnungen zu einem fairen, marktüblichen Preis zu verkaufen. Die GWG ist ein Unternehmen mit rund 18.000 Wohnungen und die größte Wohnbaugesellschaft in Linz. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, durch gemeinnützigen Wohnbau leistbaren Wohnraum für alle MieterInnen zur Verfügung zu stellen. In diesem Sinne ist der Verkauf an die GWG auch eine Stärkung der GWG. Wir führen zusammen, was aus meiner Sicht auch zusammengehört. Diese Wohnungen werden jetzt schon von der GWG vermietet, verwaltet, in Stand gehalten bzw. saniert. Deshalb ändert sich für die bestehenden Mieter gar nichts.

Wir haben in dem Vertrag sehr genau geprüft, was an rechtlichen, betriebswirtschaftlichen und sonstigen Vorgaben zu erfüllen ist und was man dazu braucht. Wir haben eine Gruppe

von Wirtschaftsprüfern, Anwälten, Immobilienexperten, unsere MitarbeiterInnen der Finanzdirektion, des Gebäudemanagements und der GWG selbst beschäftigt. Sie hatten den Auftrag, diesen Antrag gut und sorgfältig vorzubereiten. Wir haben uns wirklich bemüht, einen Vertrag zustande zu bringen, der natürlich allen rechtlichen Rahmenbedingungen entspricht, der aber auch für die Stadt und ihre eigene Tochter eine Win-Win-Situation herstellt. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang an alle, die intensiv daran gearbeitet und einen Beitrag dazu geleistet haben. Ich möchte mich aber auch für die Diskussion, auch für die politische Diskussion, die zu diesem Thema im Vorfeld stattgefunden hat, bedanken. So einen Antrag darf man sich nicht leicht machen. Man muss sorgfältig prüfen und abwägen, was man macht und wie man das genau macht. Ich halte den vorliegenden Antrag für die bestmögliche Variante im Sinne der Stadt Linz und ihrer Tochter, der GWG, sonst würden wir ihn nicht vorlegen. Ich ersuche Sie deshalb, diesem Antrag zum Wohle der Stadt und zum Wohle unserer Tochter zuzustimmen.

Um sicherzustellen, dass die Intention gewährleistet ist, dass die GWG diese Wohnungen weiter in ihrem Eigentum hält, haben wir einen Zusatzantrag entwickelt, der heute mit zur Abstimmung steht. Ich ersuche Sie, diesen Zusatzantrag positiv zu beurteilen. Der ganze Antrag - sowohl der Grundantrag, als auch der Zusatzantrag - steht unter der Bedingung einer Zweidrittelzustimmung, da es sich um einen großen Verkauf mit einer großen Summe handelt.

Wir haben mit der GWG einen Vorschlag erarbeitet, wie wir die Zahlungen für den ersten Teil - es ist vereinbart, dass zuerst die Tranche Nord von der GWG gekauft werden soll - abwickeln. Wir haben einen Tilgungs- und Zahlungsplan für die nächsten fünf Jahre vereinbart, sodass zum einen die Einnahmen auf Seiten der Stadt gesichert sind und zum anderen die GWG die Möglichkeit hat, die Wohnungen nach und nach kreditfinanzieren zu müssen. In Summe glaube ich, dass wir hier ein rundes Paket haben, das wir gut und sorgfältig ausgearbeitet haben.

Ich bedanke mich für die inhaltliche Diskussion. Ich ersuche, den Antragstext in das Protokoll mit aufzunehmen, und mir die Verlesung dieses Teils hiermit zu ersparen. Er ist im Finanzausschuss bereits diskutiert worden. In der GWG ist der entsprechende Kaufbeschluss bereits gefallen.

Der Gemeinderat beschließt:

„1a) Die Stadt Linz und die GWG – Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz GmbH (GWG) vereinbaren mit Wirkung zum 1. Jänner 2017, null Uhr, die einvernehmliche Aufhebung des Übereinkommens vom 23. September 1982 und des Fruchtgenussvertrags vom 18. Juli 1990 mit denen der GWG bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet des Wohnungswesens übertragen wurden.

1b) Infolge der Vertragsaufhebungen gemäß Punkt 1.a. erfolgt die Rückgliederung der öffentlichen Aufgabe des städtischen Wohnungswesens von der GWG an die Stadt Linz ebenfalls mit Wirkung zum 1. Jänner 2017, null Uhr.

2a) Die Stadt Linz überträgt die öffentliche Aufgabe des städtischen Wohnungswesens mit Wirkung zum 2. Jänner 2017, null Uhr, erneut an die GWG.

2b) Für die 2016 erbrachten und zu erbringenden Leistungen gebührt der GWG eine Pauschalentschädigung von 440.000 Euro (inkl. zehn Prozent USt). Für die 2017 bis einschließlich 2021 zu erbringenden Leistungen gebührt der GWG eine jährliche

Pauschalentschädigung von 400.000 Euro (inkl. zehn Prozent USt). Die genannten Beträge sind jeweils zum 31. Mai des Folgejahrs fällig.

2c) Die Verrechnung der Entschädigungen gemäß Punkt 2b) für die Rechnungsjahre 2017 bis 2022 erfolgt auf der VASSt 1.8532.728002, Sonstige Leistungen, GWG.

3a) Die Stadt Linz verkauft an die GWG mit Wirkung zum 2. Jänner 2017, null Uhr, die in Anlage ./1.6a des Vertrags über die Rückgliederung und Wiederausgliederung des städtischen Wohnungswesens samt dadurch veranlasster Rechtsgeschäfte (in der Folge GWG-VERTRAG genannt) bezeichneten 223 Grundstücke der KG Katzbach, Pöstlingberg und Urfahr im Ausmaß von insgesamt 141.841 Quadratmetern, Tranche Linz Nord, zum Kaufpreis von 92,613.431,81 Euro zu den im Teil C des GWG-VERTRAGS festgehaltenen Bedingungen.

3b) Der Kaufpreis gemäß Punkt 3a), abzüglich des Barwerts des Fruchtgenussrechts von 6,921.821,67 Euro und der, von der GWG zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Fruchtgenussvertrag vom 18. Juli 1990 bzw. infolge gesetzlicher Verpflichtungen aus dem Mietrechtsgesetz bis zum 2. Jänner 2017 aufgenommenen aushaftenden Darlehen und eingesetzten Eigenmittel, zuzüglich darlehensbezogener Fördermittel in Höhe von zwei Millionen Euro ist in fünf Jahresraten, wie folgt zu begleichen:

Erste Rate: 2. Jänner 2017 = 15 Millionen Euro.

Zweite Rate: 2. Jänner 2018 = 18 Millionen Euro zuzüglich angefallener Zinsen

Dritte Rate: 3. Dezember 2018 = 13 Millionen Euro zuzüglich angefallener Zinsen

Vierte Rate: 2. Dezember 2019 = 13 Millionen Euro zuzüglich angefallener Zinsen

Fünfte Rate: 2. Dezember 2020 = Restgeldwert zuzüglich angefallener Zinsen.

3c) Die wirtschaftliche Übergabe der gesamten Tranche Linz Nord erfolgt per 2. Jänner 2017. Die Übergabe der Liegenschaften der Tranche Linz Nord in das grundbücherliche Eigentum der GWG (Verbücherung des Eigentumsrechts) hat in so genannten Subtranchen (STN), entsprechend der obigen Ratenzahlung, wobei die angerechneten Darlehen und Eigenmittel der GWG abzüglich der darlehensbezogenen Fördermittel der STN1 zuzuordnen sind, und gemäß der Anlage ./6.3. des Teils C des GWG-VERTRAGS zu erfolgen.

3d) Die Verrechnung der Einnahmen für den Verkauf der Tranche Linz Nord gemäß Punkt 2. für die Rechnungsjahre 2016 bis 2020 erfolgt auf den VASSten 6.8532.000000, Fruchtgenussobjekte - Bebaute Grundstücke, Verkauf, und 6.8532.010000, Fruchtgenussobjekte - Verkauf von Gebäuden.

3e) Die Verrechnung der Zinsen für die Gewährung der Zahlungserleichterung bei der Begleichung des Kaufpreises der Tranche Linz Nord erfolgt auf der VASSt 2.8532.820000, Zinsen aus Darlehen.

3f) Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer für den Verkauf der Tranche Linz Nord von rund 3,2 Millionen Euro für das Rechnungsjahr 2020 oder 2021 erfolgt auf der VASSt 1.8400.710100, Immobilienertragssteuer.

4. Die Stadt Linz räumt der GWG hinsichtlich der in Anlage ./1.6b des Vertrags über die Rückgliederung und Wiederausgliederung des städtischen Wohnungswesens samt dadurch veranlasster Rechtsgeschäfte bezeichneten 246 Grundstücke der KG Ebelsberg, Kleinmünchen, Linz, Lustenau und Waldegg im Ausmaß von insgesamt 141.841 Quadratmetern, Tranche Linz Süd, vom 2. Jänner 2017, null Uhr, bis einschließlich 31. Dezember 2021, 24 Uhr, neuerlich ein Fruchtgenussrecht nach den Bestimmungen des Teils D des GWG-VERTRAGS bzw. des gesonderten Fruchtgenussvertrags ein. Im Falle der Annahme der Call-

Option gemäß Punkt 5a) endet der Fruchtgenussvertrag bereits am 30. November 2021, 24 Uhr.

5a) Die Stadt Linz räumt der GWG hinsichtlich der im Punkt 4. näher bezeichneten Grundstücke auch eine entgeltliche Kaufoption (Call-Option) gemäß Teil E des GWG-VERTRAGS ein. Das Entgelt hierfür beträgt 0,1 Prozent des aktuellen Kaufpreises, sohin 94.544,68 Euro, und ist am 2. Jänner 2017 fällig. Die Kaufoption kann in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 2020 angenommen werden.

5b) Die Verrechnung der Einnahmen für die Einräumung der Kaufoption gemäß Punkt 5a) für das Rechnungsjahr 2017 erfolgt auf der VASSt 2.8532.829001, Sonstige Leistungen.

6a) Für den Fall der Annahme der Call Option gemäß Punkt 5a) verkauft die Stadt Linz an die GWG die im Punkt 4. näher bezeichneten Grundstücke zum Kaufpreis von 94,544.684,69 Euro zu den im Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen. Der Kaufpreis wird nach dem Wohnimmobilienpreisindex der Österreichischen Nationalbank wertgesichert.

6b) Der Kaufpreis gemäß Punkt 6a), abzüglich der, von der GWG zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Fruchtgenussvertrag bzw. infolge gesetzlicher Verpflichtungen aus dem Mietrechtsgesetz bis zum 30. November 2021 aufgenommenen aushaftenden Darlehen und eingesetzten Eigenmittel, zuzüglich darlehensbezogener Fördermittel und der jeweils anfallenden Zinsen ist in fünf jährlichen Raten à zwölf Millionen Euro und einer Restgeldzahlung von 2021 bis 2026, jeweils im Dezember, fällig.

6c) Die wirtschaftliche Übergabe der gesamten Tranche Linz Süd erfolgt per 1. Dezember 2021. Die Übergabe der Liegenschaften der Tranche Linz Süd in das grundbücherliche Eigentum der GWG (Verbücherung des Eigentumsrechts) hat analog der Tranche Linz Nord in so genannten Subtranchen (STS), entsprechend der obigen Ratenzahlung, wobei die angerechneten Darlehen und Eigenmittel der GWG sowie die Fördermittel der STS1 zuzuordnen sind, zu erfolgen.

6d) Die Verrechnung der Einnahmen für den Verkauf der Tranche Linz Süd für die Rechnungsjahre 2021 bis 2025 in Höhe von jährlich à zwölf Millionen Euro und das Rechnungsjahr 2026 in Form einer Restgeldzahlung erfolgt auf den VASSten 6.8532.000000, Fruchtgenussobjekte - Bebaute Grundstücke, Verkauf, und 6.8532.010000, Fruchtgenussobjekte - Verkauf von Gebäuden.

6e) Die Verrechnung der Zinsen für die Gewährung der Zahlungserleichterung bei der Begleichung des Kaufpreises der Tranche Linz Süd erfolgt auf der VASSt 2.8532.820000, Zinsen aus Darlehen.

6f) Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer für den Verkauf der Tranche Linz Süd, vermutlich für das Rechnungsjahr 2026 oder 2027, in Höhe von rund 3,3 Millionen Euro erfolgt auf der VASSt 1.8400.710100, Immobilienertragssteuer.

7. Die Kosten der Vertragserrichtung und die Immobilienertragsteuer hat die Stadt Linz, sämtliche übrigen Kosten (wie z.B. Kosten notarieller Beglaubigungen, Kosten der treuhändigen Abwicklung samt grundbücherlichen Durchführungen, Steuern, Gebühren, Abgaben etc.) hat die GWG zu tragen. Im Übrigen trägt jede Partei die Kosten für ihre rechtsfreundliche Beratung selbst.

8. Im Übrigen werden die beiliegenden Verträge vollinhaltlich beschlossen.

9. Der Vertreter der Mehrheitseigentümerin hat dafür Sorge zu tragen, dass der Gesellschaftsvertrag der GWG eine Regelung enthält, wonach Veräußerungen von Bauten und Anlagen sowie Teilen davon, die aufgrund des Vertrages über die Rückgliederung und Wiederausgliederung des städtischen Wohnungswesens samt dadurch veranlasster Rechtsgeschäfte von der Stadt Linz erworben wurden, unabhängig von einer allfälligen Genehmigung im Rahmen eines Jahresvoranschlags, der vorherigen einstimmigen Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen.

10. Der Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin wird angewiesen, durch entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWG dafür Sorge zu tragen, dass die Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrates der GWG (Kapitalvertreter) auf neun festgelegt wird.

11. Weiters wird der Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin angewiesen, im Rahmen der Ausübung der Gesellschafterrechte in der Generalversammlung der GWG folgendes umzusetzen.

11a) Die im Stadtsenat vertretenen Fraktionen haben das Recht, entsprechend ihrer jeweiligen Anzahl im Stadtsenat, Personen für die Wahl in den GWG-Aufsichtsrat vorzuschlagen; dieses Vorschlagsrecht beinhaltet die Bestellung und Abberufung eines Aufsichtsratsmitglieds.

11b) Der Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin ist bei der Ausübung des Wahlrechts an die Vorschläge gemäß Pkt. a) gebunden, eine Abänderung bedarf einer Gemeinderatsbeschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit nach § 18 Abs. 3 StL 1992.“

Zum Abschluss ein herzliches Danke für die avisierte Zustimmung. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.“ (Beifall SPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadträtin Mag.^a Eva Schobesberger:

„Bevor ich auf das Ergebnis zu sprechen komme, muss ich noch ein paar Worte über den Prozess verlieren. Es ist schon vorher beim so genannten Sparpaket oder der Matrix oder wie auch immer wir das jetzt nennen, angeklungen, dass in diesem Bereich sehr zeitintensiv und aus meiner Sicht, sehr energieintensiv diskutiert wurde. Für diese Maßnahmen hat man sich fast ein halbes Jahr Zeit genommen. Die Unterlagen zu dem Paket, bei dem es um viele Millionen Euro geht, sind so peu á peu im Laufe der letzten Woche eingetrudelt. Eines der drei Gutachtenteile haben wir am Freitag vor einer Woche bekommen, also vor nicht einmal zwei Wochen. (Zwischenrufe) Mich irritiert das. Ich glaube, wenn man so einen tragenden Beschluss fasst, ist es ein Gebot nicht nur der Höflichkeit, sondern der Sache angemessen, dass man sich gegenseitig zuhört. Was aus meiner Sicht wirklich heftig zu kritisieren ist, ist die Geschwindigkeit, mit der man solche tragenden Entscheidungen im Vergleich zu anderen Dingen vorantreibt. Das bedeutet für alle, die das ernst nehmen, dass man nicht nur an Wochenenden arbeitet oder Nachtschichten einlegen muss, sondern in ohnehin schon intensiven Phasen, wie im Herbst, wartet man nicht darauf, dass jemand anderer noch Arbeit vorbei bringt.

Wie das konkret ausschauen soll, das wissen wir erst seit einer Woche. Aus unserer Sicht hat das, was jetzt als Zusatzantrag von der SPÖ eingebracht worden ist, nämlich die dauerhafte Absicherung dieser Wohnungen, gefehlt. Grundlegendes Prinzip für uns ist, dass Liegenschaften - da fallen Wohnungen hinein, die im Eigentum der Stadt oder in städtischen Gesellschaften sind - nicht privatisiert werden dürfen. Ich glaube, wir sind von diesem Haus - mit Ausnahme von Gerlinde Grönn - die Einzigen, die das so sehen und vertreten. Im

Moment ist es unter dem Titel des so genannten nicht strategischen Immobilienverkaufs geübte Praxis, dass man Liegenschaften, die im Eigentum der Stadt sind, an Dritte - auch an Immobilienfirmen, die natürlich spekulieren – weiter veräußert. Wie gesagt, die, die das nicht mittragen, sind wir und die KPÖ. Daher war das aus unserer Sicht ein zentraler Moment, dass man das in irgendeiner Form schafft, dass die Wohnungen langfristig im Eigentum der städtischen Wohnungsgesellschaft bleiben, und nicht auf den Markt kommen und privatisiert werden.

Was heißt das. Es stand der Vorschlag im Raum, Wohnungen zu immer noch relativ günstigen Preisen an die Mieter weiter zu veräußern. Martin Hajart, du hast heute die Meinung vertreten, dass durchschnittlich 800 Euro viel zu wenig sind und man mit nur 7,50 Euro mehr schon einen vernünftigen Preis erzielen könnte. Das heißt dann, man verkauft die Wohnungen um 807,50 Euro oder sagen wir um 900 Euro, also immer noch sehr günstig weiter. Es gibt relativ wenige Mieterinnen und Mieter, die in der Lage sind, sich diese Wohnungen zu kaufen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es immer mehr Menschen gibt, die das Problem haben, sich nicht einmal eine Genossenschaftswohnung leisten zu können, weil sie schlichtweg die Kautions, die dafür notwendig ist, nicht auf den Tisch legen können. Die, die dann in der Lage sind, sich die Genossenschaftswohnung zu kaufen, das ist für mich irritierend. Da kann man sich möglicherweise sogar die Frage stellen, ob bei der Vergabe der Wohnungen nicht ein kleiner Fehler gemacht wurde und man vielleicht nicht die sozialbedürftigen Menschen ausgewählt hat.

Aber was ist dann? Wir sagen dann, die Wohnungen sind günstiger, als die am Markt befindlichen Eigentumswohnungen. Das ist nicht meine These oder die These, die ich vertrete, aber sagen wir, es ist so. Man will den Menschen, die nicht so viel Geld haben, sich am privaten Markt eine Wohnung zu kaufen, trotzdem Eigentum ermöglichen. Sie sind jetzt Mieter und kaufen ihre Wohnung. Was passiert dann, dann haben sie zwei oder drei Kinder, die diese Wohnung erben. Die werden dort nicht zu Zweit oder zu Dritt einziehen, sondern versuchen, dass sie sich das Erbe möglichst so aufteilen, dass jeder etwas davon hat. Das heißt, sie werden die Wohnung nicht wieder um 807 Euro pro Quadratmeter an einen potenziellen Mieter weiterverkaufen, sondern sie werden versuchen, das, was in Linz am Markt gerade zu erzielen ist, nämlich 2000 Euro für den Quadratmeter, zu bekommen, damit sie sich das Geld aufteilen. Was habe ich dann erreicht? Es ist mir gelungen, eine Wohnung, die jetzt zu günstigen Preisen - auch jetzt schon von der GWG durch das Fruchtgenussrecht - weitergegeben wird, am privaten Markt für eine Wohnungsspekulation zur Verfügung steht, aber ganz sicher nicht mehr für bedürftige Menschen, die eine günstige Wohnung brauchen. Das ist ganz sicher nicht unser Zugang. Mit Ausnahme der KPÖ sind wir die Einzigen, die diese Grundstücksverkäufe, die in der Stadt Usus und Gang und Gäbe sind, nicht mittragen. Man will diese Wohnungen in Bausch und Bogen an die GWG übertragen. Weil das in Summe so viel ist, unterliegt das - im Gegensatz zu normalen Liegenschaftsverkäufen - einer notwendigen Zweidrittelmehrheit. Das hat uns jetzt in die Lage gebracht, darüber nachzudenken, wie wir damit umgehen. Unser Zugang war, diese Wohnungen möglichst gut und möglichst langfristig abzusichern. Das hat uns schlussendlich dazu bewogen, das ernsthaft zu verhandeln. Mit dem Ergebnis bin ich im Übrigen schon zufrieden, weil ich meine, die Wohnungen sind besser abgesichert, als jetzt. Wenn man das jetzt nicht macht, hat das für die Stadt katastrophale Auswirkungen, weil wir, wie wir schon gehört haben, prekärste finanzielle Verhältnisse vorfinden.

Im Hinblick auf die Absicherung der Wohnungen war für uns die Frage, was passieren wird, wenn wir das jetzt nicht machen, noch viel wichtiger. Es wird das passieren, was jetzt auch mit dem so genannten nicht strategischen Immobilienbesitz passiert. Man verkauft die Wohnungen nicht in Bausch und Bogen, sondern Stück für Stück. Dann braucht man keine

Zweidrittelmehrheit mehr. Dann können das, SPÖ, ÖVP, FPÖ und die NEOS gemeinsam, wie bis jetzt auch schon, machen.

Zwischenruf **Gemeinderat Kleinhanns:**

„Mieterschutz!“

Stadträtin Mag.^a Schobesberger weiter:

„Bei Wohnungen einen Mieterschutz, sonst kann man es nicht verkaufen. Was ist das für ein Blödsinn, Herr Kollege Kleinhanns. (Zwischenruf)

Unser Zugang dazu war, wir haben uns gedacht was passiert jetzt. Für das städtische Budget und die momentane prekäre Situation bringt es nichts. Man weiß nicht so genau, was passiert. Tritt das Drohszenario ein, das Herr Bürgermeister heute schon skizziert hat, dass die Stadt unter das Kuratel des Landes kommt und das Land sagt, verkauft die Linz AG. Keiner weiß, ob das tatsächlich so ist. Es weiß aber auch keiner, dass es nicht so sein wird. Was aber ganz sicher passieren wird ist das, was mit den Liegenschaften jetzt schon passiert, dass die SPÖ, FPÖ, ÖVP und die NEOS gemeinsam Stück für Stück verkaufen. Das wird mit diesen Wohnungen auch passieren. Das war der Grund, warum wir uns intensiv bemüht haben, hier eine Regelung zu finden. Das waren für alle Beteiligten intensive und sehr anstrengende Verhandlungen. Wir haben eine Regelung gefunden, die diese Wohnungen besser absichert, als sie, wie gesagt, jetzt abgesichert sind. Zum Verkauf reicht schlussendlich eine einfache Mehrheit im Gemeinderat, wenn man es nicht in Bausch und Bogen anbringen will.

Durch diese Zusatzanträge, die da schon hineinformuliert sind - das sind die Punkt 9, 10 und 11 -, ist es in Zukunft so, dass es im Aufsichtsrat der GWG einen einstimmigen Beschluss brauchen wird, dass diese Wohnungen weiterverkauft werden können. Dann beinhaltet dieser Beschluss, dass es jetzt nicht mit mindestens drei Mitgliedern im Aufsichtsrat möglich ist, dass sich das zwei Parteien einfach so selbst ausmachen, sondern der Aufsichtsrat ein Abbild der jetzigen Stadtregierung sein muss und die Fraktionen ein entsprechendes Vorschlagsrecht haben. Das heißt, mit diesen Zusatzpunkten ist es gelungen, dass es auch in Zukunft sehr schwierig sein wird, diese Wohnungen zu verkaufen.

Wir sind froh, dass es gelungen ist, diese Punkte so hinein zu formulieren und diese Wohnungen damit dauerhaft abzusichern. Wir werden dem Antrag, so wie er vorliegt, zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, es ist bekannt, dass die KPÖ zu Fragen des kommunalen Wohnbaus eine andere Meinung hat, als die anderen Fraktionen in diesem Haus. Was man an dem jetzt vorliegenden Beschluss sieht, ist keine große Überraschung, sondern der Endpunkt einer Entwicklung, die diese Frage in Linz jetzt nimmt. Seit Anfang der 60er-Jahre gibt es in Linz keinen kommunalen Wohnbau mehr - kommunaler Wohnbau heißt, direkt von der Stadt aus -, sondern seit 1982 ist das Wohnungsamt aufgelöst und an die GWG übertragen worden. 1989 wurde dieser Fruchtgenussvertrag mit der GWG geschlossen, die für die Stadt die Wohnungen verwaltet hat. Nun sollen 3464 Wohnungen und 90 Gewerbeobjekte gänzlich an die GWG übertragen werden. Das ist der Sachverhalt, der sich darstellt. Aufgrund der Summe ist es ein Antrag, der eine Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat braucht. Wie man jetzt bei der Vorrede von Frau Stadträtin gesehen hat, zeichnet sich die ganz klar ab.

Die KPÖ hat die vorigen Maßnahmen immer abgelehnt und lehnt auch diesen Verkauf ab. Das ändert nichts daran, dass die Stadt an die eigene Tochter verkauft, die nach wie vor zu 95 Prozent der Stadt gehört. Unserer Ansicht nach bedeutet der Beschluss die endgültige

Preisgabe der politischen Verantwortung für den kommunalen Wohnbau. Herr Finanzreferent Forsterleitner hat vorher in seiner Rede zum Sparbudget gesagt, es ist ihm wichtig, und es bleibt so, dass die Stadt in dieser Frage die Steuermöglichkeit behält. Aber letztendlich ist es so, dass die Stadt die Gestaltungsmöglichkeit im kommunalen Wohnbau total aufgibt. Es ist ein Unterschied, ob ich Steuermann auf einem Schiff bin, oder ein Schiff selber bauen kann.

Die Statistik beweist, dass Gemeindewohnungen am günstigsten sind, gefolgt von Genossenschaftswohnungen. Am teuersten sind die Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt. Seit Jahrzehnten steigen die Wohnkosten weit über die Inflation, die im September 2016 0,9 Prozent und bei Wohnungsmieten 3,3 Prozent betrug. Daher sind Gemeindewohnungen in einer Stadt eine richtige Einrichtung, weil sie den Wohnungsmarkt unter Druck setzen und Vorgaben für günstiges Wohnen schaffen.

Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es in Österreich ein Gegenbeispiel, das ist Graz. Dort sind die Gemeindewohnungen noch in der Hand der Stadt. Elke Kahr, Vizebürgermeisterin der KPÖ, ist dort für die Verwaltung der Wohnungen zuständig. Dort macht man sehr gute Erfahrungen damit, dass die Stadt selbst direkt für den kommunalen Wohnbau und für die Verwaltung der Wohnungen zuständig ist. Das sind meine grundsätzlichen Überlegungen. Damit ist ganz klar, dass ich diesen Antrag nur ablehnen kann.

Zu den Stellungnahmen der anderen Fraktionen. Die einzige Fraktion, die bis jetzt auch eine kritische Haltung hatte - der Mandatar hat sich zu dem Thema noch nicht geäußert - ist die ÖVP. Sie wird dem Antrag wahrscheinlich nicht zustimmen, weil sie andere Vorstellungen hat. Sie hat die Vorstellung der kleinen Privatisierung, indem man die Wohnungen den Mietern anbietet. Wenn man die Struktur der Mieter in den Häusern, die die GWG verwaltet, kennt, liegt die Mutmaßung nahe, dass sich nur sehr wenige Menschen den Kauf dieser Wohnungen leisten werden können. Generell ist es abzulehnen, dass Wohnungen der öffentlichen Hand privatisiert werden.

Was vielleicht noch interessant ist, heute ist ein Sparpaket mit 20 Millionen Euro beschlossen worden. Ich frage mich, warum dieses Sparpaket notwendig gewesen ist, wenn die Stadt durch den Verkauf 180 Millionen Euro lukrieren wird. Darüber kann man natürlich spekulieren. Eine mögliche Spekulation ist, dass man vielleicht für den Vergleich zur Causa Swap, der möglicherweise im Raum steht, ein bisschen ein Körbergeld braucht.

Der zuständige Stadtrat für Infrastruktur, Markus Hein, hat schon vor einiger Zeit geäußert, dass sich die Freiheitlichen durchaus erwärmen können, die Gemeinnützigkeit der GWG aufzuheben. Also so sicher, wie jetzt Frau Stadträtin Schobesberger die GWG darstellt, ist sie offensichtlich doch nicht, wie es scheint. Unserer Ansicht nach wäre die Aufhebung der Gemeinnützigkeit sowieso eine Katastrophe. Zum Abschluss bleibt nur noch die Hoffnung, dass die Zweidrittelmehrheit doch nicht ganz zustande kommt.

Zu den Grünen ist zu sagen, sie haben sich jetzt wirklich lang standhaft dagegen gewehrt, dem zuzustimmen. Heute hat man den Zeitungsmeldungen entnehmen können - das sage ich einmal so -, dass der Preis für eure Zustimmung ein Aufsichtsratsposten bei der GWG war, das ist nicht so schön. (Zwischenrufe, Unruhe) Danke für die Aufmerksamkeit.“

Bürgermeister Luger:

„Frau Kollegin Grün, erlaube mir einen Kommentar. Bei aller politischen Differenz, die man sehen kann, ist das letzte Argument aber wirklich unkorrekt.“

Vizebürgermeister Mag. Baier:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates und jene Damen und Herren auf

der Galerie, es war in den letzten Wochen und Monaten schon eine sehr intensive Diskussion, die dem Verkauf, der heute zur Beschlussfassung ansteht, vorangegangen ist. Es ist viel darüber geredet worden und es wurde viel über die Medien ausgetauscht. Aber - da bin ich bei meinem ersten Punkt - eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Modell in den Gremien der Stadt vorberatend, zeitgerecht, im Vorfeld, mit einigem zeitlichen Abstand zur Vertragserstellung hat gefehlt. Ich gebe Frau Kollegin Schobesberger vollkommen Recht, wenn der Plan, die städtischen Wohnungen zu verkaufen, schon seit ca. einem Jahr gewälzt wird und dazu Vorbereitungen - wie man das auch immer nennen möchte - laufen, dann mag das sein, aber dass es zu einer Auseinandersetzung, beispielsweise vorbereitend in einem Finanzausschuss oder in einem Stadtsenat gekommen wäre, war nicht der Fall. Dieser Kritikpunkt wiegt schwer. Es handelt sich bei den städtischen Wohnungen um einen erheblichen Vermögensbestand der Landeshauptstadt. Daher hätte ich und meine Fraktion sich gewünscht, dass man in diesem Fall transparenter vorgeht, die Dinge klarer auf den Tisch legt und versucht, hier wirklich nach einer breiten Lösung zu suchen.

Die Folge daraus ist, dass man eher den Eindruck hatte, dass im letzten Abdruck, im letzten Moment die Dinge geliefert worden sind und die Gutachten erst sehr, sehr spät auf Nachfrage geliefert worden sind. Es wurde bereits verhandelt, die Vertragserstellung wurde bereits gemacht, ohne dass die Gutachten noch vorgelegen sind. In so einer Frage trägt das alles nicht gerade zu einem gedeihlichen Miteinander oder zu einer großen Vertrauensbasis bei.

Unser Hauptkritikpunkt - das wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren - ist der Kaufpreis. Sie werden mir Recht geben - davon ist heute gesprochen worden -, dass wir als Stadt einiges an Vermögen haben. Das wird, wie wir wissen, durch kontinuierlichen Abverkauf weniger. Eines ist klar, dass zu diesem Vermögen das städtische Wohnungsvermögen ganz wesentlich gehört. Daher ist es nicht unerheblich, zu welchem Preis wir diese Wohnungen, auch wenn es eine Beteiligung der Stadt ist, verkaufen. Das ist für Sie, die Sie heute diesem Geschäft Ihre Zustimmung erteilen, ein ganz wichtiger Punkt. Dieser Kaufpreis für diesen ersten Teil, für diesen nördlichen Bereich der Donau, in der Höhe von 92,613.431 Euro ist gemessen an dem, was an Quadratmeteranzahl bewegt wird, eine bescheidene Ausbeute. Bevor Sie die Hand heben und dem Geschäft Ihre Zustimmung erteilen, sollten Sie sich die Zeit nehmen, auf Ihren Smartphones den Rechner aufzumachen. Sie werden feststellen, dass dieser Kaufpreis dividiert durch den Quadratmeteranteil einen durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 1100 Euro zu Tage bringt. 1100 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der Preis, den Sie heute mit Ihrer Stimmabgabe durch den Verkauf dieser Wohnungen erlösen.

Ich weiß nicht, wie sehr Sie den Immobilienmarkt in Linz im Auge haben. Kollege Kleinhanns will es mir nicht verraten. Er sagt mir zumindest körpersprachlich, na ja, ich weiß schon ein bisschen, was in Linz los ist. All jene, die sich auf die Gemeinderatssitzung vorbereitet haben - ich bin mir sicher, Sie haben sich gut vorbereitet und damit auseinander gesetzt -, werden wissen, dass der Preis für diese Wohnungen im Immobilienpreisspiegel der Wirtschaftskammer für das Jahr 2016 - in etwa diese Kategorie dieser Wohnungen - in guter und sehr guter Lage 1700 bis über 2000 Euro pro Quadratmeter beträgt.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen durch Ihr Abstimmungsverhalten geht. Ich und meine Fraktion sind zumindest kritisch und alarmiert - 1100 Euro im Vergleich zu dem, was die Wirtschaftskammer in ihrem Immobilienpreisspiegel vorgibt. Im Übrigen ist das ein Durchschnittswert und ein Mittelwert von jenen Wohnungen, die sowohl Anlegerwohnungen, wie auch Eigentumswohnungen sind. Dabei geht es nicht nur um leer stehende Wohnungen, die jemand selber beziehen und bewohnen kann, sondern in diesem Wert sind auch die Anlegerwohnungen enthalten. Wenn Sie dann hören, dass 1700 bis über 2000 Euro je

Quadratmeter üblich sind - manch andere werden wissen, dass noch deutlich darüber verkauft und verhandelt wird -, dann sollte bei Ihnen zumindest innerlich eine gewisse Skepsis reifen.

Ich weiß natürlich, dass diese Skepsis, die ich heute bei dem oder der einen oder anderen erzeugen werde, weil ich es aus Kulissengesprächen weiß, am Abstimmungsverhalten nichts mehr ändern wird. Die Sache wird heute beschlossen, daran habe ich überhaupt keine Zweifel. Sie sollen aber schon wissen, dass Sie heute mit diesem Kaufpreis deutlich unter dem Marktwert verkaufen. Jetzt werden Sie sagen, es gibt ein Gutachten. Vizebürgermeister Baier hat sich mit dem Gutachten, das ihm zwar erst vier Tage vor dem Verkauf zugegangen ist, aber immerhin zugegangen ist, damit wieder einmal nicht ordentlich auseinander gesetzt. Was dem alles einfällt. Das ist der Bewertungspapst.

Erinnern wir uns zurück. Ich war noch nicht im Gemeinderat, manche andere schon. Was wurde in den 90er-Jahren zu den Schweizer Franken gesagt. Bestes Geschäft, Schweizer Frankenkredite muss man aufnehmen, da kann man günstig finanzieren und so weiter und so fort. Das Ende dieser Geschichte ist bekannt. Was wird möglicherweise am Ende dieser Geschichte herauskommen. Sie werden sagen, das haben damals die Gutachter gesagt und wir mussten uns doch darauf verlassen, weil wie kann man objektiv sonst etwas anderes sagen. Faktum aber ist, die Verantwortung dafür tragen Sie, dass wir heute einen wesentlichen Teil unseres Immobilienbestandes unter Wert verkaufen.

Ich gebe Ihnen heute noch ein kleines, recht plakatives Beispiel. Z.B. ist in diesem Immobilienbestand ein Haus in der Größe von 110 Quadratmetern in Urfahrner Lage - man sagt auch Schwedensiedlung dazu - beinhaltet. 110 Quadratmeter mal 1100 Euro ergibt einen Kauf- oder Verkaufspreis von 121.000 Euro. Wie es der Zufall will, werden genau gegenüber in der gleichen Straße zwei baugleiche Häuser ebenfalls zum Verkauf angeboten, aber privat. Wie hoch schätzen Sie den Kaufpreis dieser Häuser? Das eine Haus 320.000 Euro, das andere Haus 340.000 Euro versus 121.000 Euro. Mir ist völlig klar, meine sehr geehrte Damen und Herren, dass es in einer Pauschalvariante und des Verkaufs natürlich zu Durchschnittspreisen kommt und dass man sich nicht nur an Verkehrswerten am freien Markt orientieren kann.

Nur damit das klar ist, ich weiß, dass dieser Vorwurf kommt und behauptet wird, dass Vizebürgermeister Baier glaubt, dass man dort den Quadratmeter um 3000 Euro Erlösen kann. Nein, das sage ich nicht. Aber wissen Sie, wie viele Mehreinnahmen wir Erlösen könnten, wenn wir statt der 1100 Euro pro Quadratmeter 1300 Euro Erlösen würden? 17 Millionen Euro. Wenn wir 1500 Euro Erlösen, wäre es im Durchschnitt logischerweise das Doppelte, nämlich 34 Millionen Euro. Heute haben wir schon viel über WC-Gebühren und Ähnliches diskutiert. Bei der Vorbereitung dieses Geschäftes hätte etwas mehr Zeit und mehr Transparenz gut getan und die Auseinandersetzung mit alternativen Modellen.

Ein letztes Wort - bevor ich mir wahrscheinlich die Belehrungen abhole - zu diesem großartigen Wiederverkaufsverbot, das jetzt im Gesellschaftsvertrag statuiert wird. Es steht mir fern, den Grünen irgendetwas abzusprechen zu wollen. Ich möchte aber schon auf eines hinweisen. In einer GmbH hat nicht der Aufsichtsrat die letzte Entscheidung, sondern der Eigentümer, das ist so. Ich will keine juristische Debatte darüber ausbreiten, aber das, was Sie hier heute als Ihren großen Erfolg feiern, was Sie mit Ihrer hartnäckigen Verhandlungstaktik erreicht haben, mag zwar politisch in Aussendungen toll klingen, rechtlich und faktisch ist es aber nichts wert. Der Eigentümer hat in der Generalversammlung natürlich die Letztentscheidung und nicht der Aufsichtsrat. Das sollte Ihnen bei dieser Entscheidung zumindest klar sein.

Wir werden uns heute der Stimme enthalten. Wir stimmen nicht dagegen, weil wir nicht grundsätzlich dagegen sind, dass wir hier Überlegungen anstellen, wie wir den Immo-

bilienbestand verwerten können. Das muss aber in einem Verhältnis sein, dass man die Verantwortung dafür übernehmen kann, was den Kaufpreis anlangt. Ich bedaure es sehr, dass der Gemeinderat die Gelegenheit nicht genützt hat, dieses Geschäft dazu zu benutzen, um wesentlich mehr zu Erlösen, um damit einen größeren Beitrag für das Stadtbudget lukrieren zu können.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Eypeltauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Vizebürgermeister Bernhard Baier hat jetzt einiges gesagt, was ich als richtig anerkenne und mich anschließen kann. Ich möchte aber trotzdem ausführen, wie unsere Positionierung zu diesem Deal lautet.

Unseres Erachtens wäre die einzig wirklich zweckmäßige Lösung im Umgang mit diesen Fruchtgenussobjekten ein Verkauf nach außerhalb der Stadt gewesen. Es gibt in Oberösterreich zahlreiche Genossenschaften, zahlreiche Bauträger, die viele der Objekte für mehr Geld übernommen hätten, als das jetzt die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz macht.

Der springende Punkt hierbei ist, dass ein solcher Verkauf dringend benötigtes Geld von außerhalb der Stadt in die Stadt gebracht hätte, ohne dass dafür innerhalb der Stadt neue Schulden gemacht werden. Denn, es muss natürlich schon gesagt werden - das wurde vorher angesprochen -, dass es widersinnig wäre, sich darüber aufzuregen, dass die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz das Geschäft fremd finanziert, weil ein Privater das auch macht. Das ist genau der springende Punkt. Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz ist 95 Prozent Tochter der Stadt Linz und macht jetzt Schulden, um diesen Kauf zu finanzieren. Insgesamt fließen 90 Millionen Euro an die Stadt Linz. Das heißt, im Endeffekt lagern wir damit lediglich Schulden aus. Wir haben immer gesagt, wir sind gegen Schuldenpolitik, wir haben immer gesagt, das muss man anders lösen und wir haben immer gesagt, dass man sich auf solche Probleme nicht mit ideologischen Scheuklappen stürzen darf, sondern dass man diese weglassen und darüber diskutieren muss, wie eine Privatisierung für die Stadt, aber auch für die Mieter im besten Fall ein positives Ergebnis erzielt.

Im Endeffekt sagen wir also hier nein. Wir werden den Antrag dezidiert ablehnen, weil wir kein ausgelagertes Schuldenmachen mittragen werden. Das ist ein Nullsummenspiel und ein Taschenspielertrick, mehr aber schon nicht. Die sauberste Lösung wäre gewesen auszuschreiben, ein transparenter Verkauf an den Bestbieter, bei dem die Stadt qualitative Kriterien festlegen kann und welcher der Stadt tatsächlich neues Kapital beschert. Eine Verkaufsstrategie also, in der sich die Stadt auch ihre Interessen sichert, die verschiedenen Objekte differenziert behandelt und das beste Ergebnis für die Stadtfinanzen erzielt. Aber dem stehen, wie gesagt, Scheuklappen entgegen.

Ich möchte aber mit etwas Positivem schließen und zwar mit einer Bemerkung zu Vizebürgermeister Forsterleitner, der uns – obwohl wir Oppositions- und nicht Stadtsenatsfraktion sind – stets mit Information zur Verfügung gestanden ist. Er hat uns auch in die Diskussion eingebunden. Das war eine angenehme Erfahrung. Wir würden uns sehr wünschen, dass das künftig Usus wird. Ich habe es heute schon einmal gesagt, wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Man kann aber nicht erwarten, dass wir uns hier - bei geringem Informationsstand und ohne uns mitreden zu lassen - noch vor den Karren spannen lassen. In diesem Fall, wie gesagt, gibt es eine ablehnende Stimme der NEOS.“ (Beifall NEOS)

Gemeinderätin Roschger:

„Was du, Felix Eypeltauer, Scheuklappen nennst, nennen wir vielleicht manchmal Grundhaltung. Ich möchte für Die Grünen schon noch einmal festhalten, was der springende

Punkt ist. Der springende Punkt ist, dass angesichts der finanziellen Lage der Stadt – über die haben wir heute reichlich diskutiert – hier niemand mehr leugnen kann, dass es hier im Gemeinderat Mehrheiten gibt, die Liegenschaften verkaufen wollen, privatisieren können und das jetzt bereits tun. Wir stehen sozusagen vor der Wahl, diese besagten Wohnungen, womöglich dem auszuliefern, dass sie scheinbarweise verkauft und privatisiert werden oder eine Variante zu finden, die sie besser absichert, als sie jetzt abgesichert sind. Hier kommt die grüne Grundhaltung zum Tragen. Deswegen haben wir uns auf diesen Diskussionsprozess massiv eingelassen.

In Richtung Gerlinde Grönn: Ich verstehe deine Kritik und deine Grundhaltung. Aber wenn du das objektiv betrachtest, sind die Wohnungen jetzt schlechter abgesichert, als sie es mit dem Beschluss, den wir heute hoffentlich fällen, sind. Das ist das, was grüne Grundhaltung ausdrückt und deshalb haben wir uns mit aller Energie noch einmal eingebracht. Wir sehen das sehr wohl als Erfolg. Der Erfolg ist, dass wir verhindern, dass diese Wohnungen in kürzester Zeit privatisiert werden.

Was wäre die Alternative gewesen? Wir wissen es nicht. Wir können uns aber angesichts dessen, was alles passiert, was verkauft wird, was an Schreckensszenarien ausgemalt wird, gut vorstellen und realistische Szenarien darüber ausmalen, was mit unseren öffentlichen Eigentümern und Liegenschaften passiert, wenn wir sie nicht – so wie wir es jetzt geschafft haben – in der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz absichern. Das ist der Punkt. Mit dem Beschluss werden sie gegenüber Verkäufen sicherer sein, als sie es jetzt sind. Das ist ein riesen Erfolg und den kann keiner weg reden.“ (Beifall Die Grünen)

Stadtrat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, prinzipiell klingt der Vorschlag der ÖVP, die Wohnungen den Mietern anzubieten und den Mietern einen leistbaren Wohnraum zu ermöglichen, sehr verlockend. Nachdem wir uns aber das Ganze im Detail angesehen haben, waren wir auch gegen diese Vorgehensweise. Wir haben einen gemeinsamen Nenner gehabt, nämlich dass wir uns prinzipiell vorstellen können, die Wohnungen zu verkaufen. Nur unser Vorschlag war, dass das nach dem Verkauf an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Linz ein eigenes Projekt innerhalb der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft sein sollte. Dafür hat es aber keine politische Mehrheit gegeben, auch nicht für den Vorschlag der ÖVP. Das ist auch zu respektieren. Ich glaube, gerade wir, die in der Stadtregierung sitzen und die dann über ein Sparpaket verhandeln, müssen die Verantwortung übernehmen und zu Entscheidungen stehen, die vielleicht nicht der eigenen Wunschparade entsprechen.

Jetzt komme ich noch kurz auf den Punkt zurück, warum der Vorschlag der ÖVP auf den ersten Blick zwar verlockend aussieht, auf den zweiten Blick aber eher nicht mehr. Diese Wohnungen, diese 3500 Objekte, müssten alle parifiziert werden, bevor sie verkauft werden können. Dafür müssen wir von einem sehr langen Zeitraum ausgehen, weil man 3500 Wohnungen nicht in zwei, drei Wochen parifizieren können wird. Dann geht die ÖVP davon aus, dass jeder Mieter diese Wohnung kauft, weil man sonst in Summe auf keinen höheren Betrag, als auf den Gesamtbetrag der GWG kommt. Die Altersstruktur speziell im Norden ist relativ hoch und die Mietpreise sind relativ gering. Ich gehe davon aus, dass die Anzahl derjenigen, die sich so eine Wohnung dann wirklich kaufen, sehr überschaubar sein wird. Die haben das gar nicht notwendig, weil die Mietkosten dermaßen gering sind. Das heißt, wir stecken einen mordsmäßigen Aufwand in die Parifizierung und in die Einzelverhandlungen mit den Mietern. Was wäre die Konsequenz? Die Konsequenz wäre, dass wahrscheinlich als Grundgedanke - wenn ich böse wäre, würde ich das so unterstellen, das bin ich aber nicht - die Verhinderung im Vordergrund gestanden ist, weil man sich sonst sehr wohl mit unserem

Vorschlag anfreunden hätte können. Die ÖVP hat sich einen anderen Quadratmeterpreis vorgestellt. Ich weiß jetzt nicht, ob Sie zum Vergleich Wohnungen hergenommen haben, die bestehende Mietverträge haben. Denn eines ist auch klar, so ein unbefristet bestehender Mietvertrag, mit relativ niedriger Miete, ist nicht unbedingt ein Kostentreiber für den Quadratmeterpreis beim Verkauf, sondern der wirkt sich auf den Quadratmeterpreis negativ aus. Wir haben nicht nur ein Gutachten, wir haben zwei unterschiedliche Gutachten, die nahezu auf dasselbe Ergebnis gekommen sind. Ich will keinem dieser Gutachter unterstellen, dass das, was sie abgeliefert haben, falsch war. Sonst müsste man wahrscheinlich im Zuge dessen über Schadenersatzansprüche sprechen. So ein Gutachter haftet natürlich voll für die Gutachten, die er abgeliefert. Unsere Fraktion wird dem Antrag, so wie er vorliegt und dem Zusatzantrag der Grünen, der durch Die Grünen, glaube ich, eingebracht worden ist, oder in Kombination, die Zustimmung erteilen. Es geht hier wirklich um die Stadt und um die Budgetkonsolidierung. Wer es mit dieser Budgetkonsolidierung wirklich ernst meint, darf die eigenen Interessen nicht über die Interessen der Stadt stellen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Mag. Hajart:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein paar Argumente von unserer Seite bzw. replizierend auf die Wortmeldungen. Zur Professionalität des Prozesses ist schon relativ viel gesagt worden - einerseits von Frau Stadträtin Schobesberger und andererseits von Vizebürgermeister Mag. Baier. Zur Eile dieses ganzen Prozesses, möchte ich aber schon noch etwas sagen.

Aus demokratiepolitischer Sicht ist es ein bisschen bedenklich, wenn man unabhängig von dem ganzen Vorhaben eine kurzfristig einberufene Finanzausschusssitzung auf den Tisch geknallt bekommt und dann die Unterlagen nur nach und nach dazu kommen. Am selben Tag, nicht einen Tag vorher, sondern am selben Tag wird dann ein Zusatzantrag eingebracht. Dieser hat eine ganz wesentliche Auswirkung auf das Ganze. In der Sitzung wird dieser dann als SPÖ-Fraktionsantrag eingebracht. Daraus ergibt sich natürlich eine Reihe von Fragen. Wir haben im Finanzausschuss die Frage in den Raum gestellt, inwieweit es bei so einem Veräußerungsverbot oder einer Einschränkung der Verkaufsmöglichkeiten zu einer Wertminderung dieser Grundstücke kommt. Grundstücke, die man veräußern kann, sind natürlich wesentlich mehr wert, als Grundstücke, die man nicht veräußern kann. Das liegt einmal in der Natur der Sache. Von den Gutachtern der Stadt, das nehme ich zur Kenntnis, ist das verneint worden. Ich habe aber doch eine andere Meinung und es gibt auch andere Expertisen dazu. Das ist einmal das eine.

Was die Eile der Vorgangsweise betrifft, möchte ich noch die Bewertungsmöglichkeiten in den Fokus der Diskussion rücken. Wenn man schnell verkaufen will, ist es verständlich, dass man ein Verkehrswertverfahren macht, in diesem Falle ein Discounted Cash-Flow-Verfahren, eine ganz simple Abwertung der Cash Flows der einzelnen Jahre auf den Zeitpunkt Null. Wenn Eile geboten ist, kann man das natürlich machen. Bei unserem Vorschlag wäre es natürlich so gewesen, dass man die einzelnen Objekte in den Fokus der Betrachtung rücken muss und da wäre ein Ertragswertverfahren möglich gewesen. Dabei kommt man natürlich auch zu anderen, wesentlich höheren Werten. Das wäre für die Stadt Linz positiv gewesen. Positiv für die Stadt Linz wäre auch gewesen - darauf habe ich in meiner letzten Wortmeldung zu den Konsolidierungsmaßnahmen Stellung bezogen -, wenn man von außen Geld in die Unternehmensgruppe gebracht hätte. So nimmt die GWG einen Kredit auf und finanziert mit diesem Kredit diese Wohnungen, die bis dato der Stadt Linz kosten. In Summe ist es ein so genanntes Nullsummenspiel, weil auch laufend eine freiwillige Konsolidierung der gesamten Unternehmensgruppe gemacht wird. Ich sage jetzt nichts dazu, dass sie immer ein paar Jahre danach ist, wir hinken da zeitlich hinterher. Es ist aber de facto so, wenn man eine Konsolidierung der gesamten Unternehmensgruppe macht, dann kommt man im Endeffekt

auf dasselbe Ergebnis, wie wir es bis dato haben. Bei unserem Modell wäre Geld von außen in die Stadt Linz geflossen.

Zur finanziellen Leistungsfähigkeit der GWG möchte ich schon noch etwas dazusagen: Durch diesen Grundstückskauf gehen die Kennzahlen der GWG natürlich nach unten und das hat auf die Betriebstätigkeit der GWG einen maßgeblichen Einfluss. Mit dieser Maßnahme, die heute beschlossen wird, erzielen wir, dass hinkünftig die Neubautätigkeit der GWG nach unten gehen wird, weil sie finanziell nicht mehr so leistungsfähig ist, wie bis dato. Du brauchst nicht den Kopf schütteln, Herr Kollege, das ist einfach so, das sind die Fakten und die liegen auf dem Tisch und ihr stimmt trotzdem zu. Ihr strebt das an und ihr wisst genau, was ihr da wieder macht, aber sicher nicht mit unserer Zustimmung.

Zum in einer Aussendung im Raum gestandenen Vorschlag von Stadtrat Hein, dass man die Grundstücke in zwei Etappen verkauft, zuerst die Stadt Linz an die GWG und dann die GWG an sonstige Private. Dazu möchte ich schon zwei Sachen sagen: Dieser Verkauf auf zwei Raten würde natürlich eine Spekulationssteuer bedingen. Das darf man, glaube ich, nicht verleugnen, dass das in Summe wesentlich zum finanziellen Nachteil gewesen wäre. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, weil er gesagt hat, die Gutachten, die stehen für etwas. Natürlich, aber was von der Rechtsexpertise herausgeht, ist die beihilfenrechtliche Problematik, die umfassend beschrieben wurde und wo sich die GWG in diesem Zusammenhang ein Recht herausgenommen hat, nämlich ein Rücktrittsrecht aus diesem ganzen Deal. Das Wort Deal kommt von dir, lieber Herr Finanzreferent, was für diese Maßnahme ganz bezeichnend ist. Also wir von der ÖVP stimmen diesem Deal nicht zu.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Mag. Seeber zur tatsächlichen Berichtigung:

„Ich werde mich ganz kurz fassen. Das Ertragswertverfahren, das hier angesprochen wurde, ist das Discounted Cash-Flow-Verfahren, genau das wurde angewandt.“ (Beifall SPÖ, Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Zuerst möchte ich mich als SPÖ-Mandatar melden. Ja, wir haben bei dem Ganzen natürlich eine Position. Ja, die SPÖ möchte, dass diese Wohnungen im Eigentum der Unternehmensgruppe Linz und damit im Weitesten im Eigentum der Stadt Linz bleiben. Das muss legitim sein, dass auch wir eine politische Position haben und wir sozusagen lieber an die eigene Tochter in der Unternehmensgruppe verkaufen, als eine Privatisierung durchzuführen. Das wäre die Alternative gewesen, ob man das jetzt Mieterprivatisierung nennt oder nur Privatisierung. Bringen wir es auf den Punkt. Bei den Vorschlägen von ÖVP und von den NEOS geht es um Privatisierung. Wir wollten diesen Weg nicht. Wir haben hier Wohnungen, bei denen es darum geht, mit einer Zweidrittelmehrheit eine sorgfältige Entscheidung zu treffen. Wir wollen diese Entscheidung sorgfältig treffen. Wir wollen, dass das weiterhin bei einer Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft ist, die das jetzt schon gut macht. Ich glaube, wenn man die Mieterinnen und Mieter fragen würde, glauben sie ohnehin, dass sie in einer GWG-Wohnung sind, weil sie nur mit der GWG Kontakt haben. Ich finde, das als den besten Weg im Sinne der Mieterinnen und Mieter.

Zum Fachlichen: Herr Kollege Baier, es ist richtig, dass die Unterlagen nicht schon vor einem Jahr fertig waren, aber die Absicht, dieses Vorhaben zu machen, gibt es seit ungefähr einem Jahr. Wir haben immer wieder darüber diskutiert, haben das auch in den Gremien behandelt und haben damit die Möglichkeit gehabt, Vorschläge einzubringen, wie das laufen soll. Dieser Vorschlag der ÖVP ist wieder relativ knapp gekommen, als schon klar war, das ich das ernst

meine, was ich die ganze Zeit gesagt habe, dass es im Herbst zu einer Entscheidung kommen soll. Dann ist auf einmal der Vorschlag der ÖVP mit der Mieterprivatisierung gekommen. Ich kann mich des Eindrucks nicht verwehren, dass die ÖVP wirklich versucht hat, statt mit mir, mit anderen oder mit Experten das Gespräch zu suchen, eher versucht hat – ich sage das jetzt, wie ich es mir denke –, mit allen Tricks und allen Möglichkeiten, die sich irgendwie bieten, dieses Geschäft nicht zustande kommen zu lassen. Ich frage mich schon, was denn da dahinter steckt. (Zwischenruf) Ja und warum hat man sich da nie an mich gewandt? Ich habe mit jeder anderen Fraktion Gespräche gehabt. Eure Positionen habe ich immer nur aus den Medien erfahren.

Du hast von einem gedeihlichen miteinander gesprochen. Glaubst du wirklich, dass ein gedeihliches Miteinander dadurch entsteht, wenn man vertrauliche Informationen diskutiert, dass auf einmal ein Medienartikel auftaucht und dann kurz darauf die Stellungnahme der ÖVP mit einer anderen Positionierung? Es mag sich jeder seinen Reim darauf machen, was das heißen hat und wieso das immer wieder in den Medien aufgetaucht ist. Ich zumindest habe meine eigenen Schlüsse daraus gezogen.

Eines ist mir ganz wichtig. Ich möchte mich noch einmal explizit stellvertretend bei allen, die an diesem Projekt gearbeitet haben - beim Finanzdirektor Christian Schmid, bei deinem Team und bei allen Experten – bedanken. Da sind Anwälte dabei, honorige Persönlichkeiten, Experten auf ihrem Gebiet und Wirtschaftsberatungsunternehmen. Alle haben einen guten Ruf zu verteidigen und zu verlieren. Ich finde das sowas von arg, denen de facto zu unterstellen, dass sie unsaubere Arbeit machen. (Zwischenrufe, Unruhe) Es ist schon eine starke Geschichte, wenn man Gutachtern sagt, sie hätten ein Gutachten abgeliefert, das sozusagen nicht einen marktüblichen Preis ergibt. Anders macht euer Argument nämlich sonst keinen Sinn. Das muss ich wirklich sagen. Ich muss wirklich die Leute, die hart gearbeitet haben, dass das zustande kommen kann, verteidigen. Das ist kein seriöses Verhalten. (Beifall SPÖ)

Ich möchte nur an ein paar kleinen Beispielen dokumentieren, wie – ich muss wirklich sagen, in welcher aus meiner Sicht schockierenden Form – die ÖVP mit dem Thema umgeht. Wenn in einer ÖVP-Presseaussendung, die an die Medien geht, Rundungsfehler bei Durchschnittspreisen drinnen sind, die einen Unterschied von 1,7 Millionen Euro durch den Rundungsfehler oder absichtlich ausmachen, ist das doch nicht seriös. So kann man doch eine Debatte mit so einer Auswirkung auf die Stadt und einen ihrer Betriebe nicht seriös führen. Wenn du den Mietpreisspiegel in der Hand hast, dann muss ich dich leider darüber informieren, dass der nicht für MRG-Wohnungen gilt. Das heißt, du verunsicherst hier den Gemeinderat mit Halb- und Falschinformationen. Das ist nicht in Ordnung. Auf der WKO-Seite steht, dass das nicht für MRG-Wohnungen gilt. Dann das Ganze noch mit einem Schweizer Franken-Kredit zu vergleichen, wo ein Währungsrisiko drinnen ist, darüber bin ich wirklich schockiert. Ich weiß wirklich nicht mehr, wo ich anfangen soll, euch Ökonomie zu erklären. (Beifall SPÖ, Zwischenrufe) Ihr wollt einfach nicht akzeptieren, dass das zwar knapp und sozusagen unter Zeitdruck entstanden ist. Ich bin der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, das zu machen. Ich bedanke mich explizit bei allen, die hier unter diesem Druck Zeit investiert und sich seriös damit auseinander gesetzt haben. Darum der Preis, der hier festgelegt worden ist. Da sind wir beim Nächsten: Dann zu sagen, man hätte das mit einem Ertragswertverfahren machen sollen, das haben wir vorher gehört. Danke für deinen Einwand Bernhard. Das ganze Cash-Flow-Verfahren ist ein Ertragswertverfahren und das weißt du, weil du das studiert hast.

Zwischenruf **Vizebürgermeister Mag. Baier:**

„Man kann sich einmal versprechen, das ist jemand anderem auch schon einmal passiert!“

Vizebürgermeister Forsterleitner weiter:

Gut, dann nehme ich das zurück. Wir halten aber für den Gemeinderat fest, dass das Verfahren, das hier gewählt wurde, ein legitimes, beihilfenrechtlich und anerkanntes Verfahren ist, das die Fakten zur Kenntnis nimmt, die Wohnungen korrekt bewertet und ein pauschales Urteil so bildet, dass es einen marktüblichen Preis abbildet. Über nichts anderes reden wir hier. In diesem Sinne glaube ich nach wie vor, dass wir hier ein sehr gut vorbereitetes, wenn auch in knapper Zeit vorgelegtes Geschäft vor uns haben. Bei anderen Sachen stört das die ÖVP auch nicht immer. Bei der KUK zum Beispiel haben wir auch alles knapp gemacht, das war auch klar, war auch schwierig. Das haben wir auch nicht gerne gemacht, dass es so knapp ist. Bei solchen großen Projekten tauchen aber immer wieder neue Fragen auf, die dann zu klären sind. Wir haben uns bemüht, alle Fragen bestmöglich zu klären und vorzubereiten. In diesem Sinne ein herzliches Danke an die, die Verantwortung übernehmen und der Stadt eine wesentliche Einnahmequelle eröffnen und im Sinne der Stadt und der GWG verantwortungsvoll vorgehen.“ (Beifall SPÖ)

Vizebürgermeister Mag. Baier zur tatsächlichen Berichtigung:

„Vielen Dank. Es wurde behauptet, dass ich in meiner Wortmeldung den Gutachtern unseriöse Arbeit vorwerfe bzw. dass sie mit ihrem Gutachten einen nicht marktüblichen Preis errechnet hätten. Das Gegenteil habe ich behauptet. Ich habe nur gesagt, dass die Verantwortung für das Geschäft im Gemeinderat gelegen ist. Gutachten sind das eine und sie sind selbstverständlich - davon gehe ich aus - mit größter Seriosität festgestellt worden. Die Entscheidung aber, ob auf Basis eines Gutachtens oder dieses Gutachtens oder jenes Gutachtens und eines gewissen Preises dann ein Geschäft abgeschlossen wird oder nicht, trägt der Gemeinderat als oberstes Organ der Stadt. Das habe ich gesagt. Wenn man schon Seriosität einfordert, dann bitte diese Seriosität bei sich selber anwenden, wenn man vom Vorredner zitiert.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Luger:

„Expertinnen und Experten des Beihilfenrechts könnten hier jetzt etwas sagen, aber die Rednerliste ist erschöpft. Das gilt auch für mich.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Punkte 9 bis 11 und anschließend über die Punkte 1 bis 8 abstimmen.

Die Punkte 9 - 11 werden bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von ÖVP (12) und NEOS (3) sowie bei Gegenstimme von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Punkte 1 - 8 werden bei **Stimmenthaltung der ÖVP-Fraktion (12) und bei Gegenstimmen der NEOS-Fraktion (3) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Anstelle von Gemeinderätin Wessela wird der Antrag E 4 von Gemeinderat Huber referiert.

Gemeinderat Huber berichtet über die Anträge E 2 bis E 4 und stellt nach Darlegung der Sachverhalte laut Vorlagen an den Gemeinderat folgende Anträge:

E 2 Grundverkauf in der KG Ufer (Heliosallee/Moosfelderstraße) um den Verkaufspreis von insgesamt 2,002.938,62 Euro sowie Abtretung von Grundflächen an das öffentliche Gut der Stadt Linz

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Die Stadt Linz verkauft an die Heliosallee Wohnbau GmbH, Hakelgasse 2/1/01a, 1110 Wien, gemäß der Grundteilung des Magistrates Linz, Planung, Technik und Umwelt, vom 24.08.2016, GZ 46/2016, die Grst. 920/1, KG Ufer, und Grst. 928/3, KG Ufer, mit einem Gesamtflächenausmaß von 7109 Quadratmetern um den Kaufpreis von insgesamt 1,971.467,88 Euro und zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen. Gleichzeitig tritt die Stadt Linz, in sinngemäßer Anwendung der §§ 16 und 17 Oö. Bauordnung, mit der Abtretungsvereinbarung (1) die in der obzitierten Grundteilung mit den Nummern 3, 4 und 5 bezeichneten Trennstücke der Grst. 920/1, KG Ufer, und 928/1, KG Ufer, im Ausmaß von insgesamt 532 Quadratmetern unentgeltlich an das öffentliche Gut ab.

2. Die Stadt Linz verkauft an Heliosallee Wohnbau GmbH, Hakelgasse 2/1/01a, 1110 Wien, das in der Grundteilung des Magistrates Linz, Planung, Technik und Umwelt, vom 8. September 2016, GZ 48/2016, mit der Nummer 2 bezeichnete Trennstück des Grst. 1125/2, KG Ufer, mit einem Flächenausmaß von 119 Quadratmetern um den Kaufpreis von 31.470,74 Euro und zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen. Gleichzeitig tritt die Stadt Linz, in sinngemäßer Anwendung der §§ 16 und 17 Oö. Bauordnung, mit der Abtretungsvereinbarung (2) das mit der Grundteilung des Magistrates Linz, Planung, Technik und Umwelt, vom 24. August 2016, GZ 46/2016, neu geschaffene Grst. 920/3, KG Ufer, im Ausmaß von 462 Quadratmetern und das in der Grundteilung des Magistrates Linz, Planung, Technik und Umwelt, vom 8. September 2016, GZ 48/2016, mit der Nummer 5 bezeichnete Trennstück des Grst. 928/1, KG Ufer, im Ausmaß von 94 Quadratmetern unentgeltlich an das öffentliche Gut ab.

Der Verkauf und die Abtretung sind an die Rechtswirksamkeit des neuen Bebauungsplanes 16-017-01-01 gebunden.

3. Im Falle der Rechtswirksamkeit des neuen Bebauungsplanes 16-017-01-01 hat die Käuferin eine Kaufaufzahlung in Höhe von 139.194,22 Euro zu leisten. Zudem hat Sie die im beiliegenden Lageplan gelb angelegte Grundfläche als Geh- und Radweg auszubilden und die Öffnung in der Lärmschutzwand entlang der blauen Linie zu schließen.

4. Soweit davon keine wesentlichen Vertragsbestandteile betroffen sind, wird das Gebäudemanagement und Tiefbau (GMT) zur Vornahme von Vertragsänderungen bzw. Ergänzungen, die sich aus den Änderungen des neuen Bebauungsplanes 16-017-01-01 ergeben, ermächtigt.

5. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Gebühren und Abgaben gehen zulasten der Käuferin. Die zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragssteuer im Betrag von maximal rund 75.000 Euro ist von der Stadt Linz zu tragen.

6. Die Verrechnung des Kaufpreises gemäß Punkt 1. für das Rechnungsjahr 2016 erfolgt auf der VASSt 6.8400.001000, Unbebaute Grundstücke – Verkauf. Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer in Höhe von etwa 69.000 Euro erfolgt auf der VASSt 1.8400.710100.

7. Die Verrechnung des Kaufpreises gemäß Punkt 2. für das Rechnungsjahr 2017 erfolgt auf der VASSt 6.8401.001000, Unbebaute Grundstücke – Verkauf ÖG. Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer von zirka 1100 Euro erfolgt auf der VASSt 1.8401.710100.

8. Die Verrechnung der Kaufaufzahlung gemäß Punkt 3. für das Rechnungsjahr 2017 erfolgt wiederum auf der VASSt 6.8400.001000, Unbebaute Grundstücke – Verkauf. Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer in Höhe von etwa 4.900 Euro erfolgt auf der VASSt 1.8400.710100, Immobilienertragssteuer.“

E 3 Einbringung von 650.000 Euro durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG in die Tabakfabrik Linz Entwicklungs- und Betriebs GmbH zur Mitfinanzierung der Adaptierung des Magazins 1 der Tabakfabrik

Der Gemeinderat beschließt:

„Die Einbringung von 650.000 Euro durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG in die Tabakfabrik Linz Entwicklungs- und Betriebs GmbH zur Mitfinanzierung der Adaptierung des Magazins 1 der Tabakfabrik, insbesondere für die Unterbringung des Depots des Stadtmuseums Nordico, wird im Sinne der Vorlage in Verbindung mit Punkt 2.b. des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. Dezember 2004 als nicht bereits im Wirtschaftsplan berücksichtigte Investition genehmigt.“

E 4 Gewährung einer Subvention an das Rote Kreuz Oberösterreich, Körnerstraße 28 (Errichtung der Ortsstelle Linz-Süd), maximal 279.000 Euro, aufgeteilt auf die Jahre 2018 bis 2020

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Die Stadt gewährt dem Roten Kreuz Oö., Körnerstraße 28, 4020 Linz, für die Errichtung der Ortstelle Linz-Süd eine Förderung in der Höhe von maximal 279.000 Euro, das sind aufgerundet etwa 15 Prozent der anrechenbaren Investitionskosten. Die Auszahlung der Subvention erfolgt gegen Vorlage der Projektabrechnung in mindestens drei Raten in den Jahren 2018 bis einschließlich 2020.

Die Stadt Linz gewährt die Förderungen mit der Bedingung der Einhaltung der allgemeinen bzw. speziellen Förderungsrichtlinien.

2. Die Verrechnung der Subvention in der Höhe von maximal 279.000 Euro erfolgt auf der VSt 5.0610.777005, Kapitaltransfers an private Institutionen, unter der Voraussetzung, dass in den jeweiligen Budgets die erforderlichen Mittel präliminiert werden.

Soweit eine anderweitige Bedeckung fehlt, erfolgt die Finanzierung dieses Projekts, durch Fremdmittel. Die konkrete Beschaffung von Fremdmitteln im Rahmen des städtischen Finanzmanagements bedarf der Zustimmung des zuständigen Kollegialorgans. Die Verrechnung erfolgt auf den jeweiligen Voranschlagsstellen in den entsprechenden Teilabschnitten.

Rechtsgeschäfte über die Aufnahmen von Fremdmittel bedürfen (im Falle der Überschreitung der relevanten Wertgrenzen und der Erfüllung der sonstigen relevanten Kriterien des § 58 StL 1992), bei sonstiger Unwirksamkeit, der vorherigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Svoboda zu E 2 bis E 4:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, ich darf mitteilen, dass wir uns, wie schon in den Gemeinderatssitzungen der letzten Monate und Jahre, beim Tagesordnungspunkt E 2 aus prinzipiellen Gründen enthalten werden. Ebenso werden wir uns beim Tagesordnungspunkt E 3 enthalten. Wir haben bereits dokumentiert, dass wir diese neue Struktur der Tabakfabrik äußerst kritisch sehen. Bei E 4 stimmen wir dann zu. Ich darf ersuchen, dass wir die Punkte E 5 und E 7 wieder abstimmen, weil wir uns zu diesen Punkten wieder enthalten werden.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderätin Mag.^a Grönn zu E 2 bis E 4:

„Ich gebe nur das Abstimmungsverhalten bekannt: E 2 und E 3 eine Enthaltung und bei E 4 stimme ich zu. Danke.“

Nachdem der Berichterstatter auf sein Schlusswort verzichtet, lässt der Vorsitzende nun über die Anträge E 2 bis E 4 abstimmen.

Der Antrag E 2 wird bei **Stimmhaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Antrag E 3 wird bei **Stimmhaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Antrag E 4 wird **einstimmig angenommen.**

Bürgermeister Luger übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Forsterleitner.

Vizebürgermeister Wimmer berichtet über

E 5 Schenkung des Grundstücks Nummer XXXXX an die Stadt Linz und des Grundstücks Nummer XXXXX an die Immobilien Linz GmbH und Co KG, KG Katzbach (XXXXXXXXXXXXXX)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Annahme der Schenkung des im Teilungsplan des XXXXX XXXXX XXXXXXX, GZ XXXXX, dargestellten Grundstücks Nr. XXXXX (10.950 Quadratmeter) durch die Stadt Linz und Grundstücks Nr. XXXXX (1515 Quadratmeter) durch die Immobilien Linz GmbH & Co KG zu den im beiliegenden Vertrag festgehaltenen Bedingungen wird genehmigt.

2. Sämtliche mit der Erstellung des Teilungsplans sowie der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Schenkungsvertrags verbundenen Kosten, Steuern, Gebühren und Abgaben gehen zulasten der Real-Treuhand Projekt- und Bauträger GmbH.

3. Die zur Vorschreibung gelangende Grunderwerbsteuer im Betrag von voraussichtlich 821,25 Euro ist von der Stadt Linz, VASSt 5.8400.001000, Unbebaute Grundstücke, und 113,63 Euro ist von der Immobilien Linz GmbH & Co KG zu tragen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Potočnik:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen uns ganz, ganz, ganz dezidiert gegen diesen Deal aus. Ich möchte erklären, warum. Am Land, ich meine, außerhalb der Stadt, sind wir die Fruchtfolge Mais, Mais, Bauland gewohnt. In der Stadt ist das schon eher seltener. Am Land passiert das sehr oft so. Glauben Sie mir, ich kenne ganz konkret vier, fünf Geschichten, wo ein Bauer gerne landwirtschaftlichen Grund widmen würde. Diesen Mehrwert will aber die RAIKA machen und setzt den Bauer unter Druck, weil der Schulden hat, nimmt sich das Grundstück und kaum hat die RAIKA das Grundstück, wird der Widmungsgewinn verwertet.

Jetzt sind wir in der Stadt, da sollte es aus meiner Sicht professioneller ablaufen. Das, was da passiert, ist einerseits, was die finanziellen Dinge anbelangt und andererseits aus städtebaulicher Sicht haarsträubend unprofessionell. Warum? Weil das Ganze eine riesige Fläche ist. Wir reden hier von 2,5 Hektar Grund. Es gibt einen Örtlichen Entwicklungsplan, der

Grünfläche vorschreibt. Plötzlich wird mit diesem Vorwand des Geschenks - was super billig ist und für die Stadt super ausschaut – in Wirklichkeit der RAIKA ein Widmungsgewinn von 4,5 Millionen Euro genehmigt. Das ist verrückt. Auf diesem Grundstück können 100 Wohnungen gebaut werden. Das heißt, wir reden in Wirklichkeit von einem 35 Millionen Euro-Projekt.

Die Frage ist, was will die Stadt? Vielleicht gibt es einen Geheimplan, dass man in ein paar Jahren genau das Gleiche macht und diesen Widmungsgewinn einstreift. Nur hat das Ganze weder Hand noch Fuß. Aus städtebaulicher Sicht müsste man das vollkommen anders angehen. Man müsste dieses große Grundstück – ich wiederhole es, 25.000 Quadratmeter, da geht es nicht um eine kleine Baulücke, die man schnell einmal füllt, sondern um ein riesiges Gebiet – sorgfältig städtebaulich beplanen und überhaupt einmal eine Vorstellung entwickeln, was dort sein soll. Das gibt es nicht. Im Gegenteil, wahrscheinlich wurde von einem Magistratsmitarbeiter eine Grundstückslinie gezogen, die hanebüchen ist und der Weg für die RAIKA geebnet. Was übriggeblieben ist, ist ein so genannter Park, bei dem schon zehn Bänke und zehn Mülltonnen festgesetzt sind. Sogar die Produktbezeichnung ist schon drinnen. Man hat aber keine Ahnung, was das dort werden soll. In Wirklichkeit ist das absolut inakzeptabel. Ich weiß, das kommt relativ spät. Ich habe das im Ausschuss selbst noch nicht mitbekommen, sondern erst nach einem Hinweis verstanden, was da läuft.

Ich appelliere ganz dringend an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Deal zu stoppen. Ich sage nicht, dass das komplett abzuwürgen ist, aber zu stoppen und sorgfältig zu beplanen - das ist eine Sache von einem halben Jahr -, dann neu aufzusetzen und neu zu verhandeln. So, wie es jetzt ist, wird die Stadt in Wirklichkeit über den Tisch gezogen und das ist städtebaulich absolut inakzeptabel.“

Stadtrat Hein:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich habe, was dieses Projekt betrifft, eine komplett andere Sichtweise. Wir haben uns stadtplanerisch sehr wohl Gedanken darüber gemacht. Wir haben die Hälfte des Grundstückes in der Sombartstraße geschenkt bekommen und in weiser Voraussicht in der Nähe oder im Bereich der Mengerschule einen Streifen für die Sonderwidmung Schule vorgesehen. Wenn wir dort Platz brauchen und diese Schule ausgebaut werden soll, dann soll das möglich sein.

Bei erster Betrachtung mag die Kritik der abgestuften Planung durchaus einen Sinn ergeben. Das wurde aber explizit deswegen gemacht, weil es hier sehr viele erhaltungswürdige Bäume gibt. Mit dieser Abstufung hat man diese Bäume geschützt. Wenn wir mit dem Lineal eine vertikale oder horizontale Linie durchgezogen hätten, hätten diese Bäume weichen müssen. Zum anderen hat die Real Treuhand die Auflage und die Pflicht, einen Park zu errichten, der der Öffentlichkeit zugänglich ist. Ich glaube, dass das für diesen Bereich wirklich eine tolle Sache ist. Wir wollen nicht ganz Urfahr verbauen. Um dieses Grünland erhalten zu können, ist es nun einmal am sichersten, wenn es in das Eigentum der Stadt übergeht. Das war der Hintergrund dieser Geschichte.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Vizebürgermeister Wimmer:

„Sehr geehrter Herr Fraktionsobmann, lieber Lorenz, ich schätze deine recht unkonventionellen und erfrischenden Äußerungen sehr, die hier schon einerseits teilweise für neue Herangehensweisen, aber auch für Unterhaltung gesorgt haben.

Im vorliegenden Fall muss ich etwas anderes einwenden. Du hast hier sehr schwerwiegende Vorwürfe erhoben. Du hast, wenn ich das richtig verstanden habe, gemeint, dass die RAIKA

als Beispiel im ländlichen Raum oft Landwirte unter Druck setzen würde und sich quasi sozusagen erpresserisch – als sinngemäßes Zitat – ein Grundstück krallt und mit einem gewissen Veräußerungsgewinn weiter nutzt oder weiter veräußert. Ich würde sagen, eine solche Vorgehensweise ist rechtlich nicht ganz lupenrein. Genauso aber der unbewiesene Vorwurf, so etwas in den Raum zu stellen mit der Verbindung, in Linz sollte es professioneller ablaufen und in Verbindung mit despektierlichen Bemerkungen über Beamte des Magistrats der Landeshauptstadt Linz. Jeder Mensch kann natürlich Fehler machen, niemand ist perfekt. Aber zu unterstellen, dass jemand wahllos mit einem Lineal herumstreicht, dagegen möchte ich mich schon namens der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv verwehren, ebenso gegen den Ausdruck ‚verrückt‘. Das ist alles ein sehr starker ‚Tobak‘, den du uns servierst. Wenn du hier strafrechtlich unkorrektes Verhalten vermutest, möchte ich dich bitten, klar darzulegen, was die Vermutung deinerseits befeuert. Dann gehen wir dem natürlich nach und werden alles auf Herz und Nieren prüfen. Wenn dem aber nicht so ist, bitte ich dich, die Stadtverwaltung Linz, den Linzer Gemeinderat und die Banken nicht in diese Nähe zu rücken, wenn es keine entsprechenden Belege dafür gibt. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, sowie bei Gegenstimmen der NEOS-Fraktion (3) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Mag. Hajart berichtet über

E 6 Grundverkäufe in der KG Urfahr (Bereich XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX) um den Verkaufspreis von insgesamt 567.600 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„1. Die Stadt Linz verkauft an die Ehegatten XXXX XXXXX und XXXXX XXXXX XXXX, XXXXXX-XXXXXXXXXXXXXXXX XX, XXXX XXXX, das Grst. XXXXXX, KG Urfahr, mit einem Flächenausmaß von 737 Quadratmetern um den Kaufpreis von 600 Euro pro Quadratmeter, somit um den Gesamtkaufpreis von 442.200 Euro und zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen.

2. Weiters verkauft die Stadt Linz, als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, an die Ehegatten XXXX XXXXX und XXXXX XXXXX XXXX, XXXXXXXXXXXXXXXX XX, XXXX XXXX, das Grst. XXXXXX, KG Urfahr, mit einem Ausmaß von 418 Quadratmetern um den vereinbarten Kaufpreis von 300 Euro pro Quadratmeter, somit um den Gesamtkaufpreis von 125.400 Euro und zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen.

3. Allfällige Lastenfreistellungskosten und die zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragsteuer im Gesamtbetrag von insgesamt max. 85.400 Euro sind von der Stadt Linz zu tragen. Alle übrigen, mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung der beiden Kaufverträge verbundenen Kosten, Steuern, Gebühren und Abgaben gehen zu Lasten der Käufer.

4. Die Verrechnung des Kaufpreises in der Höhe von 442.200 Euro für das Rechnungsjahr 2016 erfolgt auf der VAS^t 6.8400.001000, Unbebaute Grundstücke, Verkauf.

Die Verrechnung des Kaufpreises in der Höhe von 125.400 Euro für das Rechnungsjahr 2016 erfolgt auf der VASSt 6.8401.001000, Unbebaute Grundstücke, Verkauf ÖG. Die Verrechnung der Immobilienertragsteuer in Höhe von max. 66.500 Euro hat auf der VASSt 1.8400.710100, Immobilienertragsteuer Stadt Linz, und in Höhe von max. 18.900 Euro hat auf der VASSt 1.8401.710100, Immobilienertragsteuer ÖG, zu erfolgen.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Mag^a Grün:

„Bei E 6 und E 7 enthalte ich mich der Stimme.“

Gemeinderat Kleinhanns:

„Unsere Fraktion wollte dazu sagen, dass die Zustimmung zu dieser Sache davon abhängig war, dass der bestehende Zufahrtsweg im Verkaufsvertrag gesichert ist. Wir haben das nachgeprüft, es ist in zwei Vertragspunkten festgelegt. Daher kann unsere Fraktion zustimmen. Danke.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Steiger berichtet über

E 7 Grundverkauf in der KG Pichling (Drosselweg) um den Verkaufspreis von 275.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Die Stadt Linz verkauft an die LEWOG Leondinger Wohnerlebnis GmbH, Ehrenfellnerstraße 2, 4060 Leonding, das Grst. 1567/4, KG Pichling mit einem Flächenausmaß von 1692 Quadratmetern um den Kaufpreis von 275.000 Euro und zu den im beiliegenden Kaufvertrag festgehaltenen Bedingungen.

2. Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Gebühren und Abgaben gehen zulasten der Käuferin. Die zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragssteuer im Betrag von voraussichtlich 9625 Euro ist von der Stadt Linz zu tragen.

**3. Die Einnahmenverrechnung für das Rechnungsjahr 2016 erfolgt auf der VASSt 6.8400.001000, Unbebaute Grundstücke – Verkauf.
Die Verrechnung der Immobilienertragssteuer erfolgt auf der VASSt 1.8400.710100 “**

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

F ANTRÄGE DES AUSSCHUSSES FÜR INFRASTRUKTUR, STADTENTWICKLUNG UND WOHNBAU

Stadtrat Hein berichtet über

F 1 Entwicklung eines ‚Masterplans‘ für das Areal der Hiller-Kaserne und der angrenzenden ‚Sommergründe‘; Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 21. April 2016

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschlieÙe:

„Aus den in der Vorlage genannten Gründen sowie nach Vorberatung in der Projektgruppe ‚Masterplan Ebelsberg‘ und nach Abstimmung im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau vom 12. September 2016 wird der Pkt. 1, letzter Satz, des Gemeinderatsbeschlusses ‚Entwicklung eines Masterplans für das Areal der Hillerkaserne und der angrenzenden Sommergründe‘ vom 21. April 2016 wie folgt abgeändert:

Die Entwicklung des ‚Masterplans‘ wird in einem Schritt - gesamtheitlich – mittels eines kooperativen Planungsverfahrens erarbeitet. Zielvorgabe des kooperativen Planungsverfahrens ist die Vorlage eines städtebaulichen Entwurfs. Dieser soll für die nachfolgende Ausarbeitung raumordnungsrechtlicher Vorgaben, nachvollziehbare, verwertbare und mit allen relevanten Beteiligten abgestimmte Grundlagen enthalten.

Durch dieses Prozessdesign bedarf es keiner Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Sommer:

„Wir stimmen diesem Antrag zu. Allerdings setzen wir voraus, dass der zuständige Ausschuss über Zwischenergebnisse informiert wird und die Fraktionen in die Erarbeitung bzw. Definition der Ziele eingebunden werden.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Grininger, MSc.:

„Geschätzter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte ZuhörerInnen, ich danke Frau Gemeinderätin Sommer für diese Klarstellung. Für uns ist noch zu wenig gesichert, dass die Gemeinderatsfraktionen eingebunden werden. Entsprechend haben wir heute einen Fraktionsantrag eingebracht. Dementsprechend können wir diesem Antrag jetzt konsequenterweise nicht zustimmen und werden uns daher enthalten.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Hein:

„Ich bedanke mich für die avisierte Zustimmung, möchte aber klarstellen, dass der Ausschuss immer ausführlich informiert wurde und natürlich ausführlich informiert wird. Der Antrag der Grünen zum Thema Information, über den wir uns später noch unterhalten, hat mit diesem Antrag nichts zu tun. Somit verstehe ich die Enthaltung nicht.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion (9) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Stadtrat Hein berichtet über

F 2 Erste richtungsweisende Schritte in der Planung des Stadtviertels Ebelsberg; Erledigung des Antrages der NEOS-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Aus den in der Vorlage genannten Gründen und aufgrund des im Gemeinderat am 21. April 2016 beschlossenen Antrages ‚Entwicklung eines Masterplans für das Areal der Hiller-Kaserne und der angrenzenden Sommergründe‘, wird der Ablehnung des Antrages der NEOS-Gemeinderatsfraktion vom 19. November 2015 nach Beratung im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau am 12. September 2016 zugestimmt.“

Wortmeldung **Gemeinderat Potočník:**

„Zwei Sätze. Ich möchte anmerken, dass wir darauf ein bisschen stolz sind, dass wir eine Idee und ein Verfahren auf den Weg gebracht haben. Dieses kooperative Verfahren ist für Linz bahnbrechend. Ich bin davon überzeugt, dass es gerade in Ebelsberg zu einem guten Ergebnis kommen wird.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Stadtrat Hein berichtet über

F 3 Erstellung eines Radkonzeptes zur Erhöhung des Radfahranteils in Linz; Erledigung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 28. Jänner 2016

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Aus den in der Vorlage genannten Gründen wird die Erstellung eines Radkonzeptes zur Erhöhung des Radfahranteiles in Linz im Zuge der Erstellung des am 30. Juni 2016 im Gemeinderat beschlossenen neuen generellen Verkehrskonzeptes der Stadt Linz abgewickelt. Der Ablehnung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 14. Jänner 2016 mit dem Titel ‚Erstellung des Radkonzeptes zur Erhöhung des Radfahranteiles in Linz‘ wird zugestimmt.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Hackl:

„Sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, Linz hat einen Radanteil von sieben Prozent, ebenso wie Wien. Wieso Wien nur sieben Prozent? Wien hat natürlich ein ausgebautes, öffentliches Netz. Graz und Salzburg liegen gleich auf und haben einen Prozentanteil von 16 Prozent. Je westlicher wir kommen, desto mehr erhöht sich der Radanteil, Innsbruck z.B. 21 Prozent und Bregenz 24 Prozent. Es mögen Sofortmaßnahmen gesetzt werden, dass wir annähernd diese Prozentzahlen erreichen können, um den Radanteil zu erhöhen. Darum stelle ich den **Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat beschließe:

„Der zuständige Stadtrat wird ersucht, die Erhöhung des Radverkehrsanteils in der Landeshauptstadt Linz neben der Berücksichtigung im generellen Verkehrskonzept auch durch umgehende, kurzfristige Maßnahmen mit Nachdruck zu verfolgen, um das gemeinsam formulierte Ziel eines Radverkehrsanteils von 15 Prozent im Jahre 2020 erreichen zu können.“

2020 ist eine historische Zahl, da kommt angeblich die Brücke. Jedenfalls ersuche ich um Annahme des Zusatzantrages.“

Gemeinderätin Schmid:

„Werte Kolleginnen und Kollegen, nachdem ich diesen Antrag eingebracht habe, finde ich es schade, dass diese Enderledigung, wie es heißt, so vonstattengeht, dass nichts passiert. Wir sagen, immer wir haben ein Problem mit dem motorisierten Individualverkehr auf der einen Seite, und wollen den Radverkehr erhöhen. Das heißt, dass es in dieser Stadt Veränderungen braucht. Wir machen aber so weiter, wie wir es in den letzten 30 Jahren getan haben. Wir haben schon gesehen, dass all diese Maßnahmen der letzten Jahre dazu geführt haben, dass der motorisierte Individualverkehr immer mehr wird. Also machen wir so weiter und wundern uns, dass das nicht funktioniert. Ich hätte nur die Bitte, dass man einmal ein bisschen über unsere Stadt und über unser Land hinaus schaut. Da gibt es schon Beispiele und Schritte, die gesetzt werden, die in eine ganz andere Richtung gehen. Wenn wir etwas verändern wollen, müssen wir uns endlich einmal trauen, etwas anders zu denken und anders zu tun. Ich bitte daher, diesen Antrag abzulehnen.

Der Zusatzantrag ist für mich so ein ‚No-Na-Ned-Antrag‘, weil das sowieso klar ist. Ich hoffe, dass weiterhin Maßnahmen gesetzt werden. Das ist die normale Arbeit. Ich glaube nur, dass es zu wenig ist, und es tatsächlich ein eigenständiges Konzept braucht. Beim Zusatzantrag werden wir zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Ich möchte noch einmal klarstellen, warum dieser Antrag eingebracht wurde. Im Vorfeld der letzten Gemeinderatswahl haben SPÖ, ÖVP und Die Grünen, KPÖ und die NEOS ein Papier der Radlobby unterzeichnet, in dem wir versprochen haben, ein entsprechendes Radverkehrskonzept umzusetzen. Ich finde es sehr, sehr traurig, wenn diese Enderledigung heute angenommen wird. Ich richte meinen Appell an die SPÖ und an alle hier, dem nicht zuzustimmen. Wir brauchen ein eigenständiges und vernünftiges Radverkehrskonzept. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Stadtrat Hein:

„Frau Gemeinderätin Schmid, ich möchte noch klarstellen, dass in Linz etwas passiert. Wir haben in diesem Jahr 285.000 Euro in Radinfrastruktur verbaut. Das Budget für Fahrradständer wurde von 5000 auf 50.000 verzehnfacht. Heuer noch werden 400 Radabstellplätze geschaffen. Weiters wird am Linzer Hauptbahnhof ein Sperrsystem für den Radkeller installiert. Ich kann das nicht so im Raum stehen lassen, dass da nichts passiert. Im Rahmen der budgetären Möglichkeiten machen wir wirklich alles Menschenmögliche, um den Radanteil zu erhöhen.

Der Zusatzantrag der ÖVP ist ein typischer Arbeitsauftrag, ohne konkrete Maßnahmen. Wir haben im Ausschuss besprochen, dass jede Fraktion ihre Ideen bekannt geben soll, damit mehr oder weniger Maßnahmen gesetzt werden können, um den Radfahranteil zu erhöhen. Von den Grünen ist etwas Ausführliches gekommen, von der ÖVP ist ein kleines Schreiben mit drei, vier Sätzen gekommen, die ähnlich konkret waren, wie dieser Satz. Ich bitte, diesen Zusatzantrag nicht anzunehmen und dem Originalantrag zuzustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Zusatzantrag und anschließend über den Antrag abstimmen.

Der Zusatzantrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von Die Grünen (9) und NEOS (3) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Benedik berichtet über

F 4 Änderungsplan Nr. 82 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Lustenau (Garnisonstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungsplan Nr. 82 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Garnisonstraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Änderungsplan Nr. 82 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Garnisonstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Änderungsplan Nr. 82 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Flächenwidmungsplan-Änderungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Nordwesten: Unfallkrankenhaus Linz

Osten: Sportanlage, Fachhochschule

Südwesten: Garnisonstraße

Katastralgemeinde Lustenau

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung wird der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und das Örtliche Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 im Wirkungsbereich des Änderungsplanes Nr. 82 aufgehoben.

§ 4

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen

nach seiner Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Strigl berichtet über

F 5 Ausbau des Menzelweges zwischen Drosselweg und Fasanweg im Zuge der Fertigstellung von „WSG-Wohnbauten“; Vergabe der Arbeiten; maximal 230.000 Euro, davon 80.000 Euro 2016 und 150.000 Euro 2017

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„1. Grundsatzgenehmigung:

Folgendes Vorhaben wird mit einem maximalen Kostenrahmen von 230.000 Euro inkl. USt grundsätzlich genehmigt:

Ausbau des Menzelweges zwischen Drosselweg und Fasanweg auf eine Gesamtlänge von ca. 265 Metern in einer Breite von 5,50 Metern sowie des Längsparkstreifens mit dazwischen liegenden Grüninseln und des Gehsteiges auf eine Länge von ca. 140 Metern in einer Breite von jeweils zwei Metern im Zuge der Herstellung von Wohnbauten der ‚WSG‘.

2. Zuschlagsentscheidung / Vergabe:

Nach dem Ergebnis des nach dem Bundesvergabegesetz 2006 durchgeführten Vergabeverfahrens wird der Bauauftrag wie folgt vergeben:

Für den Zuschlag vorgesehener Bieter / Auftragnehmer:

Teerag Asdag Aktiengesellschaft, Pummererstraße 17, 4021 Linz

Auftragssumme:

Angebotspreis (inklusive USt): 214.620,59 Euro

Das Angebot dieses Unternehmens ist als das Angebot mit dem niedrigsten Preis (Billigstbieterangebot) nach § 130 Abs. 1 Bundesvergabegesetz 2006 zu bewerten.

Als Aufmaßreserve an die Billigstbieterfirma und für unvorhergesehene Vergaben wird ein Betrag bis zu einer Höhe von 15.379,41 Euro bewilligt.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Linz, Gebäudemanagement und Tiefbau, Abt. Straßen-, Brücken und Wasserbau, wird mit der Umsetzung dieses Beschlusses (Zuschlagserteilung) beauftragt.

3. Bedeckung / Verrechnung:

Die Verrechnung der Kosten in der Höhe von 80.000 Euro inkl. USt für das Rechnungsjahr 2016 und von 150.000 Euro inkl. USt für das Rechnungsjahr 2017 erfolgt auf der VAS 5.6121.002805, Menzelweg.

Die Mittel für 2017 sind im nächstjährigen Budget innerhalb der Deckungsgruppe D0724 vorzusehen.

Soweit eine anderweitige Bedeckung fehlt, erfolgt die Finanzierung dieses Projekt durch Fremdmittel. Die konkrete Beschaffung von Fremdmitteln im Rahmen des städtischen Finanzmanagements bedarf der Zustimmung des zuständigen Kollegialorgans. Die Verrechnung erfolgt auf den jeweiligen Voranschlagsstellen in den entsprechenden Teilabschnitten.

Rechtsgeschäfte über die Aufnahmen von Fremdmittel bedürfen (im Falle der Überschreitung der relevanten Wertgrenzen und der Erfüllung der sonstigen relevanten Kriterien des § 58 StL 1992), bei sonstiger Unwirksamkeit, der vorherigen Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.“

Wortmeldung **Gemeinderat Grininger, MSc:**

„Wir werden uns bei diesem Antrag enthalten, genau wie im Ausschuss. Augenscheinlich ist es so, dass bei diesem Antrag die im Sommer beschlossene Prüfung von Radabstellplätzen bei Errichtung von Parkplätzen nicht durchgeführt wurde. Somit können wir den Antrag nicht mittragen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Grünen-Fraktion (9) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderätin Weiss berichtet über

F 6 Änderungspläne Nr. 63 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Lustenau (Wimhölzelstraße / Ing.-Stern-Straße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungspläne Nr. 63 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Wimhölzelstraße/Ing.- Stern-Straße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Änderungspläne Nr. 63 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Wimhölzelstraße/Ing.-Stern-Straße.

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Änderungspläne Nr. 63 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Ing.-Stern-Straße 15-17

Osten: Wimhölzelstraße/Sportplatz

Süden: Sportplatz

Westen: Ing.-Stern-Straße 40/Willemerstr. 13

Katastralgemeinde Lustenau

Die Pläne liegen vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung werden der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und das Örtliche Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 im Wirkungsbereich der Änderungspläne Nr. 63 aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Die Pläne werden überdies während 14 Tagen nach ihrer Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Kleinhanns berichtet über

F 7 Änderungsplan Nr. 83 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, KG Lustenau (Raimundstraße 45)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungsplan Nr. 83 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, Raimundstraße 45, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Änderungsplan Nr. 83 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4, Raimundstraße 45

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Änderungsplan Nr. 83 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Flächenwidmungsplan-Änderungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Norden: Wohnanlage Grüne Mitte Linz

Osten: Raimundstraße 47a

Süden: Raimundstraße

Westen: Raimundstraße 39

Katastralgemeinde Lustenau

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung wird der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 im Wirkungsbereich des Änderungsplanes Nr. 83 aufgehoben.

§ 4

Der Flächenwidmungsplan-Änderungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Pfeffer berichtet über

F 8 Änderungspläne Nr. 78 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, KG Katzbach (Sombartstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Änderungspläne Nr. 78 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Sombartstraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Änderungspläne Nr. 78 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2, Sombartstraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Die Änderungspläne Nr. 78 zum Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und zum Örtlichen Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 werden erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Verordnung wird wie folgt begrenzt:

Norden: Mengerstraße 25

Osten: Mengerstraße 19

Süden: Schumpeterstraße 24

Westen: Grünland

Katastralgemeinde Katzbach

Die Pläne liegen vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit der Verordnung werden der Flächenwidmungsplan Linz Nr. 4 und

das Örtliche Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 im Wirkungsbereich der Änderungspläne Nr. 78 aufgehoben.

§ 4

Die Verordnung tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Die Pläne werden überdies während 14 Tagen nach ihrer Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Wortmeldung **Gemeinderat Grininger, MSc:**

„Zum diesem Projekt ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte jetzt noch von grüner Seite anfügen, dass dieses Gesamtprojekt in der jetzigen Form nicht nachvollziehbar ist. Es ist weder das Grundstück verkehrstechnisch vernünftig angebunden, es gibt dazu kein Verkehrskonzept, es steht im Widerspruch zum Örtlichen Entwicklungskonzept und es gibt grundsätzlich kein vernünftiges Planungskonzept des Uni-Viertels. Wir geben einem Unternehmen einen riesen großen Widmungsgewinn. Wir werden bei diesem Tagesordnungspunkt dagegen stimmen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, sowie bei Gegenstimmen der Grünen-Fraktion (9) und NEOS (3) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Ing. Casny berichtet über

F9 Neuerfassung (Stamplan) des Bebauungsplanes 01-112-01-00, KGLinz (Scharitzerstraße – Humboldtstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan 01-112-01-00, Scharitzerstraße - Humboldtstraße, Neuerfassung (Stamplan), wird erlassen.“

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Bebauungsplan 01-112-01-00, Scharitzerstraße - Humboldtstraße, Neuerfassung (Stamplan)

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 01-112-01-00 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

**Norden: Scharitzerstraße
Osten: Humboldtstraße
Süden: Blumauerstraße
Westen: Südtirolerstraße
Katastralgemeinde Linz**

Der Bebauungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit des neu erstellten Bebauungsplanes 01-112-01-00 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Der Bebauungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderat Ing. Casny berichtet über

F 10 Fahrradfreundliche Pflasterung; Erledigung des Antrages der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015

und führt aus:

„Bei diesem Antrag geht es um eine Erledigung des dem Ausschuss zugewiesenen Antrages ‚Fahrradfreundliche Pflasterung‘. Der Ausschuss lehnte diesen Antrag mit nachstehendem Antrag ab.

Der Gemeinderat beschließt:

‚Der im Gemeinderat am 3. Dezember 2015 an den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau zur Vorberatung zugewiesene Antrag ‚Fahrradfreundliche Pflasterung‘ der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, im Zuge der geplanten Erneuerung der Straßenbahnschienen in der Landstraße zwischen Mozartkreuzung und Taubenmarkt gemeinsam mit der Linz Linien GmbH eine Lösung für eine fahrradfreundliche Pflasterung zu finden, wird abgelehnt. Die Pflasterung wird in der ursprünglichen Form wieder hergestellt.‘

Ich glaube, in der Zeit vom 3. Dezember 2015 bis jetzt wäre viel Möglichkeit gewesen, hier etwas positiv zu erledigen. Die Baustelle ist inzwischen leider Gottes abgeschlossen, es ist eine vertane Chance für die Linzerinnen und Linzer hier einen fahrradfreundlichen Belag herzustellen. Wir werden daher diesem Antrag nicht folgen und uns der Stimme enthalten.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Zu diesem Antrag muss ich schon sagen, die Lösung von Problemen verlangt oft ein bisschen Kreativität. Zum Beispiel hätte man eine fahrradfreundliche Pflasterung anders machen können, als nur 300.000, 400.000 Euro zu investieren. Zum Beispiel, was weiß ich, vielleicht hätten wir weniger tiefe Fugen, wie auch immer.

Zudem muss ich anfügen, dass nicht nur die Fahrradfreundlichkeit, sondern auch die Barrierefreiheit des Pflasters ein riesen großes Problem ist. Entsprechend werden wir uns bei diesem Punkt enthalten. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Stadtrat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Fakt ist, dass diese

Lösung, wie sie von der ÖVP beantragt wurde, Mehrkosten von 250.000 bis 300.000 Euro ausgelöst hätte. Weder die Linz Linie noch die Stadt Linz hat diesen Betrag budgetiert. Aufgrund des angespannten Budgets und der Kostensituation haben wir Abstand davon genommen, diese Lösung im Ausschuss voranzutreiben.

Zum einen möchte ich aber anmerken, dass die Landstraße eine Fußgängerzone ist und kein Fahrradhighway. Der eigentlich empfohlene Fahrradweg liegt östlich der Landstraße, der wesentlich schneller befahren werden kann. Es kann nicht im Interesse der Stadt sein, eine Ausnahmesituation - Fahrrad fahren in einer Fußgängerzone ist nun einmal eine Ausnahme -, zur Regel zu machen und zwischen Fußgängern und Radfahrern noch mehr Konflikte zu schaffen.

Zum anderen ist diese Pflasterung, die die ÖVP beantragt hat, wie sie in der südlichen Landstraße verlegt worden ist, sehr wartungsintensiv, vor allem im Bereich der Schienen. Allein im Jahr 2015 hat diese Pflasterung Wartungskosten in der Höhe von 16.000 Euro verursacht. Aus diesem Grund ist der Ausschuss mehrheitlich zur Überzeugung gekommen, diesen Antrag abzulehnen. Ich bitte der Enderledigung dieses Antrages zuzustimmen.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Ing. Casny:

„Nur einen Satz, zu den Radfahrern. Es mag schon sein, dass es in der Fußgängerzone grundsätzlich nicht für gut befunden wird, mit dem Rad zu fahren. Aber genau diese fahrradschlechte Pflasterung bei den Schienen bewirkt, dass die Radfahrer im Fußgängerbereich fahren, weil dort eine glatte Pflasterung vorhanden ist. Durch diese Nichtsanierung dieser Pflasterung wird die Situation zwischen Fußgänger und Radfahrern noch prekärer, das wollte ich noch anfügen. Wir werden uns der Stimme enthalten.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von ÖVP (12), Die Grünen (9) und NEOS (3) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderätin Sommer berichtet über

F 11 Gänzliche Aufhebung des Bebauungsplanes SW 109/1, KG Kleinmünchen und Waldegg (südlich der Europastraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan SW 109/1 - gänzliche Aufhebung, südlich der Europastraße, wird erlassen.

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Bebauungsplan SW 109/1 - gänzliche Aufhebung, südlich der Europastraße

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Gemäß § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird die gänzliche Aufhebung des Bebauungsplanes SW 109/1 beschlossen.

§ 2

Der Wirkungsbereich der Bebauungsplanänderung (Aufhebung) wird wie folgt begrenzt:

Nordwesten: Europastraße

Osten: Landwiedstraße, Albert-Schöpf-Straße

Südwesten: Kokoschkastraße

Katastralgemeinden Kleinmünchen und Waldegg

Die Bebauungsplanänderung (Aufhebung) liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Die Bebauungsplanänderung (Aufhebung) tritt mit dem ihrer Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Aufhebungsplan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1-5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

und führt weiters dazu aus:

„Ich möchte dazu noch anmerken, dass unser Klubobmann eine Anfrage an Herrn Stadtrat Hein geschickt hat, ob es bei dieser Aufhebung des Bebauungsplanes nur darum geht, dass die Container aufgestellt werden können und ob anschließend wieder ein neuer Bebauungsplan beschlossen wird, um den Rahmen für die städtebauliche Weiterentwicklung des Stadtteils Oed zu normieren oder ob man den Bebauungsplan auf unbestimmte Zeit aufhebt, wodurch eine größtmögliche bauliche Flexibilität gegeben wäre. Wir haben leider bis dato noch keine Information bekommen.“

Wortmeldung **Stadtrat Hein:**

„Ich suche gerade die E-Mail, weil ich schon darauf geantwortet hätte. Dieser Bebauungsplan wird vorübergehend aufgehoben und im Zuge der weiteren Bebauung wird ein neuer Bebauungsplan erstellt. Ich hätte per E-Mail geantwortet und muss diesen Vorwurf zurückweisen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen**.

Gemeinderat Grininger, MSc, berichtet über

F 12 Neuerfassung (Stammpfan) des Bebauungsplanes 01-120-01-00, KG Linz (Figulystraße - Beethovenstraße)

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes und der Einwendungen laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließt:

„Die beiliegende Verordnung betreffend Bebauungsplan 01-120-01-00, Figulystraße - Beethovenstraße, Neuerfassung (Stammpfan), wird erlassen.“

Verordnung

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz vom 20. Oktober 2016 betreffend Bebauungsplan 01-120-01-00, Figulystraße - Beethovenstraße, Neuerfassung (Stammplan)

Nach § 33 Oö. Raumordnungsgesetz 1994 wird verordnet:

§ 1

Der Bebauungsplan 01-120-01-00 wird erlassen.

§ 2

Der Wirkungsbereich des Bebauungsplanes wird wie folgt begrenzt:

Norden: Beethovenstraße

Osten: Weingartshofstraße

Süden: Handel-Mazzetti-Straße

Westen: Figulystraße

Katastralgemeinde Linz

Der Bebauungsplan liegt vom Tag der Kundmachung dieser Verordnung an in der Bau- und Bezirksverwaltung des Magistrates Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, Info-Center, während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht auf.

§ 3

Mit der Rechtswirksamkeit des neu erstellten Bebauungsplanes 01-120-01-00 werden sämtliche in diesem Bereich bisher rechtswirksamen Bebauungspläne aufgehoben.

§ 4

Der Bebauungsplan tritt mit dem seiner Kundmachung im Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz folgenden Tag in Kraft. Der Plan wird überdies während 14 Tagen nach seiner Kundmachung an der Amtstafel der Bau- und Bezirksverwaltung, 4041 Linz, Hauptstraße 1 - 5, Neues Rathaus, 4. Stock, zur öffentlichen Einsicht angeschlagen.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

Gemeinderat Grininger, MSc, berichtet über

F 13 Nibelungenbrücke – Verbesserungsmaßnahmen für Fußgänger und Radfahrer; Erledigung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 3. Dezember 2015

und führt aus:

„Beim vorliegenden Antrag geht es wieder einmal um das Rad fahren. Dieser Antrag ist die Enderledigung eines Antrages der Grünen-Fraktion, um auf der Nibelungenbrücke endlich eine Verbesserung der Verkehrssicherheit der RadfahrerInnen und FußgängerInnen herzustellen. Dieser Antrag sagt de facto nein, wir machen nichts.“

Der Gemeinderat beschließt:

„Aus den in der Vorlage genannten Gründen und nachdem Stadtrat Hein mit dem Land Oberösterreich in Kontakt getreten ist, wird der Ablehnung des Antrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 19. November 2015 nach Beratung im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau am 12. September 2016 zugestimmt.“

Dementsprechend würde ich bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen und darüber im Ausschuss zu diskutieren.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor.

Stadtrat Hein:

„Über die Nibelungenbrückenproblematik, glaube ich, gibt es schon jahrzehntelange Diskussionen. Es hat Arbeitsgruppen gegeben. Das Ergebnis ist sehr eindeutig. Wenn man dort eine Verbesserungsmaßnahme treffen will, müssen diese baulicher Natur sein, sprich, entweder durch eine Verbreiterung oder durch einen Anbau.

Eine Baustelle auf der Nibelungenbrücke wäre in der jetzigen Situation alles andere als klug. Nachdem wir sowieso eine Brücke weniger haben, werden wir auf der letzten intakten innerstädtischen Brücke nicht auch noch eine Baustelle installieren. Alle anderen Vorschläge, die nicht baulicher Natur sind, sind schon oft und immer mit demselben Ergebnis, dass sie nicht durchführbar sind, durchdiskutiert worden. Ich bitte daher, der Enderledigung die Zustimmung zu geben.“

Gemeinderätin Sommer:

„Aufgrund der bereits von Herrn Stadtrat Hein angesprochen prekären Brückensituation, wäre tatsächlich ein Verkehrskollaps vorprogrammiert, wenn es jetzt zu einer Sanierung der Nibelungenbrücke kommen würde. Wir stimmen daher diesem Antrag zu. Wir erachten es aber als unbedingt notwendig, dass die Realisierung der Verbesserungsmaßnahmen zum ehestmöglichen und nicht zum spätest möglichen Zeitpunkt vorgenommen wird.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Wir schreiben wieder ein weiteres Kapitel, in welchem es bei der Umsetzung beim Radverkehr hapert.

Herr Stadtrat Hein hat am Beginn seiner Amtszeit versprochen, dass er sich gleich um die Nibelungenbrücke kümmern wird, passiert ist bisher nichts. Nach dem Stimmverhalten der FPÖ wird anscheinend auch nichts passieren. Somit haben wir heute wieder ein weiteres Kapitel der gebrochenen Versprechen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der Fraktionen von Die Grünen (9) und NEOS (3) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Grininger, MSc, berichtet über

F 14 Alt Urfahr – Erhalt des „Alten Fischerdörfles“; Erledigung des Dringlichkeitsantrages der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 30. Juni 2016

und führt aus:

„Alt Urfahr ist ein Juwel in Linz. Mit dem vorliegenden Antrag wird unser Dringlichkeitsantrag zum Erhalt des ‚Alten Fischerdörfles‘ abgelehnt.

Der Gemeinderat beschließt:

„Aus den in der Vorlage genannten Gründen und nach Beratung im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau am 12. September 2016 wird der Ablehnung

des Dringlichkeitsantrages ‚Alt Urfahr – Erhalt des ‚Alten Fischerdörfles‘ der Grünen-Gemeinderatsfraktion vom 29. Juni 2016 zugestimmt.‘

Die Begründung dieses Antrages ist für mich nachvollziehbar, weil die Zustimmung des Gemeinderates bei einem Abriss von Gebäuden anscheinend nicht möglich ist. Das dürfte gesetzlich nicht gehen. Die anderen Punkte aber, wie der Schutz des Gesamterscheinungsbildes und der Erhalt der Objekte sind in dieser gesetzlichen Stellungnahme nicht angeführt. Ich bitte daher, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir werden uns auch der Stimme enthalten.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor.

Gemeinderat Ing. Casny:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können der Diskussion im Ausschuss grundsätzlich folgen und haben auch rechtliche Bedenken gegen diesen Antrag. Wir sind aber durchaus der Meinung, dass das ‚Alte Fischerdörfle‘ durchaus geschützt werden und man durchaus noch Überlegungen anstellen sollte. **Ich stelle daher den Antrag, diesen Antrag wieder dem Ausschuss zuzuweisen.**“

Stadtrat Hein:

„Ich glaube, dass die Stadt Linz über genügend Mechanismen verfügt, um diesen Charakter des ‚Alten Fischerdörfles‘ zu erhalten, ob das das Ortsbildservice, der Gestaltungsbeirat oder die Planungsvisite ist. Eine weitere Behandlung des Antrages im Ausschuss halte ich für nicht zielführend. Ich ersuche um Zustimmung zur Enderledigung.“

Bürgermeister Luger:

„Ich darf mich auch kurz zu Wort melden, als einer, der in dieser Stadt schon zweimal die Ehre hatte, Planungsreferent zu sein. Wenn man die Entwicklung von Alt Urfahr-West in den letzten 30 Jahren verfolgt und beobachtet – unabhängig davon, ob man diese kritisch, ablehnend oder wohlwollend interpretiert -, dann ist eindeutig erkennbar, dass der Charakter eines Fischerdörfles aus der frühen Neuzeit weder architektonisch, noch sonst erkennbar ist.

Das Zweite, was nicht ganz unbedeutend ist, sind die früheren Bestimmungen. Damals mussten Abbruchbewilligungen eingeholt werden - Herr Gemeinderat Kleinhanns nickt - und zum Teil denkmalgeschützte Objekte vom Denkmalschutz wegen objektiver Unsanierbarkeit für den Abbruch freigegeben werden. Dieser Stadtteil hat seinen Charakter massiv verändert. Die Schlussfolgerungen, die man daraus ziehen muss ist, dass das in Wirklichkeit ein ganz normaler Stadtteil geworden ist. Das ist vernünftig und nachvollziehbar. Ich werde meiner Fraktion empfehlen, dem Antrag in der vorliegenden Form, die Zustimmung zu erteilen.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Ich finde das sehr schade. Natürlich ist das ganz klassische Fischerdörfle nicht mehr erhalten, aber es sind auf jeden Fall noch Charakteristiken da und die werden sukzessive abgerissen. Es kommen neueste Bauten mit zum Teil unglaublichen Mietpreisen hinzu. Genau dem gilt es Einhalt zu gebieten. Wir brauchen eine Durchmischung. Wir müssen schauen, dass wir da etwas machen. Genau das ist unsere Aufgabe. Ich finde es wirklich schlimm, wenn Sie damals Planungsreferent waren und sagen, in Ihrer Zeit ist de facto die Charakteristik verloren gegangen, obwohl es zum Teil in den Bebauungsplänen steht. Ich will jetzt nicht etwas unterstellen, aber das ist schade.

Wir begrüßen den Antrag der ÖVP und würden uns darüber sehr gerne im Ausschuss unterhalten. Es geht um den Erhalt eines Stadtteils und darum, dass wir leistbares Wohnen

schaffen. Wir sollten gemeinsam versuchen, das wirklich schöne Alt-Urfahr, das schöne Linz, zu erhalten und lebenswert zu gestalten. Das ist unsere Aufgabe. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Bürgermeister Luger zur tatsächlichen Berichtigung:

„Ich sprach von 30 Jahren. Ich war von 2003 bis 2009 primär Planungsstadtrat. Ich muss zu meinem eigenen Schutz sagen, dass das nicht 30 Jahre gewesen sind.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zurückweisung des Antrages an den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau und anschließend über den Antrag abstimmen.

Die Zurückweisung des Antrages wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von ÖVP (12) und Die Grünen (9) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

G ANTRAG DES AUSSCHUSSES FÜR FRAUEN, UMWELT, NATURSCHUTZ UND BILDUNG

Stadträtin Mag.^a Schobesberger berichtet über

G 1 Kreditübertragung für die Leistung von Beiträgen zur Erhaltung der öffentlichen Berufsschulen in Höhe von 115.000 Euro

und stellt nach Darlegung des Sachverhaltes laut Vorlage an den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Eine Kreditübertragung in der Höhe von 115.000 Euro von der FIPOS 1.5620.751000 ,Lfd. Transferzahlungen an Land, Gemeindebeitrag gem. Oö. KAG‘ auf die FIPOS 1.2290.751000, Lfd. Transferzahlungen an Land, Schulerhaltungsbeiträge, wird genehmigt.“

Der Antrag wird **einstimmig angenommen.**

H FRAKTIONSANTRÄGE UND FRAKTIONSRESOLUTIONEN NACH § 12 STATUT DER LANDESHAUPTSTADT LINZ 1992

Gemeinderätin Neubauer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 1 Blumenschmuckwettbewerb

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, bei diesem Wettbewerb handelt es sich nicht um einen Wettbewerb im Sinne von Konkurrenz oder Ausscheidung, sondern vielmehr um eine Maßnahme, die Anerkennung und Wertschätzung privater Initiativen und Engagements zum Ausdruck bringen soll. Gerade im urbanen Raum tragen Grünflächen, Bäume und Blumen zu einer verbesserten Lebensqualität bei. Sie verbessern das Stadtklima, erzeugen saubere Luft und sind für die Erholung und das Wohlbefinden spazierender Menschen sehr wichtig.“

Wir haben nicht nur das städtische Grün, das ohnehin von den Stadtgärten gepflegt wird, sondern auch viele private Gärten und Balkone. Viele Linzerinnen und Linzer verbessern mit ihren liebevoll gepflegten Grünflächen und Pflanzen das Wohnumfeld im Stadtgebiet. Deshalb lautet unser Antrag, dass beispielhafte Leistungen durch einen Wettbewerb gewürdigt werden sollen. Es soll hervorgehoben werden was hier alles geleistet wird.

Die Kriterien für einen solchen Wettbewerbs können vielfältig sein. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen teilnehmen können. Wenn man sagt, das ist wieder nur für die Eigenheimbesitzer, so ist es das nicht. Es gibt genug Möglichkeiten auch im Gemeinnützigen Wohnbau etc. Blumen in Grünflächen und Vorgärten und auf Balkonen anzupflanzen.

Eine Voraussetzung sollte nur sein, dass diese Bepflanzungen öffentlich einsehbar sind. Es soll nicht den Anschein bekommen, dass private Oasen geschaffen werden. Die Allgemeinheit soll etwas davon haben. Der Pflanzenumfang und Pflegezustand, die Zusammenstellung und die Naturnähe können beispielsweise Bewertungskriterien sein. Man kann sicher einen gemeinsamen Nenner finden. Das Preisrichterkollegium sollte sich ehrenamtlich zusammensetzen und auch die Stadtgärten sollten mitwirken. Es soll ein einheitliches Punktesystem geben, um für alle gleiche Voraussetzung zu schaffen. Die größte Freude für Gärtner sind meistens neue Pflanzen. Als Preise könnten zum Beispiel Pflanzen und Dauergärten der Stadtgärten sowie private Sponsoren fungieren. Wir stellen daher folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Linz werden ersucht, einen jährlichen Blumenschmuckwettbewerb beginnend ab dem Jahr 2017 ins Leben zu rufen und diesen Wettbewerb bei den Linzerinnen und Linzern entsprechend zu bewerben.“

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung anfallender Kosten soll durch Umschichtungen im Budget sowie durch Berücksichtigung in kommenden Voranschlägen erfolgen.

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen nachstehende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Kaiser:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind natürlich immer dafür, wenn man für die Verschönerung der Stadt etwas tun kann. Man muss sich das, glaube ich, schon genauer anschauen.

Auf der einen Seite haben wir ein Sparpaket beschlossen, auf der anderen Seite würden wir einen Wettbewerb aus dem Boden stampfen, ohne uns die Finanzierung, die Kosten und das Procedere genauer zu überlegen. Daher beantragen wir die Zuweisung des Antrages zum Ausschuss für Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung. Danke.“ (Beifall SPÖ)

Stadträtin Wegscheider:

„Der Geschäftsbereich Stadtgrün und Straßenbetreuung hat in den letzten Jahren enorme Personalkürzungen zu verzeichnen. Wir haben auch eine deutliche Reduktion des Blumenschmuckes in der Stadt. Die Pflege der städtischen Parkanlagen kann teilweise nicht mehr in wünschenswertem Umfang erfolgen.

Der Hintergrund ist natürlich der massive Personalabbau, der nach wie vor weitergeführt wird. Wir haben im Geschäftsbereich Stadtgrün und Straßenbetreuung derzeit 23 offene

Dienstposten. Angesichts dieser Umstände schlage ich vor, dass sich die ÖVP der Stimme enthält. Bei einer Zuweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung möchte ich schon noch vorschlagen, dass er auch dem Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau zugewiesen wird, denn die Zuständigkeit ist dort. Die Stadtgärten sind hier nicht zuständig, weil es um privaten Grund geht, der verschönert werden soll. Die ÖVP spricht sich dafür aus, dass eine Zuweisung zum Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau erfolgen soll, da die Zuständigkeit nicht bei den Stadtgärten liegt.“ (Beifall ÖVP)

Stadtrat Hein:

„Ich glaube, dass der Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau dafür der völlig falsche Ausschuss ist. Ich glaube nicht, dass wir einen Bebauungsplan oder Flächenwidmungsplan ändern sollten. Dieser Ausschuss hat bei der ÖVP den Charakter eines Ausschusses für alles. Man versucht, möglichst viel unter zu bringen. Vielleicht sollten wir auch den Ausschuss für Innovation und Verfassung noch damit befassen. (Zwischenrufe, Heiterkeit)

Aus meiner Sicht ist der Antrag im Ausschuss für Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung sehr gut aufgehoben und braucht sicher keine Diskussion im Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau.“

Bürgermeister Luger:

„Ich habe jetzt bei einigen Mitgliedern des Ausschusses für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau grundsätzlich Zustimmung dafür geortet, dass der Antrag nicht in diesen Ausschuss kommt. Aber ich werde das nachher völlig korrekt abstimmen lassen.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Neubauer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Stadträtin Wegscheider, gerade wenn Sie sagen, dass die Stadtgärten bei ihren Pflänzchen so viel haben kürzen müssen, ist es umso wichtiger, dass die Privaten ersatzweise einspringen. Gerade das unterstreicht die Wichtigkeit eines solchen Wettbewerbes. Die privaten Initiativen werden gewürdigt. Von dem her sehe ich keinen Widerspruch. Grundsätzlich kann ich mit einer Zuweisung auf jeden Fall leben. In welchen Ausschuss, wird der Gemeinderat demokratisch entscheiden. Ich ersuche auf jeden Fall zumindest eine Zuweisung anzunehmen, wohin auch immer.“

Der Vorsitzende lässt nun über die beantragten Zuweisungen des Antrages abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau und an den Ausschuss für Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16), Die Grünen (9) und NEOS (3) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss für Wirtschaft, Märkte, Stadtgrün und Straßenbetreuung wird bei **Stimmhaltung von Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderätin Riha berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 2 Verstärkte Reinigung öffentlicher Plätze in Linz – Antrag und Resolution

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Straßenbild in der Linzer Innenstadt lässt sehr zu wünschen übrig. Die Mistkübel sind überfüllt, besonders an Wochenenden. Papier, sogar Dosen, Eisbecher etc. liegen am Boden. Tagelang klebt Erbrochenes auf einigen Stufen zur Landhauskirche vor der Oberösterreichischen Landesregierung. Speziell der Landhauspark ist sehr ungepflegt. Auch hier sind die Mistkübel regelmäßig überfüllt und in den Hundestationen stecken Kartons und Dosen, was ein Entsorgen des Hundesackerls unmöglich macht.

Im Vergleich mit anderen europäischen Städten wie Pilsen, Breslau, Budweis, oder Udine wirkt Linz ungepflegt und schmutzig. Würde man an stark frequentierten öffentlichen Plätzen die viel zu kleinen Mistkübel gegen größere austauschen, müssten diese nicht mehr zweimal täglich entleert werden. Würde die Reinigung dieser Plätze intensiviert werden, müsste die Stadt Linz den Vergleich mit anderen Städten nicht scheuen.

In diesem Zusammenhang stellt die Linzer FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Linz werden aufgefordert, die Reinigung der Straßen, öffentlicher Plätze und Parkanlagen, speziell an stark frequentierten Stellen, besonders in der Innenstadt, wie zum Beispiel im Landhauspark, zu verstärken.“

Der Gemeinderat der Stadt Linz beschließe folgende **Resolution**:

„Die Linz AG wird aufgefordert, das Abfallmanagement an stark frequentierten Stellen in der Stadt Linz, besonders in der Innenstadt, wie zum Beispiel im Landhauspark, zu optimieren.“

Bedeckungsvorschlag: Eine Bedeckung anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Budget erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Eilmsteiner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, auch die SPÖ steht für ein sauberes Linz. Wir stellen somit einen Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Stellen der Stadt Linz werden aufgefordert, die Reinigung der Straßen, öffentlichen Plätze und Parkanlagen, speziell an stark frequentierten Stellen, besonders in der Innenstadt, wie z. B. im Landhauspark, im Sinne der Sparmaßnahmen der Stadt effizienter zu gestalten und die Effektivität im Hinblick auf die Sauberkeit zu erhöhen.“

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall SPÖ)

Stadträtin Wegscheider:

„Gleich vorweg, wir werden diesem Antrag zustimmen und einen Zusatzantrag dazu einbringen, weil der Schlusstext nur auf die Reinigung der Innenstadt abzielt. Auch die Stadtteile sind uns sehr wichtig. Auch dort gibt es stark frequentierte Stellen, viele Beschwerden und den

berechtigten Wunsch nach einer verstärkten Reinigung. Wir dürfen keine Scheuklappen haben und den Blick nicht immer nur auf die Innenstadt richten.

Vizebürgermeister Wimmer hat es einmal so formuliert: Er möchte bei den Stadtteilen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Die Bewohner in den Stadtteilen haben genauso ein Recht auf saubere Straßen und Plätze. Man muss ganz klar und offen sagen, dass der Geschäftsbereich Stadtgrün und Straßenbetreuung die aus unserer Sicht und aus Sicht vieler Bürger erforderliche Reinigung nicht mehr im wünschenswerten Ausmaß erbringen kann. In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es bei den Stadtgärten, aber auch beim ehemaligen Tiefbauamt einen massiven Personalabbau. Seit Juli 2015 sind diese Dienststellen zum Geschäftsbereich Stadtgrün und Straßenbetreuung zusammengefasst. Der Geschäftsbereich hat aufgrund des aktuell verhängten Aufnahmestopps seitens des Personalressorts 23 offene Dienstposten. Man muss klar sagen, dass für eine gewisse Zeit viel Arbeit und daher auch Müll liegen bleibt, wenn man der gesamten Arbeit hinterher läuft. Wer durch die Parkanlagen geht, wird oft genug wahrgenommen haben, dass das Gras viel zu hoch ist, die Sträucher noch nicht geschnitten sind und vieles nicht so gepflegt wirkt, wie man es sich erwarten dürfte.

Mittlerweile ist es so, dass nicht einmal garantiert werden kann, dass Beschwerden rasch aufgearbeitet werden können, da es zu viele Vorfälle gibt. Mittlerweile gibt es in den Arbeitspartien in den Stadtteilen großen Frust, weil sie nicht mehr zusammenkommen und sehr viel gemacht werden müsste. Wenn man dann erfährt, dass die seit ewig ausstehenden Nachbesetzungen neuerlich nicht genehmigt worden sind, dann verstärkt sich dieser Frust. Ich verstehe das.

Beim Müll möchte ich betonen, dass wir auf öffentlichen Plätzen in der Stadt Linz keine Vermüllung oder Ostblockzustände haben. Die Reinigung aber hinkt hinterher. Den hohen Standard, den wir in der Vergangenheit gehabt haben, können wir zum Teil nicht mehr halten. Das führt zu Ärger und Kritik bei den Bürgerinnen und Bürgern.

In der Begründung dieses Antrages ist einiges richtigzustellen. Die Gehsteige und die Eingänge zu Gebäuden fallen nicht in die Zuständigkeit Stadtgrün und Straßenbetreuung. Dafür sind die privaten Hauseigentümer zuständig. Auch der Landhauspark gehört nicht der Stadt Linz, sondern dem Land Oberösterreich. Die Stadtgärten sind allerdings vertraglich mit der Reinigung des Landhausparkes beauftragt und werden dafür vom Land entlohnt. Die im Landhauspark aufgestellten Mistkübel sind Teil des Gestaltungskonzeptes und gehören nicht uns. Es ist verwunderlich, dass die FPÖ das Augenmerk nur auf die Innenstadt richtet. Der Innenstadtbereich ist genau jener Bereich, der mit dem höchsten Reinigungslevel betreut wird. In diesem Bereich gab es in den letzten Jahren auch keine personellen Kürzungen.

Offenbar ist es allerdings so, dass immer mehr weggeworfen wird oder liegen bleibt bzw. dass nach schönen Wochenenden mehr Müll anfällt, weil die Parkanlagen oder die öffentlichen Plätze überdurchschnittlich frequentiert waren. Das kommt immer wieder sporadisch vor. Die Innenstadt ist sicherlich nicht das Hauptproblem, wenn es um eine verstärkte Reinigung geht. Zur Forderung, größere Mistkübel zu verwenden oder effizienter zu arbeiten, ist anzumerken, dass all diese Maßnahmen in den letzten Jahren, in denen es zu einer massiven Personalreduktion gekommen ist, längst überprüft und umgesetzt wurden. Wir haben längst größere Mistkübel in einem dichteren Abstand, vor allem an der Landstraße, aufgestellt. Noch größere Mistkübel wären für die Reinigungskräfte ergonomisch ein Problem. Bezüglich der Effizienz hat man hier in den letzten Jahren schon sehr vorbildlich gearbeitet.

Ich erinnere nur an die Bewerbungsunterlagen der Stadt Linz beim Wettbewerb der saubersten Gemeinde Österreichs. Auf Antrag der FPÖ wurden in den Ausschüssen vom Geschäfts-

bereich sehr gute Unterlagen darüber präsentiert, was die Stadt Linz an innovativen und effektiven Maßnahmen gemacht hat. Wie gesagt, wir unterstützen diesen Antrag und stellen dazu folgenden **Zusatzantrag**:

Der Gemeinderat beschließt:

„Nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Stadtteilen bzw. Stadtteilzentren soll die Reinigung verstärkt werden. Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, die für eine verstärkte Reinigung notwendigen Personal- und Sachressourcen bereitzustellen.“

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Stadträtin Mag.^a Schobesberger:

„Der Antrag und die Zusatzanträge sind Beispiele dafür, dass wir von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer mehr erwarten. Das habe ich vorher schon einmal gesagt. Wir stellen immer weniger Personal ein und sagen, sie sollen ihre Arbeit noch effizienter machen. Ich bin schon lang in unterschiedlichen Funktionen bei der Stadt und habe das als Mitarbeiterin von Jürgen Himmelbauer, der damals für den Bereich zuständig war, relativ intensiv mitbekommen. In dieser einen Funktionsperiode hat es, glaube ich, schon sechs Schleifen gegeben, die Straßenreinigung effizienter zu gestalten. Das ging dann weiter. Ich halte es für eine ziemlich zynische Ansage, dass man sagt, das soll jetzt noch effizienter sein, aber es nicht mehr sondern tendenziell weniger Leute gibt. Es wird nichts mehr nachbesetzt. Das ist genau das, was ich vorher schon kritisiert habe. Wir werden daher nicht zustimmen.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Riha:

„Es tut mir sehr leid, wenn nicht zugestimmt wird. Zum Ostblock: Ich habe ausdrücklich Städte wie Breslau, Pilsen und Budweis genannt, weil ich in den letzten zwei Jahren dort war. Dort ist es nicht schmutziger, als bei uns. Im Gegenteil, dort ist es viel sauberer. Ob zu wenige Leute zur Verfügung stehen, kann ich nicht beurteilen. Es ist aber so. Am Sonntagvormittag – ich habe eine Reihe Fotos gemacht – gehen die Touristengruppen mit einer Führerin nur durch die Innenstadt und nicht in die Stadtteile. Ich weiß nicht, was sich die von uns denken. Danke.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende lässt nun über den Abänderungsantrag der SPÖ und anschließend über den Zusatzantrag der ÖVP abstimmen.

Der Abänderungsantrag wird bei **Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, sowie bei Gegenstimmen der NEOS-Fraktion (3) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der Zusatzantrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und Die Grünen (9) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, und bei Gegenstimmen der NEOS-Fraktion (3) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Schilchegger berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 3 Professionelle Beantragung und Abwicklung von EU-Förderungen

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, zahlreiche Förderprogramme in der Europäischen Union decken bekanntlich ein weites Spektrum von der Forschungsförderung bis hin zur Förderung sozialer Projekte und zur Finanzierung von Autobahnen in Spanien - auf denen niemand fährt - ab. Wie holen wir uns einen Teil des Steuergeldes, das wir an Brüssel zahlen, wieder zurück nach Linz? Man sieht schon, dass das eine Querschnittsmaterie ist. Bisher war es so, dass aufgrund der getrennten Ressortzuständigkeiten, jeder Teilbereich der einzelnen Unternehmen der Unternehmensgruppe selbst zuständig war, solche Förderanträge zu stellen und die Projekte entsprechend abzuwickeln. Dieses Modell hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Es gab für die Stadt bereits einen finanziellen Nachteil in Form von Rückzahlungsverpflichtungen. Ich möchte das gar nicht länger ausführen, sondern auf den schriftlichen Antrag verweisen.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Stadt Linz wolle eine zentrale verantwortliche EU-Förderstelle begründen und die entsprechenden Planstellen im zuständigen Geschäftsbereich schaffen, um Förderungen, die aus Mitteln der Europäischen Union für die Stadt Linz oder Unternehmen der Unternehmensgruppe Linz (UGL) potentiell beantragt werden können, laufend zu evaluieren, eine professionelle Antragstellung sicherzustellen und die Abwicklung geförderter Projekte begleitend zu unterstützen.“

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung anfallender Kosten soll durch Umschichtungen im laufenden Budget sowie durch Berücksichtigung in kommenden Voranschlägen erfolgen.

Es kann auch geschaut werden, welche Förderungen noch zusätzlich beantragt werden können. Das ändert sich mit den laufenden Förderungsperioden immer wieder. Um solche Rückzahlungsverpflichtungen zu vermeiden, ist es ganz wichtig darauf zu achten, dass diese Projekte dann auch richtlinienkonform abgewickelt werden. Danke schön.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Eypeltauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Michael, wir haben den Inhalt deines Antrages schon im letzten Kontrollausschuss hören können. Im Wesentlichen handelt es sich um eine Kontrollamtsempfehlung im Zuge des Prüfberichtes zu Regio 13, der ich auch gar nicht widersprechen will. Das ist absolut sinnvoll. Es ist wichtig, dass sich in dem Bereich etwas tut, dass sich die Stadt Linz überlegt, wie sie professionell EU-Förderprogramme bewirtschaften kann, wenn man das so sagen kann.

Wenn das Kontrollamt solche Empfehlungen ausspricht, gehe ich allerdings davon aus, dass diese vom entsprechenden Geschäftsbereich nach bestem Wissen und Gewissen geprüft oder umgesetzt werden. Es liegt mir deshalb fern, dem einschlägigen Geschäftsbereich seitens des Gemeinderates etwas vorschreiben zu wollen. Vielmehr glaube ich, dass es wichtig ist, dass wir uns im Ausschuss inhaltlich damit befassen. Vor allem vor dem Hintergrund, als der Kontrollamtsbericht verschiedene Varianten der Bewirtschaftung solcher Förderprogramme nennt. Da gibt es die Inhouse-Variante, die Variante einer kompletten Externalisierung und die Variante einer Inhouse-Abteilung, die die externen Experten, die es braucht, beizieht und, und, und. Demgemäß würde ich beantragen, diesen Antrag dem geeigneten Ausschuss zuzuweisen. Ich schätze, dass das der Ausschuss für Wirtschaft ist, weil es sich um den Geschäftsbereich Finanzen und Wirtschaft (FIWI) handelt.

Zwischenruf **Bürgermeister Luger:**

„Jedenfalls nicht dem Verfassungsausschuss!“ (Heiterkeit)

Gemeinderat Eypeltauer weiter:

Um Innovation geht es auch irgendwie. Herr Mag. Atzgerstorfer empfiehlt mir vor allem, den Antrag an den Finanzausschuss zuzuweisen. (Heiterkeit) Das ist dann auch entsprechend mein Antrag. Ich vertraue ihm da und halte es für stimmig. Es geht hier tatsächlich darum, wie die Stadt Linz ihre Finanzen bestmöglich aufpolieren kann. Christian Forsterleitner stimmt zu. Ich glaube, damit kann ich das so stehen lassen. Danke.“

Stadträtin Wegscheider:

„Ich begrüße den FPÖ-Antrag sehr. Wir werden diesen Antrag mit einem Zusatzantrag inhaltlich noch ergänzen. Wenn sich die Stadt Linz erfolgreich an EU-Programmen beteiligen will, braucht es eine professionelle und organisatorische Voraussetzung. Die Stadt Linz und der Magistrat ist im Hinblick auf die EU-Förderperiode vom Jahr 2014 bis 2020 sehr schwach aufgestellt. Der Stadt entgehen dadurch wahrscheinlich Fördermöglichkeiten in Millionenhöhe. EU-Förderungen werden einem nicht geschenkt. Man muss professionell aufbereiten, beantragen und abwickeln. Das geht aber nur, wenn die Stadt Linz bereit ist, dieses personelle und professionelle Knowhow einmal aufzubauen oder sich zuzukaufen. Ich habe unter dem damaligen Bürgermeister Dobusch seit Jahren auf diesen Umstand hingewiesen und diesen Punkt vor zwei Jahren auf der Stadtsenatsklausur in Bad Zell eingebracht. Bei der Magistratsreform ist dieser Punkt leider den Kürzungen und dem Spargedanken zum Opfer gefallen.

Der Gemeinderat hat am 19. September 2013 einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass sich die Stadt Linz am EFRE-Programm für die EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 beteiligen soll. Das war eine Amtsvorlage von Bürgermeister Dobusch. In diesem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates steht, dass die konkreten Förderprojekte in Einzelanträgen dem jeweils zuständigen Gremium, das heißt, dem Gemeinderat oder bei kleineren Förderungen dem Stadtsenat vorgelegt werden sollen. Im Gemeinderatsbeschluss sind konkrete Projekte angeführt, für die sich die Stadt Linz in der Förderperiode von 2014 bis 2020 um eine EU-Förderung bemühen soll. Dabei geht es konkret um EU-Förderungen für die Tabakfabrik und für den Stadtentwicklungsprozess, wie beispielsweise im Bereich Ebelsberg oder Wiener Straße. Ein EU-Förderschwerpunkt der Stadt Linz soll laut diesem Grundsatzbeschluss der öffentliche Verkehr, wie zum Beispiel die zweite Schienenachse sein. In diesem Grundsatzbeschluss steht aber auch, dass auch Projekte aus allen anderen Bereichen und Ressorts eingereicht werden können. Wenn wir Beispiele aus anderen Städten zeigen, sind die besten Erfolgchancen und Fördermöglichkeiten im Bereich der Stadtentwicklung und im öffentlichen Verkehr gegeben. Die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt aber, dass es sinnvoll ist, sich auf große Investitionsprojekte zu konzentrieren.

Aufgrund mangelnder organisatorischer Voraussetzungen fehlt am Magistrat und in den einzelnen Geschäftsbereichen dieses Knowhow bzw. ist es nicht im ausreichenden Ausmaß gegeben. Darum fehlen die großen EU-Förderanträge, die hier im Gemeinderat seit dem Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 2013 eingebracht hätten werden können.

Zu den EU-Förderungen gibt es einen Kontrollamtsbericht vom Juli 2016, der diese Thematik klar beschreibt. Auf Seite 9 des Kontrollamtsberichtes sind die Empfehlungen des Kontrollamtes nachzulesen. Aufgrund dieser Empfehlungen des Kontrollamtes sowie des Hinweises des Gemeinderatsbeschlusses vom September 2013 möchte ich folgenden **Zusatzantrag** einbringen:

Der Gemeinderat beschließe:

„Bei der Prüfung, in welcher Form die zentral verantwortliche EU-Förderstelle eingerichtet werden soll, sind die Empfehlungen des Kontrollamts (Aufbau einer entsprechenden Expertise in einem UGL-weiten Kontext; Inanspruchnahme professionellen externen Knowhows bei der Akquirierung von EU-Fördermitteln) zu berücksichtigen.

Unabhängig davon, ob diese Aufgabenerfüllung im Magistrat oder im UGL-weiten Kontext mit eigenem oder externen Personal eingerichtet wird, ist sicherzustellen, dass diese zentral verantwortliche EU-Förderstelle für alle Referenten zur Verfügung steht, damit der Grundsatzbeschluss des Linzer Gemeinderates vom 19. September 2013 zur Teilnahme der Stadt Linz an EFRE-Projekten 2014 bis 2020 mit den darin angeführten Projekten erfüllt werden kann.‘

Ich ersuche um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Huber:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin, wir werden uns dem Abänderungsantrag anschließen. Für mein Verständnis entspricht er eher der Diskussion im Kontrollausschuss, als der Hauptantrag.

Ich möchte Ihnen, Frau Stadträtin, zur Darstellung des politischen Hintergrundes dieses Antrages gratulieren. Wenn man weiß, was passiert ist, hat das eine gewisse Chuzpe, wie Sie das jetzt präsentiert haben. Dazu möchte ich Ihnen gratulieren.“

Stadträtin Wegscheider:

„Danke.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Schilchegger.

„Ganz kurz, wir sind auch mit einer Zuweisung einverstanden.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Zusatzantrag wird **einstimmig dem Finanzausschuss zugewiesen.**

Vizebürgermeister Wimmer berichtet über den von der **FPÖ-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 4 Befragung der Linzer Bevölkerung

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, beim Punkt H 4 geht es darum, die Aktivitäten, die die Stadt und vor allem die Stadtpolitik bisher entfaltet hat unter die Lupe zu nehmen, mögliche Aussichten in die Zukunft zu tätigen und Handlungsanleitungen bzw. Empfehlungen für die nächsten Jahre abzuleiten. Bereits 2011 und in den Jahren davor wurde – ich gehe davon aus, dass der Vorspann in der fortgeschrittenen Stunde bekannt ist – mehrmals kostengünstig eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung in der Stadt Linz unter Nutzung moderner Medien, des Internets bzw. auch unter Nutzung der Ressourcen der Stadtforschung Linz durchgeführt. Das ist für die Linzer Stadtpolitik und Stadtverwaltung ein wichtiges Stimmungsbild mit vertretbaren Kosten.

Auf unseren Vorschlag hin, sollte das wiederholt werden. Wir haben schon in der Gemeinderatspause in den Sommerferien angekündigt, dass wir hier eine Initiative setzen

werden. Jetzt ist es für 2017 dann soweit, um kurz vor dem Budget die möglichen Mittel einplanen zu können.

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz beauftragt die Stadtverwaltung mit der Durchführung einer neuerlichen Befragung der Linzer Bevölkerung (ähnlich zu 2011).“

Bedeckungsvorschlag: Die Bedeckung ist unter den Prämissen der kostengünstigen Durchführung laut Antragstext im demnächst zu beschließenden Budget für 2017 oder sind allenfalls zur Vorbereitung bereits nötige Aufwendungen durch Umschichtungen vorzusehen.

Ich darf darauf verweisen, dass natürlich, entsprechend den Diskussionen und Vorschlägen im Vorfeld, mehrere verschiedene wichtige Punkte einfließen können. Es geht daher nicht um einen einzigen Schwerpunkt, sondern es sollen gleich verschiedene wichtige Punkte aus dem Linzer Leben, vor allem aus der Linzer Kommunalpolitik einfließen. Ich wäre nicht damit einverstanden nur einen oder zwei Schwerpunkte zu setzen. Das Ganze sollte offener gestaltet werden, damit man ein möglichst breites Bild bekommt. In diesem Sinne ersuche ich um Annahme dieses Antrages.“ (Beifall FPÖ)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Eypeltauer:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte KollegInnen, sehr geehrter Antragsteller, lieber Detlef, ich habe zu diesem Grundantrag schon zwei Zusatzanträge an alle Fraktionsvorsitzenden ausgeteilt. Ich werde diese jetzt eingangs vorlesen. Es geht mir darum, dass dem Antrag folgender Passus hinzugefügt werden soll – das ist der **erste Zusatzantrag**:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Internetbefragung der Bevölkerung ist regelmäßig, mindestens jedoch einmal pro Funktionsperiode durchzuführen.“

Der **zweite**, davon unabhängige **Zusatzantrag** ist:

Der Gemeinderat beschließe:

„In die Internetbefragung wird das bereits vorliegende Konzept der Jugendbefragung aus 2006 aufgenommen. Künftig werden spezifische Fragensätze, gerichtet etwa nach Altersgruppe oder Wohnviertel, entwickelt und implementiert.“

Ich möchte noch kurz den Hintergrund erklären. Wir begrüßen die Initiative der FPÖ ausdrücklich. Diese Möglichkeit, kostengünstig, einfach und mehr oder weniger barrierefrei Feedback der Linzer Bevölkerung zu wesentlichen Politikbereichen zu bekommen, ist sehr sinnvoll. Das soll verstärkt genutzt werden. Das ist ganz in unserem Sinn. Wir glauben, dass es eine Regelmäßigkeit braucht, damit sich diese Form der Befragung durchsetzt und Bewusstsein gebildet wird und damit hier tatsächlich mit Nachdruck zum Ausdruck kommt, wie wichtig uns das ist. Darum der erste Zusatzantrag mit der Regelmäßigkeit. Diese Regelmäßigkeit schließt natürlich nicht aus, dass man zusätzlich noch, wenn es ad hoc notwendig scheint, kleinere oder spezifischere Befragungen durchführt.

Der zweite Zusatzantrag mit der Jugendbefragung soll kein Schwerpunkt sein. Dieses Konzept liegt schon vor. Das war sehr erfolgreich, hat gut funktioniert und ist gut angekommen. Es

spricht nichts dagegen, das zu implementieren - dann zum Beispiel eine eigene SeniorInnenbefragung zu machen etc. Es geht darum, bestehende Ressourcen zu nutzen und die Befragung möglichst effizient zu machen. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit. Ich bin auf die Reaktion auf die beiden Zusatzanträge gespannt. Danke.“

Gemeinderätin Polli, BEd:

„Wir werden den ursprünglichen Antrag und die beiden Zusatzanträge der NEOS unterstützen. So wie Sie auf der Tagesordnung sehen, geht unser nächster Antrag in dieselbe Richtung. Ich weiß nicht, ob ich jetzt schon etwas dazu sagen oder zuerst abstimmen lassen soll. Unsere Intention geht in die gleiche Richtung. Es betrifft die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung im Jahr 2017. Wir möchten in diesen Antrag aber gerne einen Schwerpunkt zum Thema Integration mit einflechten.“

Wir sehen, dass sich Linz in den letzten Jahren sehr verändert hat. Wir wachsen immer mehr - das hören wir immer wieder - vor allem durch Zuzug. Es ist zu hinterfragen, wie es den Leuten in Linz mit neu Zugezogenen geht und was wir anders machen sollten. Wir haben gerade im letzten Sozialausschuss ein großes Paket an Integrationsmaßnahmen vorgestellt bekommen. Ich glaube, das kann sich sehen lassen. Nichtsdestotrotz muss man aber hinterfragen, welche Maßnahmen greifen, welche nicht und wie die Bevölkerung von Linz zu diesem Thema eingestellt ist. Deshalb werde ich, wenn wir über diesen Antrag abgestimmt haben, unseren Antrag vorlesen.“ (Beifall ÖVP)

Bürgermeister Luger:

„Mir ist leider ein Fehler unterlaufen, ich wollte ursprünglich vorschlagen, beide Anträge gemeinsam zu diskutieren. Man möge mir das aufgrund der bisherigen Intensität der Sitzung verzeihen. Wir diskutieren jetzt über TO 4 und anschließend über TO 5.“

Gemeinderat Mag. Langer, MA:

„Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, grundsätzlich ja. Unser Bekenntnis ist aber selbstverständlich das, dass wir uns für Maßnahmen und Instrumente einsetzen, die die Einbindung und Mitbestimmung der Linzer Bevölkerung unterstützen.“

Wir denken aber, dass es zur Ausgestaltung einer derartigen Befragung hinsichtlich der methodischen Mittel, der Kosten und nicht zuletzt der Verpflichtung der Barrierefreiheit - also für die Möglichkeit des Zugangs für jeden Linzer und jede Linzerin zu sorgen, derzeit noch Diskussionsbedarf gibt. Internet heißt nicht zugleich Barrierefreiheit, sondern man muss alle Zugänge, die die Linzer Bevölkerung hat, mitberücksichtigen. Grundsätzlich, wie gesagt, befürworten wir die Initiative und die Zusatzvorschläge und -anträge. Wir würden gerne vorschlagen, dass wir diese Aspekte im Rahmen der kommenden Sitzungen im Verfassungsausschuss diskutieren. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Gemeinderat Strigl:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen die Intention, die Linzer Bevölkerung wieder in einer großen Breite zu befragen, so wie in früheren Jahren. Wir wollen aber keine Schwerpunktthemen setzen, sondern in die Breite gehen. Darum werden wir uns beim Antrag der ÖVP der Stimme enthalten. Dem Antrag der FPÖ werden wir zustimmen. Bei den Zusatzanträgen der NEOS werden wir uns auch der Stimme enthalten und ebenfalls beim Zusatzantrag der Grünen. Wir denken, dass die Stadtverwaltung bzw. die Stadtforschung das sehr gut vorbereiten kann und wird.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Vizebürgermeister Wimmer:

„Vielen Dank. Ich danke dir, Felix Eypeltauer, dass du im Vorfeld die Zusatzanträge trotz im Detail unterschiedlicher Positionen übermittelt und eine Möglichkeit zur Stellungnahme zur möglichen Teilnahme gewährt hast. Ich finde das sehr positiv. Das kann da oder dort einmal funktionieren.“

Im konkreten Fall muss ich dich leider in zwei Punkten enttäuschen. Zum einen, was den Vorgriff auf die kommenden Perioden betrifft. Bei diesen Dingen war es in der Vergangenheit meiner Meinung nach aus gutem Grund nicht so, weil es doch in einer Sache, wie dieser, nicht zweckmäßig erscheint, das bereits jetzt für die Periode 2021 bis 2027 festzulegen. Es könnte sein, dass die Internet-Befragung öfter als einmal pro Periode stattfindet. Es kann aber theoretisch auch sein - wenn es 2020 stattfindet -, dass eine Internet-Befragung vielleicht erst gegen Ende 2027 stattfindet. Ich möchte hier keinen fixen Zeitraum einplanen. Dass es regelmäßig sein soll, liegt in der Sache selbst. Wenn es ein guter Vorschlag ist, wird sich eine entsprechende Mehrheit finden. Das wäre ein Zusatzantrag.

Zum zweiten Zusatzantrag darf ich ergänzen, dass ein Konzept der Jugendbefragung aus 2006 für mich weniger modern und weniger aktuell ist, als das bewährte Konzept der Befragung 2011. Die hat damals aus meiner Sicht sehr gut funktioniert und es hat auch eine relativ hohe Rücklaufquote gegeben, daher würde ich bei der Befragung eher auf das Konzept von 2011 aufbauen. Unabhängig davon, können natürlich Aspekte der Wohnviertel, wie sie da genannt wurden, einfließen - das war zuletzt schon so. Es ist ganz selbstverständlich, dass eine Auswertung erfolgt. Die neue Aufteilung des Stadtgebietes, der Stadtbezirke im Vergleich zu 2011, wird sicher eine bessere und logischere Aufteilung der Inhalte ermöglichen, was sehr positiv ist. Wenn Schwerpunkte gewünscht sind, ist es wichtig, diese hier einzubringen. Dazu kann man wichtige Punkte, die allgemein bekannt sind, miteinfließen lassen, wie das zuletzt schon der Fall war. Deshalb sehe ich keinen hohen Diskussionsbedarf in einem Ausschuss. Ich bitte darum, den Antrag, so wie er vorliegt, gleich hier und heute anzunehmen.“

Der Vorsitzende lässt zuerst über die Zuweisung des Antrages, dann über den ersten Zusatzantrag der NEOS, dann über den Antrag und abschließend über den zweiten Zusatzantrag der NEOS abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages an der Ausschuss für Innovation und Verfassung wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der erste Zusatzantrag der NEOS wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und Die Grünen (9) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Der zweite Zusatzantrag der NEOS wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und Die Grünen (9) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Polli, BEd, berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

Bürgermeister Luger übergibt den Vorsitz an Vizebürgermeister Forsterleitner.

H 5 BürgerInnen- und Bürgerbefragung 2017 mit Schwerpunkt Integration

und führt aus:

„Ich habe unseren Antrag schon bei H 4 erklärt, weil ich Zeit sparen wollte. Ich habe den Zusammenhang dieser beiden Anträge gemeinsam behandelt. Unser Antrag lautet:

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Stadtforschung Linz wird beauftragt, für die im Jahr 2017 durchzuführende Bürgerinnen- und Bürgerbefragung einen Schwerpunkt zum Thema ‚Integration‘ zu entwickeln. Dabei soll die Linzer Bevölkerung über etwaige Probleme im Zusammenleben zwischen Menschen mit in- und ausländischer Herkunft befragt werden bzw. in welchen Bereichen der Integration Verbesserungsbedarf gesehen wird. Die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen sollen bei der Erstellung des Fragenkatalogs entsprechend eingebunden werden.“

Bedeckungsvorschlag: Allenfalls entstehende Kosten sollen durch Umschichtungen im laufenden Budget bzw. durch Berücksichtigung im kommenden Voranschlag bedeckt werden.

Ich ersuche um Zustimmung. Das ist ein Thema, das in Linz wirklich sehr, sehr wichtig ist, daher kann ich nur an Sie alle appellieren. Danke schön.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Åkerblom:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, bereits in der letzten Sitzung wurde gesagt, dass wir eine allgemeine Befragung mit mehreren Schwerpunkten haben wollen – genau, wie es Herr Vizebürgermeister Wimmer in seinem Antrag gesagt hat. Ziel ist es, dass eine Bürgerbefragung 2017 teilweise mit der von 2011 verglichen werden kann. In unserem Antrag können Themen, wie z.B. Jugend und Integration, dabei sein. In der letzten Sitzung haben wir uns beim Antrag der NEOS enthalten. Wir werden dasselbe auch bei der ÖVP machen. Danke “ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Hartig:

„Ich bin verblüfft. Die ÖVP will immer viel wissen, hat aber grundsätzlich kein Geld, um Veränderungen finanzieren zu können. Wir haben im letzten Antrag beschlossen, dass eine Befragung stattfinden wird. Die ist, wenn man die Befragung von 2011 als Vorbild nimmt, relativ umfassend. Dabei geht es nicht nur darum, zu erfragen, was nicht so gut läuft, sondern um zu erfragen, was gut läuft und das ist grundsätzlich auf verschiedenste Lebensbereiche sehr vielfältig angelegt. Um die Frage des Verbesserungsbedarfs im Bereich Integration zu klären, kann ich der ÖVP schon sagen, wo es hapert.

Wir nutzen die Qualifikationen der Zugewanderten zu wenig. Dazu könnte das AMS z.B. Erhebungen durchführen. Das macht es auch, aber es fehlt an der Finanzierung. Sebastian Kurz hat schon vor drei Jahren versprochen, dass ein Berufsanerkennungsgesetz kommen soll, also einheitliche Verfahren für eine bessere Arbeitsmarktintegration. Ganz, ganz wichtig wären leistbare Deutschkurse für alle und nicht nur für bestimmte Gruppen. Es ist jetzt so, dass nur bestimmte Personen aus bestimmten Ländern geförderte Kurse besuchen können. Jemand aus der Russischen Föderation bekommt den Deutschkurs gefördert, eine andere Person z.B. aus Nigeria aber nicht. Sehr hilfreich wären auch Orientierungsworkshops. Es kommt dann noch der grausliche Antrag, dass man wieder Integrationsvereinbarungen unterzeichnen soll. Man will aber nichts dafür tun. Es gibt keine Einführungsworkshops rund

um das Leben in Österreich, do's and dont's betreffend Lärm, Mülltrennung, Pünktlichkeit, das Schulsystem, dass man zum Hausarzt geht oder wie bei uns die Gesetze grundsätzlich gedacht und gemacht sind. Wir brauchen ganz dringend Burschen- und Männerarbeit, aber auch gleichzeitig die Frauenförderung. Ein zu erwähnendes Projekt wäre z.B. Heroes, bei dem es um soziale Normen geht und Rollenbilder in Form von Diskussionen und Austausch. Ich denke, es gäbe wirklich ganz, ganz viel, was man machen könnte. Die ÖVP weiß das schon lange. Darum ärgert mich das, wenn das regelmäßig kommt. Man will kein Geld in die Hand nehmen will, aber man möchte die Leute immer stigmatisieren. Nicht mit uns.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Polli, BEd:

„Frau Kollegin Hartig, du sagst, es gibt keine Vorbereitung auf das Leben in Österreich, wie man sich in gewissen Situationen zu benehmen hat, wie das Schulsystem läuft, und, und, und. Es gibt sehr, sehr viel. Vielleicht hast du gerade in den letzten Tagen mitbekommen, dass es einen Wertekompass, Wertebildung für die Schulen - das ist gerade auf Landesebene präsentiert worden - und Wertekurse für Neuankömmlinge gibt. In letzter Zeit ist dazu wirklich sehr, sehr viel unternommen worden, sowohl auf Bundesebene von Sebastian Kurz bzw. auf Landesebene vom zuständigen Jugend- und Schulzuständigen, Thomas Stelzer. Man kann also nicht sagen, dass da nichts gemacht wird.

Wir haben uns gedacht, es ist ein ganz brisantes Thema und das beschäftigt in Linz sehr, sehr viele Leute. Darum hätten wir uns gewünscht, dass dieser Schwerpunkt in die Befragung hinein kommt. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass das mehrheitlich abgelehnt wird. Wir hätten uns aber sehr darüber gefreut. Danke schön.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und NEOS (3) sowie bei Gegenstimmen der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Mag. Hajart berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 6 Unterschriebene Integrationserklärung als Voraussetzung für freiwillige Leistungen der Stadt Linz an Asylberechtigte und Subsidiär Schutzberechtigte

und führt aus:

„Auch bei diesem Antrag geht es um den Themenbereich der Integration. Ich glaube, es ist unbestritten, dass wir in Linz mit einer relativ hohen Zuwanderungsdynamik konfrontiert sind. Heuer bzw. letztes Jahr kommt das Spezifikum dazu, dass wir mit einer hohen Anzahl an Asylwerbern umgehen müssen. Das birgt große Herausforderungen. Ich glaube, das ist unumstritten.

Unter vielen Experten ist es auch unumstritten, dass man den größten Fortschritt im Bereich der Integration erzielt, wenn man sowohl fordert, als auch fördert. Wir haben am 28. Jänner 2016 schon einmal beantragt, dass Linz Pilotstadt im Integrationsbereich werden soll. Damals wurde der erste Teil, nämlich jener der Integrationserklärungen betrifft, abgelehnt. Der zweite Teil wurde dem Sozialausschuss zugewiesen und hat sich mit dem ganzen Themenkomplex, der derzeit schon gesetzten Integrationsfördermaßnahmen der Stadt Linz befasst. Wir wollten das einer Überprüfung unterzogen haben.

Mittlerweile gibt es eine gesetzliche Neuerung aufgrund der heurigen Novelle des Mindestsicherungsgesetzes. Der Oö. Landtag hat den mehrheitlichen Beschluss gefasst, dass von Subsidiär Schutzberechtigten Integrationserklärungen unterschrieben werden müssen, um die Mindestsicherung beziehen zu dürfen. Dazu gibt es eine Mustererklärung, die von allen Bezirkshauptmannschaften bzw. Magistraten für neu ins System kommende Asylberechtigte und Subsidiär Schutzberechtigte zu verwenden ist. Im oberösterreichischen Mindestsicherungsgesetz ist ein neuer Passus enthalten, der lautet: ‚Leistungen der Gemeinden im Rahmen der Integration können von der Abgabe der Integrationserklärung abhängig gemacht werden‘. Aufgrund dieser neuen Rechtslage stellen wir nochmals den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Im Zuge der Beratungen im Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Integration über die Evaluierung und Adaptierung des ‚Maßnahmenpakets Integration‘ (zugewiesener Teil des Antrages der Gemeinderatssitzung 28. Jänner 2016) soll eine Entscheidung darüber getroffen werden, inwieweit freiwillige Leistungen der Stadt Linz für Asylberechtigte und Subsidiär Schutzberechtigte von der Abgabe der Integrationserklärung abhängig gemacht werden (§ 11a Abs. 4 Oö. Mindestsicherungsgesetz).“

Ich bitte um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Grabmayr:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, der Antrag der ÖVP wurde wohl schon vor längerer Zeit entworfen. Bis Anfang dieses Jahres war die Stimmung in der Bevölkerung nicht so ausgeprägt, wie heute. Damals gab es wirklich noch viele Menschen, die an die Integration der Massen, die aus Syrien, Afghanistan bzw. dem subsaharischen Afrika einwandern, geglaubt haben. Heute hat sich dieses Bild gewandelt.

Die verantwortlichen Regierungsmitglieder der ÖVP, wie Herr Sobotka, und auch der SPÖ, wie Herr Doskozil, diskutieren heute nicht mehr über eine bessere Integration, sondern, so wie wir es in der letzten Gemeinderatssitzung gefordert haben, über Rückwanderungsangebote bzw. konkret über Abschiebequoten. Wir glauben daher, dass Ihr Begehren mittlerweile obsolet ist. Wir würden es begrüßen, wenn Sie aktuellen Vorschlägen, die sich mit der Rückführung von Asylwerbern beschäftigen, zustimmen würden. Unsere Fraktion wird sich daher bei Ihrem Antrag enthalten.“ (Beifall FPÖ)

Stadträtin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, Herr Klubobmann Hajart, wir haben dieses Thema, wie Sie ohnedies schon erwähnt haben, Anfang dieses Jahres schon einmal behandelt. Sie haben damals schon ins Treffen geführt, dass es bei der Integrationsvereinbarung um wechselseitige Rechte und Pflichten gehen soll. Heute haben Sie das nochmal um Fordern und Fördern verstärkt und das Thema bedarfsorientierte Mindestsicherung angesprochen.

Ich darf noch einmal ein bisschen - aber angesichts der fortgeschrittenen Stunde nicht allzu weit - ausholen. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung ist ohnedies schon von Bemühungspflichten umschlossen. Mit der neuen gesetzlichen Verankerung im Land Oberösterreich sind diese jetzt noch einmal hineingekommen, zweimal sozusagen. In der Integrationsvereinbarung ist unter dem Passus und Artikel 11a noch einmal das Bemühen in den Themenstellungen, Grundwerte und Regeln des Zusammenlebens, Erlernen der deutschen Sprache, und wenn es um das Arbeits- und Sozialsystem geht, die Bemühungspflicht mit dem Ziel der Selbstversorgung, verankert.

Der Vorschlag der ÖVP ist, diesen Antrag dem Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Integration und Sport zuzuweisen, und weiter zu beraten, ob man Leistungen aus diesem Bereich - ich kann nur über meinen eigenen Bereich beraten - von der Unterschrift der Integrationserklärung abhängig macht. Es gibt in Österreich schon Erfahrungen, und zwar in Vorarlberg. Dort hat man diese Integrationserklärung schon zu Beginn dieses Jahres eingeführt. Ich kann auf einen Presstext vom September des heurigen Jahres verweisen, wo seitens der ÖVP Landeshauptmann Markus Wallner, zitiert wird. Er hat festgestellt, dass die Integrationsvereinbarung funktioniert, weil sie zu hundert Prozent unterschrieben ist. Ich traue mir zu sagen, ohne die Glaskugel strapazieren zu müssen, dass die Integrationsvereinbarung, die zukünftig den Asylberechtigten oder Subsidiär Schutzberechtigten vorgelegt wird, zu 100 Prozent unterschrieben werden wird. Das ist das Thema. Sie sagen, man solle prüfen, wo man freiwillige Leistungen aus dem Sozialbereich einschränken kann, wenn die Integrationsvereinbarung nicht unterschrieben wird und wo man Maßnahmen setzen könnte. Wir haben diesen Bereich sehr, sehr eingehend geprüft. Wir haben im Sozialbereich Leistungen, die nur aufgrund gesetzlicher Regelungen in Anspruch genommen werden können. Wir haben in diesem Bereich keine besonderen Aktivitäten oder keine nennenswerten Leistungen, die die geforderte Integrationsvereinbarung festlegen würde. Es sind nur Leistungen umfasst, auf die ein Rechtsanspruch besteht. Insofern ist das also obsolet. Wir werden uns deswegen der Stimme enthalten.“

Gemeinderätin Mag.^a Grün:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich kann es kurz machen. Warum die ÖVP-Fraktionsmitglieder im Umgang mit Integration auf einen derart repressiven Zug aufspringt, müssen sie für sich selber beantworten. Ich habe schon öfter gesagt, dass ich das für eine christlich soziale Partei etwas eigenartig finde. Ich denke, man braucht einen weltoffenen Umgang mit den Menschen. Man muss den Menschen, die zu uns kommen, auf Augenhöhe begegnen. Sie haben dieselben Rechte und Zugänge zu unseren Sozialleistungen und müssen die Gesetze genauso einhalten, wie alle anderen. Daher ein klares Nein. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mag. Hajart:

„Ich bleibe bei meinem Leitsatz Fördern und Fordern. Ich nehme zur Kenntnis, dass die linke Seite der Politik im Gemeinderat nur beim Thema Fördern einen Aspekt ansetzen möchte. Beim Thema Fordern ist man nicht bereit etwas einzuholen. Ich kann diese Argumente nur zur Kenntnis nehmen, teile sie aber nicht. Danke schön.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und NEOS (3) sowie bei Gegenstimmen der Grünen-Fraktion (9) und Gemeinderätin Mag.^a Grün, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Mayr berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag:

H 7 Erarbeitung einer Linzer Sucht- und Drogenstrategie – Handlungsfelder auf kommunaler Ebene

und führt aus:

„Sehr geehrte Damen und Herren, die Problematik am Hessenplatz hat aufgezeigt, dass es

nicht reicht, nur die Drogenkriminalität zu bekämpfen, sondern dass man sich als Stadt auch verstärkt um das Thema Sucht- und Drogenkranke an öffentlichen Orten kümmern muss. Eine reine Auslagerung von Brennpunkten an andere Plätze in Linz, kann nicht die Lösung sein. Wir brauchen daher für Linz ein umfassendes Konzept unter Miteinbeziehung von relevanten Gebietskörperschaften. Wir stellen daher folgenden Antrag.

Der Gemeinderat beschließe:

„Die Sozialreferentin und der Sicherheits- und Gesundheitsreferent werden ersucht, gemeinsam einen Prozessablauf vorzuschlagen und in ihren Ausschüssen zu beraten, wie und in welchem Zeitraum eine Linzer Sucht- und Drogenstrategie mit den Handlungsfeldern auf kommunaler Ebene erarbeitet werden kann. Dazu sind die relevanten Institutionen auf Bundes- und Landesebene einzubeziehen.“

Wir bitten um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Åkerblom:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, bei diesem Thema sehen wir schon längst einen dringenden Handlungsbedarf. Wir können jedoch diesem Antrag nicht zustimmen, weil bereits besprochen wird, was man in Linz gegen Sucht und Drogen machen kann. Im Frühjahr fand ein Sicherheitsgipfel mit dem Schwerpunkt Drogen statt. Bereits da hat man über Präventionsarbeit und weitere Zusammenarbeit gesprochen.

Am 28. September hat der erste Runde Tisch betreffend Hessenplatz stattgefunden. Man hat drei Arbeitsgruppen mit verschiedenen Themenfeldern gebildet. Eine betrifft Prävention, Soziales und Sicherheit. Jede Arbeitsgruppe wird mit Experten und Expertinnen Details ausarbeiten. Bis Ende Februar 2017 sollten konsolidierte Vorschläge vorliegen. Die Arbeitsgruppen und die Politik wollen die Probleme nicht nur weg von der Öffentlichkeit bringen, sondern tiefer greifen und die Probleme angehen.

Wenn wir zustimmen werden, geht die ganze Sache noch einmal weiter zu den Ausschüssen, wo der Ball bereits im Spiel ist. Natürlich braucht alles Zeit. Wir sind aber davon überzeugt, dass die kurz- und langfristigen Ziele mit Erfolg erreicht werden. Gleichzeitige Beratungen in mehreren verschiedenen Gremien bringen nichts. Darum enthalten wir uns der Stimme.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderätin Mag.^a Hartig:

„Ich habe mich in der letzten Gemeinderatssitzung natürlich gefragt, was am Hessenplatz passiert, welche sozialen Maßnahmen in der Stadt grundsätzlich geplant sind, nachdem wir vieles beschlossen haben. Ich habe für die September-Gemeinderatssitzung einen umfassenden Antrag gestellt, der beinhaltet hat, welche konkreten Maßnahmen gesetzt werden. Im Zuge dessen, wollen wir uns nicht der Diskussion verweigern, sondern vorschlagen, den Antrag dem Ausschuss zuzuweisen. Dort soll weiter darüber diskutiert werden, was jetzt konkret in der Stadt Linz passiert - wie Verdrängungsmaßnahmen vorgebeugt werden kann, was diverse Institutionen wie POINT oder Substanz etc. machen und wie sie eingebunden werden usw. Neben diesem BürgerInnen-Austausch, braucht es natürlich einen politischen Austausch.“ (Beifall Die Grünen)

Stadträtin Hörzing:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, ich schlage aus

mehreren Gründen vor, sich der Stimme zu enthalten. Grundsätzlich diskutieren wir - das wurde von Frau Kollegin Åkerblom schon erwähnt - beim Sicherheitsgipfel über die Verbesserungen im Bereich Hessenpark. Hier ist grundsätzlich gefordert, dass Herr Kollege Wimmer und ich an einer Linzer Sucht- und Drogenstrategie arbeiten sollten. Ich glaube, wenn wir das Thema am Hessenplatz im Fokus haben, ist das zu eng begründet. Drogen und Sucht sind sehr, sehr weitläufige Themen. Das ist klarerweise Bundes- oder Landeskompetenz, weil dort die Expertinnen und Experten vor Ort sind. Ich würde es gar nicht so einschränkend behandeln wollen, das ist die eine Thematik.

Aus dem Jahr 2015 gibt es eine sehr gute Zusammenfassung des Landes Oberösterreich, mit welchen Bereichen sich das Land beschäftigt. Dabei geht es um legale und illegale Substanzen, also Alkohol genauso wie Nikotin, aber auch um das Thema Drogen im klassischen Sinn und um Internetmißbrauch oder Kaufsucht. Darüber, wie es in der Zusammenarbeit am Hessenplatz oder bei neuralgischen Punkten weitergeht und welche Maßnahmen wir erreicht haben, kann man gerne im Sozialausschuss ohne diesen Antrag berichten.

Ich möchte noch einmal festhalten, dass die Kompetenz beim Land liegt. Wir können nur um unterstützende Maßnahmen ersuchen. Da sind wir intensiv dran. Deswegen halte ich für die Sozialdemokratie fest, dass wir uns der Stimme enthalten und der Zuweisung nicht zustimmen. Vielen Dank.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Mayr:

„Ich möchte noch einmal betonen, dass es wirklich wichtig ist, was mit dem Hessenplatz passiert. Es ist aber nur eine bloße Verdrängung von Sucht- und Drogenkranken. Die bestehenden Probleme werden dadurch absolut nicht gelöst. Es reicht nicht aus, ständig auf das Land oder auf den Bund zu verweisen. Aufgrund der bestehenden schwierigen Situation, muss die Stadt dringend selbst aktiv werden und das Problem aktiv angehen. Es braucht eine Strategie auf kommunaler Ebene, dafür sollen wir heute mit einem Beschluss die Basis im Sinne der Sucht- und Drogenkranken und im Sinne der Linzerinnen und Linzer schaffen. Ich bitte um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Integration und Sport wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Steiger berichtet über den von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 8 Finanzierung zweite Schienenachse

und führt aus:

„Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, am 8. März 2012 hat der Linzer Gemeinderat im Amtsantrag zur zweiten Schienenachse – Bekenntnis des Linzer Gemeinderates zur Trassenführung und Mitfinanzierung der Einreichplanung - unter Punkt 2) folgenden Beschluss und Auftrag an den Finanzreferenten gefasst.

„Der Gemeinderat bekennt sich zur Mitfinanzierung der Einreichplanung. Der Finanzreferent des Stadtsenates wird ersucht, eine diesbezügliche Vereinbarung mit der Linz AG vorzubereiten und in Folge dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Dieser Punkt wurde bis heute nicht umgesetzt. Aufgrund unserer Gemeinderatsanfrage informierte Herr Bürgermeister im Gemeinderat am 5. März 2015, dass seitens der Stadt Linz für die Rechnungsjahre 2015 und 2016 insgesamt Planungskosten von drei Millionen vorgesehen wären und in der Mittelfristigen Finanzplanung für die zweite Schienenachse bis 2019 weitere Anlaufkosten von 2,1 Millionen Euro eingeplant sind.

Weiters wurde der Gemeinderat in dieser Sitzung vom Bürgermeister informiert, dass aufgrund der Finanzierungszusagen des Landes für die bisher angefallenen Planungskosten und die Einreichplanung der Trasse ohne Brücke der Finanzierungsantrag der Stadt 3,3 Millionen Euro betragen werde. Die Einreichplanung soll demnächst fertiggestellt werden. Was aber nach wie vor fehlt, ist die Vorlage einer Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt und der Linz AG für die Finanzierung der Einreichplanung.

Die Frage zur Umsetzung des Punkt 3) des Gemeinderatsbeschlusses vom März 2012 betreffend der beauftragten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler und dem Verkehrsminister über eine Kostenbeteiligung des Bundes an der zweiten Schienenachse, beantwortete Bürgermeister Luger im Gemeinderat im März 2015 wie folgt: ‚Ich werde sinnvollerweise weitere Schritte erst dann setzen, wenn alle Parameter für dieses Projekt fixiert sind. Es ist üblich - das wissen wir z.B. von der Linzer Westumfahrung -, dass mit anderen Behörden und mit anderen Ebenen unserer Republik, ob das Land oder Bund ist, erst dann gesprochen und verhandelt werden kann, wenn eine Einreichplanung und eine Kostenkalkulation auf dem Tisch liegen. Vorher macht das keinen Sinn.‘ - Zitat Ende.

Fraglich ist, ob und wie die Stadt Linz ohne eine größere Finanzierungsbeteiligung des Bundes überhaupt finanziell in der Lage ist, den Bau der zweiten Schienenachse zu beschließen. Der Linz AG-Vorstandsdirektor, Erich Haider, hat bereits öffentlich in einem Zeitungsinterview eine Vorfinanzierung der zweiten Schienenachse durch die Linz AG ausgeschlossen. Wir stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

‚1. Der Finanzreferent wird aufgefordert, den Punkt 2) des Gemeinderatsbeschlusses vom 8. März 2012 umzusetzen und dem Gemeinderat eine Finanzvereinbarung mit der Linz AG zur Finanzierung der Einreichplanung zur zweiten Schienenachse vorzulegen.

2. Der Finanzreferent wird aufgefordert, im nächsten Finanzausschuss einen Zwischenbericht über die möglichen Finanzierungen der zweiten Schienenachse vorzulegen und darüber zu informieren, welche finanziellen Beträge die Finanzverwaltung der Stadt Linz in der neuen Mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 jährlich einplant.‘

Ich bitte um Zustimmung. (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Grininger, MSc:

‚Ich mache es kurz, wir werden dem Punkt 1 zustimmen. Zum Punkt 2 bringen wir einen **Abänderungsantrag** ein, weil wir finden, dass über die Verhandlungen mit Land und Bund entsprechend informiert werden soll. Ich glaube, der Abänderungsantrag ist allen Fraktionen zugegangen.

Der Gemeinderat beschließe:

‚2. Der Finanzreferent wird ersucht, im nächsten Finanzausschuss einen Bericht über den aktuellen Stand der Verhandlungen mit dem Land und dem Bund über die Finanzierung der

zweiten Schienenachse vorzulegen und darüber zu informieren, welche finanziellen Beträge die Finanzverwaltung der Stadt Linz in der neuen Mittelfristigen Finanzplanung bis 2021 jährlich einplant.'

Ich bitte um Zustimmung. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Vizebürgermeister Wimmer:

„Sehr geehrte Damen und Herren, danke für den vorliegenden Antrag und den Vorschlag, entsprechende nähere Begutachtungen durchzuführen. Ich würde vorschlagen, den Antrag dem Finanzausschuss noch zur thematischen Ausarbeitung und zur Vorbereitung der Umsetzung zuzuweisen. Ich glaube, es sind noch einige Punkte offen, wie aktuell berichtet wurde. Das kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht so umgesetzt werden, wie es im Sinn der Antragsstellung wäre. Die FPÖ wäre somit für eine Zuweisung.“ (Beifall FPÖ)

Vizebürgermeister Forsterleitner:

„Ich habe mich selbst zu Wort gemeldet und möchte kurz ergänzen. Ich glaube, das ist inzwischen transparent und nachvollziehbar, sicher auch für die ÖVP nachvollziehbar, weil es seit Wochen in allen Medien steht, dass wir dann Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich haben. Ich wüsste beim besten Willen nicht, wie ich eine Finanzierungsplanung vorlegen soll, ohne die Parameter des Landes zu kennen und wie ich mit der Linz AG abschließen sollte, ohne Klarheit darüber zu haben, welchen Beitrag das Land Oberösterreich in dieser Frage leistet. Ich ersuche daher um Verständnis. Man kann von mir nicht Dinge verlangen, die ich auf Basis von laufenden Gesprächen nicht vorlegen kann. Dass die Gespräche erst jetzt stattfinden, liegt wirklich nicht an mir. Das stelle ich schon einmal fest.

Nichtsdestotrotz halte ich den Vorschlag, darüber im Finanzausschuss zu diskutieren, für sehr gut. Ich würde ersuchen, dass wir das tun und wir alle vorliegenden Anträge, wenn das okay ist, miteinander im Finanzausschuss diskutieren. Ich berichte gerne über das was ich weiß und kann gerne über die vorliegenden Zahlen berichten. Ich kann aber noch keine Finanzierungsvereinbarung vorlegen, weil mir die Fakten dafür fehlen. Ist das eine Vorgangsweise, die Zustimmung findet? Falls es sonst keine Wortmeldungen mehr gibt, würde ich diese Frage an den Herrn Berichterstatter zurückgeben.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Steiger:

„Danke, diese Vorgehensweise ist okay. Danke den Grünen für die Zustimmung. Der Abänderungsantrag ist für uns auch okay. Danke.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages inklusive den Abänderungsantrag der Grünen abstimmen.

Der Antrag inkl. Abänderungsantrag wird **einstimmig dem Finanzausschuss zugewiesen.**

Gemeinderat Grininger, MSc, berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

H 9 Masterplan Ebelsberg - Kooperative Planungsverfahren

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich muss sagen, dass ich im Ausschuss vom Prozess zum kooperativen Planungsverfahren ganz angetan war.

Ich denke, dass man eine recht gute Lösung zusammenbringen kann. Jetzt aber kommt mein großes Aber.

Ich bin vom Umgang mit den politischen Gremien und dem politischen System in unserer Stadt nach wie vor irritiert. Das Planungsverfahren ist jetzt so aufgesetzt, dass die Fraktionen im Gemeinderat, außer Rot und Blau de facto, gar nicht eingebunden sind. Der Ausschuss verkommt zu einem reinen Abnickgremium. Nach meiner Intervention im Ausschuss ist jetzt angedacht, dass man die Fraktionen im Bürgerbeteiligungsverfahren eventuell ein bisschen informiert, was wieder einmal keine komplette Transparenz für den Gemeinderat bedeuten würde.

Dementsprechend fordern wir mit unserem Antrag ein klares Bekenntnis zur Einbindung aller Gemeinderatsfraktionen im kooperativen Planungsverfahren und ein Recht zur Stellungnahme.

Der Gemeinderat beschließe:

„Das zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenates wird gebeten, umgehend in der Entwicklung der kooperativen Planungsverfahren die aktive Einbindung aller Gemeinderatsfraktionen sicherzustellen. Zudem soll der Ausschuss für Infrastruktur regelmäßig über den Planungs- und Entwicklungsstand informiert werden und den Mitgliedern des Ausschusses muss ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt werden.“

Ich bitte um Zustimmung. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Pfeffer:

„Im letzten Ausschuss ist schon angesprochen worden, dass erstens einmal der Ausschuss über den Fortgang des Planungsverfahrens regelmäßig informiert wird. Der Direktor für Planung, Technik und Umweltschutz (PTU) hat bereits angesprochen, dass bezüglich einer konkreten Einbindung zu den Vorgängen beim Planungsverfahren noch ein eigener Modus gefunden werden wird. In dieser Sache ist die Zuweisung zum Ausschuss wieder eine vernünftige Vorgangsweise. Dort können die Sachen entsprechend auf die Wege gebracht werden.“

Gemeinderätin Sommer:

„Wir hätten zur Einbindung der Fraktion noch eine genauere Definition. Wir möchten einen **Abänderungsantrag** stellen:

Der Gemeinderat beschließe:

„Das zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenates wird gebeten, umgehend in der Entwicklung der kooperativen Planungsverfahren die aktive Einbindung jener Gemeinderatsfraktionen, von denen noch kein Mandatar in einem Gremium des kooperativen Verfahrens vertreten ist, sicherzustellen. Zudem soll der Ausschuss für Infrastruktur regelmäßig über den Planungs- und Entwicklungsstand informiert werden und den Mitgliedern des Ausschusses muss ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt werden.“

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderätin Weiss:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wie seitens der FPÖ schon angemerkt wurde, sind bei diesem Verfahren viele beteiligte Interessen zu

berücksichtigen. Wie diese aktive Einbindung vonstattengehen soll, darüber sollte noch intensiv diskutiert werden. Wir würden daher präferieren, dass dieser Antrag noch einmal im Ausschuss für Infrastruktur zur Diskussion zugewiesen wird. Vielen Dank.“ (Beifall SPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Ich mag nur kurz vorweg schicken, dass die Information des Ausschusses natürlich etwas anderes, als eine vernünftige Einbindung und eine Mitarbeit ist.

Für uns geht die Zuweisung zum Ausschuss und der Abänderungsantrag der ÖVP in Ordnung. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages inkl. Abänderungsantrag abstimmen.

Der Antrag inkl. Abänderungsantrag wird **einstimmig an den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau zugewiesen.**

Gemeinderat Grininger, MSc, berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

H 10 Park-and-ride - Rücknahme des Kürzungspaketes

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Park-and-ride ist ein wichtiges Thema, das in diesem Gemeinderat schon mehrfach diskutiert worden ist. Wir haben im Mai einen entsprechenden Antrag einstimmig beschlossen und verabschiedet, dass sich die Stadt Linz dazu bekennt, hier etwas zu machen. Der vorliegende Antrag soll das zuständige Stadtsenatsmitglied nochmals entsprechend ermächtigen, den Willen des Gemeinderates gegenüber dem Land zu artikulieren, damit das von Landesrat Steinkellner geplante Kürzungspaket, das wirklich massiv ist, entsprechend zurückgenommen wird.

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Linzer Gemeinderat bekennt sich weiterhin zum Ausbau von Park-and-ride-Anlagen gemäß dem Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz. Das für Verkehrswesen zuständige Mitglied des Linzer Stadtsenats wird daher beauftragt, umgehend mit dem zuständigen Mitglied der Oö. Landesregierung in Verhandlungen zu treten, um eine Umsetzung des einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses vom 19. Mai 2016 betreffend die Errichtung der im Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz vorgesehenen Park-and-ride-Anlagen zu erreichen und die von Landesrat Steinkellner angekündigte Reduktion von Park-and-ride-Anlagen zu verhindern.“

Ich ersuche um Zustimmung. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Stadtrat Hein:

„Wir können in jeder Gemeinderatssitzung einen Antrag über Park-and-ride behandeln. Im Mai haben wir so einen Antrag gehabt, im Ausschuss habe ich ausführlichst darüber berichtet, weil ich mit Landesrat Steinkellner umgehend in Verbindung getreten bin.

Wir werden gegen diesen Antrag stimmen, weil er inhaltlich falsch ist. Es gibt kein Kürzungspaket, das hat Landesrat Steinkellner niemals gesagt. Das Einzige, was gemacht wurde, ist eine Priorisierung durch das Land Oberösterreich nach einer Bedarfsanalyse. Es hat sich herausgestellt, dass viele Park-and-ride-Anlagen – um nicht zu sagen, die meisten – nicht einmal jetzt an der Kapazitätsgrenze sind. Das heißt, es sind noch ausreichend Kapazitäten frei. Es gibt lediglich eine Anlage in Gusen, die ausgelastet ist, bei der es aber in unmittelbarer Nähe eine alternative Ausweichmöglichkeit gibt.

Weiters macht der große Ausbau von Park-and-ride-Anlagen natürlich nur dort Sinn, wo die öffentliche Verkehrsanbindung ausreichend vorhanden ist. Als Beispiel möchte ich Pichling erwähnen. Hier macht der Ausbau noch gar keinen Sinn, solange nicht der viergleisige Ausbau durch die Österreichischen Bundesbahnen erfolgt ist. Er wird von den Menschen nicht angenommen, weil der Takt, der zurzeit gefahren wird, einfach zu gering ist.

Inhaltlich gesagt, ist der Antrag, wie gesagt, falsch, weil es kein Kürzungspaket gibt. Daher werden wir gegen den Antrag stimmen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Hackl:

„Park-and-ride, sehr geehrte Damen und Herren des Linzer Gemeinderates, muss ausgebaut werden. Der tägliche Stau, den jeder spürt und der vom Bezirk Rohrbach herunter fast schon eine Stunde und länger dauert ist kein Lösungsansatz mehr.

Dir, lieber Markus, möchte ich sagen, deine Aussage ‚Jammern auf hohem Niveau‘ ist für die Pendler wie ein Schlag ins Gesicht, denn sie können nicht woanders hin ausweichen. Linz profitiert sehr wesentlich von den Pendlern, denn aufgrund der Vielzahl der Beschäftigten aus den Umlandgemeinden bekommt die Stadt Linz von den Firmen die Kommunalsteuer, auf die Linz gerade jetzt aufgrund der prekären finanziellen Lage nicht verzichten kann.

Einfach zu sagen, auch in anderen Großstädten staut es, ist mir zu billig. Der Sager ‚für viele Pendler spielt Bequemlichkeit eine große Rolle‘, wurde sicherlich nicht hinterfragt. Viele Pendler haben keine Möglichkeit, am Abend mit öffentliche Verkehrsmittel nachhause zu kommen, da die Verbindung sehr schlecht ist. Sie sind deswegen auf ihren PKW angewiesen.

Es betrifft jedoch nicht nur die Pendler, sondern auch die Linzer Bevölkerung sehr stark. Aufgrund der fehlenden Eisenbahnbrücke, die täglich 15.000 Fahrzeuge aufgenommen hat, verteilen sich nun die Fahrzeuge auf die zwei noch bestehenden Brücken. Das wird sicherlich noch bis 2020, wenn nicht länger, dauern und der Verkehr wird laufend zunehmen. Mit Park-and-ride und der damit verbundenen Strukturierung des öffentlichen Verkehrs zu diesen Plätzen, könnte der Linzer Staumisere nicht kurzfristig, aber doch mittelfristig entgegen gewirkt werden. Mit diesem Prinzip könnte nicht nur ein positiver Verkehrsimpuls im Sinne einer Entlastung der Verkehrsdichte im Zentrum erreicht, sondern der innerstädtische, öffentliche Verkehr durch zusätzliche Fahrgäste gestärkt werden.

Deswegen muss ich dir, lieber Stadtrat Hein, sagen, dass mittelfristige Lösungsansätze zumindest besser sind, als nichts zu tun und die Problematik wegzureden. Danke.“ (Beifall ÖVP)

Gemeinderat Benedik:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Grininger, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich bei meiner Wortmeldung kurz halten. Ich möchte gleich zu Beginn vorweg schicken, dass wir deinem Antrag zustimmen werden.

Wir machen das aus Überzeugung, weil wir auch der Meinung sind, dass Park-and-ride- und Bike-and-ride-Anlagen wichtige Systeme sind, um den motorisierten Individualverkehr auf

öffentlichen Verkehr umzuleiten. Deswegen haben wir am 19. Mai – das war Kollegin Weiss - unseren Antrag eingebracht und auch deinem Zusatzantrag zugestimmt.

Eigentlich hört sich das vom Herrn Infrastrukturreferenten jetzt so an, als ob der Antrag obsolet geworden wäre. Ich bin ein bisschen skeptisch, weil wenn es heißt, ‚Es gibt kein Kürzungspaket‘, dann ist das das eine, aber Priorisierung lässt viele Türen und Tore offen. Laut Generalverkehrskonzept pendeln 100.000 Menschen täglich nach Linz ein und wieder hinaus. Wenn wir nichts dagegen machen, dass die Zahl steigt, dann haben wir im Jahr 2025 um ein Viertel mehr dieser Fahrzeuge, die hereinfahren. Das ist für die Stadt Linz natürlich nicht tragbar.

Eine Kürzung ist nicht in unserem Sinne, sie würde sogar fahrlässig sein. Ich muss als Anhänger der Linz Linien noch ins Treffen führen, dass wir unsere Hausaufgaben erledigt haben. Wir haben den öffentlichen Verkehr schon Richtung Trauner Kreuzung, Richtung Traun ausgebaut. Vielleicht wird später sogar noch bis Ansfelden ausgebaut. Wir haben gerade im Antrag vorher nicht mehr über die Möglichkeit einer zweiten Straßenbahnachse durch Linz, sondern nur mehr über die Finanzierung gesprochen. All das ist als Hausaufgabe erledigt. Es wäre wirklich ein Wahnsinn, wenn da etwas zurückgenommen wird.

Der Antrag ist unterstützenswert und wir machen es. Ich hoffe, dass er in diesem Rahmen angenommen wird. Vielen Dank.“ (Beifall SPÖ)

Stadtrat Hein:

„Lieber Gemeinderat Hackl, ich weiß, dein Konzept ist schon vorgeschrieben worden, deshalb hast du nicht auf meine Wortmeldung eingehen können. Ich habe ganz klipp und klar gesagt, dass der Landesrat hier keine Rücknahme gemacht hat und die Park-and-ride-Anlagen, die vorhanden sind, nicht ausgelastet sind.

Natürlich können wir jetzt noch weitere Flächen versiegeln, damit wir noch mehr leere Flächen haben. Ich glaube aber, wir müssen uns schon einmal Gedanken darüber machen, wie wir die Situation jetzt gemeinsam in den Griff bekommen. Es wird kein Weg daran vorbeiführen, dass man bei den Menschen ein bisschen ein Umdenken bewirkt. In Puchenau und in Ottensheim sind Park-and-ride-Anlagen frei. Wir haben dort wirklich eine der besten Anbindungen durch die Mühlkreisbahn, die im Viertelstunden-Takt fährt. Wenn man dann aber sagt, es passiert nichts, dann ist das schlichtweg falsch.

Wie gesagt, es ist nicht einmal ansatzweise an eine Rücknahme der geplanten Park-and-ride-Anlagen gedacht. Es wird eine Umpriorisierung geben. Dort, wo der öffentliche Verkehr mittlerweile gut ausgebaut ist, werden die Anlagen erweitert. Beispielsweise ist die Anlage in Traun, die heuer neu geschaffen worden ist, sehr gut ausgelastet und sehr gut an die Straßenbahn angebunden.

Nur machen Park-and-ride-Anlagen, wie beispielsweise in Pichling, im Moment noch keinen Sinn, weil die Plätze, die jetzt schon angeboten sind, noch immer nicht ausgenutzt werden, weil die Österreichische Bundesbahn auf der bestehenden Infrastruktur mit einem zu schwachen Takt fährt. Einen besseren Takt können sie erst fahren, wenn der viergleisige Ausbau erledigt ist. Das ist seitens der Österreichischen Bundesbahnen in den Jahren 2025 bis 2030 geplant.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Herr Stadtrat Hein, ich finde es spannend, dass Sie sagen, es wird nicht gekürzt. Sie selbst

haben im Ausschuss von einer Redimensionierung gesprochen, Entsprechendes hat die Anfragebeantwortung von Landesrat Steinkellner an den ehemaligen Gemeinderat, jetzigen Landtagsabgeordneten Mayr, ergeben. Es kommt sehr wohl zu einer Redimensionierung bzw. zu einer Kürzung.

Zweitens wissen Sie genau, dass wir uns immer gegen die Versiegelung von Flächen aussprechen. Sie können aber zum Beispiel einmal zum Landesrat Steinkellner gehen und anregen, dass man Rasensteine oder was auch immer verwendet. Das wäre auch eine Möglichkeit.

Dann möchte ich nur ganz kurz aus einer Presseaussendung der FPÖ aus dem letzten Jahr zitieren: ‚Die Freiheitlichen fordern seit Jahren, dass am Stadtrand bzw. in Umlandgemeinden Pendlerparkplätze errichtet werden‘, dann ‚Wort statt Tat‘ ist gefragt, die Pendlerproblematik ist zweifelslos ein überregionales Thema und kann daher nur gemeinsam gelöst werden‘, ‚die SPÖ-regierende Stadt und das ÖVP-dominierte Land müssen sich endlich zusammenreißen und anpacken, statt Verantwortung abzuschieben‘.

Das ist schon sehr fein. Jetzt ist die FPÖ auf beiden Seiten aktiv und die Verantwortung wird auch hin- und hergeschoben bzw. es wird gar nichts gemacht. Genau das ist das Problem. Ich hoffe, dass Sie dem Auftrag, den Sie heute von diesem Gemeinderat bekommen und dem Sie verpflichtet sind, entsprechend nachgehen. Sie sollen bei Landesrat Steinkellner genau das einfordern, was da herinnen steht, nämlich, dass sich der Gemeinderat genau wie es im Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz steht, für den Ausbau der Park-and-ride-Anlagen einsetzt. Das ist jetzt Ihre Aufgabe. Den Auftrag haben Sie vom Gemeinderat bekommen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (16) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Gemeinderat Mag. Langer, M.A., berichtet über den von der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

H 11 Transparente und barrierefreie Informationen zu Gemeinderatssitzungen

und führt aus:

„Beim vorliegenden Antrag geht es um eine Initiative, die schon in der Vorperiode losgetreten worden ist. Die NEOS haben in der aktuellen Periode einen Antrag eingebracht, der dazu geführt hat, dass Inhalte auf der www.linz.at-Seite im Sinne der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich besser aufbereitet werden. Das hat mittlerweile zu der Maßnahme geführt, dass Fraktionsanträge in PDF-Form vorab online gestellt werden. Das ist sehr begrüßenswert.

Wir möchten diese Maßnahme gerne weiter verfolgen und verfeinern. Im Sinne der Barrierefreiheit gibt es durchaus noch Probleme. Es gibt andere Beispiele, wie auf der Webseite des Oberösterreichischen Landtages oder des Nationalrates, in dem diese Dokumente maschinenlesbar zugänglich sind. Das hat den Vorteil, dass sie zum einen für eine Volltextsuche zugänglich sind und zum anderen - das ist besonders wichtig - für Personen mit Sehbeeinträchtigung, damit sie assistierende Software einsetzen können, die diese maschinenlesbaren Texte ausgeben. Zudem würde es für die MitarbeiterInnen des Protokolls zu einer Vereinfachung bei der Übertragung kommen. Wenn wir von Digitalisierung sprechen, können wir bei unseren einfachen Prozessen einen Teil dazu beitragen. Diese einfache Maßnahme würde voraussetzen, dass die Fraktionen ihre Texte zusätzlich zur Papierversion

in maschinenlesbarer digitaler Version zur Verfügung stellen. Die könnten so relativ einfach übernommen werden.

Eine zweite Maßnahme, die ich gerne andiskutieren würde und die auch in der Vorperiode schon einmal andiskutiert wurde ist, dass wir prüfen, ob die so genannten Amtsanträge vorab online gestellt werden können. Sie müssen aber den Kriterien des Datenschutzes entsprechen und natürlich die schutzwillingen Interessen Dritter entsprechend berücksichtigen. Wir stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der Gemeinderat der Stadt Linz ersucht den Bürgermeister, alle Fraktionsanträge einer Gemeinderatssitzung zeitgleich mit der Tagesordnung in maschinenlesbarer Form bereitzustellen, um einen barrierefreien Zugang unter Berücksichtigung gängiger digitaler Endgeräte für alle LinzerInnen zu ermöglichen. Des Weiteren wird ersucht, die Möglichkeit zu prüfen, Anträge anderer Art, wie die Anträge der Ausschüsse oder des Stadtsenates ebenfalls online und barrierefrei zur Verfügung zu stellen.“

Eine Bedeckung eventuell anfallender Kosten soll durch Umschichtung im Budget erfolgen und ist in den kommenden Voranschlägen zu berücksichtigen.“ (Beifall Die Grünen)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderätin Walcher:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Stadt Linz legt größten Wert auf Barrierefreiheit ihres Webauftrittes und erfüllt die gesetzlichen Anforderungen über die Vorgaben hinaus. Dies wird und wurde international honoriert, etwa durch die Auszeichnung ‚Biene‘ in Silber, welche die Webseite der Stadt Linz als Vorbild für kommunale Internetauftritte nennt. Weiters erhielt www.linz.at den Sonderpreis ‚Barrierefreiheit in der IT in Oberösterreich‘. Das Urteil der Fachjury lautete: ‚www.linz.at kann man österreichweit als eine der besten Webauftritte in Bezug auf Zugänglichkeit und Benutzbarkeit bezeichnen.‘ Darauf können wir sicher stolz sein. Wie gesagt, in Linz wird größter Wert auf Barrierefreiheit gelegt. Wer jemals eine Tabelle in HTML manuell nachbearbeitet hat, damit sie von Leseprogrammen korrekt wiedergegeben werden kann, weiß, wovon ich spreche.

Die Veröffentlichung von Amtsanträgen im Internet haben wir schon sehr oft diskutiert. Ich wundere mich, warum das im Abstand von wenigen Monaten immer wieder kommt. Ich schlage Ihnen vor, schauen Sie sich heute doch einmal die Amtsanträge zum Tagesordnungspunkt F, Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau an. Das sind zum Teil zehn Zentimeter dicke Mappen mit angeschlossenen Plänen. Diese Materialien für das Internet barrierefrei aufzubereiten, dafür bräuchten wir wahrscheinlich einen zusätzlichen Dienstposten. Ich gebe auch zu bedenken, dass wir heute am Nachmittag schon sehr lange über Maßnahmen der Budgetkonsolidierung gesprochen haben.

Nun kurz zum restlichen Antragstext: Der Bürgermeister kann keine Anträge in maschinenlesbarer Form bereitstellen, die er selber nicht hat. Wie Sie in der Begründung Ihres Antrages richtig festgestellt haben, liegt es an den Fraktionen, ihre Anträge zusätzlich zur Papierform in entsprechenden elektronischen Formaten bereitzustellen. Ich ersuche daher die zuständigen Stellen im Magistrat uns genau mitzuteilen, welche Kriterien von den Fraktionen beachtet werden müssen. Einer Zuweisung zum Ausschuss für Innovation und Verfassung würden wir uns gerne anschließen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Leidenmühler:

„Lieber Herr Bürgermeister, geschätzter Kollege Langer, liebe Gemeinderätin Walcher, um eine Zuweisung zum Ausschuss des Herrn Bürgermeisters, dem sich die Kollegin Walcher anschließen will, möglich zu machen, muss die Zuweisung einmal beantragt werden. Ich mache das hiermit, dass dieser Antrag dem Verfassungsausschuss mit folgendem Hintergrund zugewiesen wird: Es ist mir berichtet worden – ich bin nicht Mitglied dieses Ausschusses –, dass es zum Thema der Fraktionsanträge am 21. Juni 2016 im Verfassungsausschuss schon einen Konsens gegeben hat, dass das in der Form geschieht, wie es derzeit gemacht wird. Wenn man jetzt etwas anderes will, dann muss man darüber natürlich noch einmal diskutieren. Ebenfalls muss man über die Amtsanträge diskutieren. Das wurde schon geprüft, wie mir gesagt worden ist. Dabei haben sich vor allem datenschutzrechtliche Bedenken ergeben. Das sollte noch einmal näher angeschaut werden. Ich stelle jetzt den Antrag, dass dieser Antrag dem Verfassungsausschuss zugewiesen wird.“

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Mag. Langer, MA:

„Ich bedanke mich für die Anmerkungen, auch für den Vorschlag der Zuweisung zum Ausschuss. Mir ist bewusst, dass dies im Ausschuss noch näher diskutiert werden müsste. Mir ist auch bewusst, dass man das schon einmal überprüft hat. Ich denke, es gibt doch Mittel und Wege, unter Berücksichtigung des Datenschutzes, Teile von Dokumenten zur Verfügung zu stellen, sodass dies trotzdem noch einen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger hat. Insgesamt gehe ich nicht davon aus, dass es sich dabei um eine sehr kostenintensive Maßnahme handelt. Das können wir im Ausschuss gerne noch diskutieren. Ich bedanke mich dafür.“ (Beifall Die Grünen)

Der Vorsitzende lässt über die Zuweisung des Antrages abstimmen.

Der Antrag wird **einstimmig dem Ausschuss für Innovation und Verfassung zugewiesen.**

Gemeinderat Potočnik berichtet über den von der **NEOS-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 12 Lücken füllen - kleine innerstädtische Baulücken systematisch mobilisieren

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht darum, die Lücken in der Stadt zu füllen. Linz hat mehrere hundert Baulücken, die derzeit aus verschiedensten Gründen nicht genutzt werden. Unser Antrag zielt darauf, diese oft sehr kleinen Baulücken zu mobilisieren.

Wir haben vorhin gehört, dass Linz - Herr Bürgermeister, Sie haben das gesagt – ein Babyboom wie in den 1970er-Jahren beschert ist. Das ist schön und gut. Die Stadt wächst. Wie reagiert sie darauf? Sie baut hauptsächlich am südlichen Stadtrand sehr, sehr viele Wohnungen, wandelt agrarische Flächen zu Wohnbau um usw., was absolut legitim ist. Das ist wichtig und unumgänglich. Gleichzeitig ist das mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden, weil die technische und die soziale Infrastruktur hergestellt werden muss.

Jetzt gäbe es eine Möglichkeit, hier sozusagen die Not zu lindern, indem man Baulücken in der Stadt mobilisiert. Da gibt es, wie gesagt, mehrere Hunderte. Warum werden diese Baulücken derzeit nicht mobilisiert? Sie werden als Parkplätze verwendet. Sie sind oft so

klein, dass es sich nicht wirklich lohnt. Man muss irgendwie drauf schauen. In Stuttgart gibt es ein vergleichbares Projekt, wo Baulücken systematisch schon von Seiten der Stadt erhoben wurden und die Stadt hilft, Eigentümer und Investoren zusammenzubringen. Genau so etwas schwebt uns vor. Wir sind natürlich in der Vorgehensweise schon etwas vorsichtig geworden. Es geht jetzt nicht darum, das gleich auf die ganze Stadt auszudehnen, sondern wir wollen einmal eine Art Testfläche bearbeiten. Das könnte von der Dametzstraße bis zur Donaulände, Mozartstraße und Gruberstraße sein. Wir schlagen vor zu erheben, wie viele Baulücken es dort gibt, welche das sind um dann mit drei, vier exemplarischen Bauherren zu sprechen, warum das nicht mobilisiert wird. Aus diesen Daten kann man sowohl auf die ganze Stadt schließen, als auch eruieren, warum dort nicht bebaut wird. Ich schätze das Potential auf 300 bis 400 Baulücken, sprich mehrere Tausend Wohnungen. Das ist ungefähr das, was wir derzeit in Ebelsberg planen. Ich würde bitten, dass wir an das systematisch herangehen. Die Stadt hat eine Rolle. Es ist nicht so, dass wir nichts tun können wenn das nicht der Stadt gehört. Die Stadt kann ganz im Gegenteil sehr aktiv werden.

Daher stellen wir folgenden Antrag an die zuständigen Referenten für Stadtentwicklung und Innovation, also wieder an beide :

Der Gemeinderat beschließe:

„Die zuständigen Referenten für Stadtentwicklung und Innovation werden ersucht, eine Studie in Auftrag zu geben, die am Testfeld Mozartstraße-Huemerstraße/Honauerstraße-Dametzstraße-Donaulände das Potential kleiner innerstädtischer Baulücken erhebt und Möglichkeiten und Voraussetzungen der Mobilisierung eruiert.“

Die Bedeckung der anfallenden Kosten soll durch Umschichtungen im laufenden Budget bzw. durch Berücksichtigung in kommenden Voranschlägen sichergestellt werden. Möglichkeiten (Forschungs-)Fördergelder zu gewinnen (Bund, Land) wären zu prüfen.

Also eigentlich ein ganz kleines einfaches Projekt, das mit einem Testfeld auf Schiene gebracht werden soll.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Lieber Lorenz, ich danke dir für diesen Antrag, den wir ähnlich schon im Jahr 2009 eingebracht haben, nämlich für die Erstellung eines Baulückenkatasters in Linz. Wir Grünen sind schon sehr lange der Meinung, dass es besser ist, Bauland zu verdichten, als Grünland zu vernichten. Entsprechend werden wir dem Antrag zustimmen. Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Stadtrat Hein:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Lorenz, ich finde die Idee ausgezeichnet, auch wie es die Stadtverwaltung in Stuttgart macht. Dort wird ein umfangreiches Informations- und Beratungsangebot zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird über Bau- und Finanzierungsmöglichkeiten beraten und sogar zwischen Eigentümer und Verwaltung und auch zwischen Investoren und Partnern vermittelt. Leider benötigt aber so ein System, wenn man das ernsthaft betreibt, große finanzielle Reserven und große personelle Ressourcen. Wir haben heute ein Sparpaket beschlossen. Ich bin davon überzeugt, dass sich die Stadt in den nächsten Jahren auf ihre Kernaufgaben konzentrieren soll. Dieses Angebot – wirklich eine tolle Serviceleistung – gehört nicht zu den Kernaufgaben. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag diesmal enthalten.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Steiger:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Lorenz, ich begrüße deine Initiative sehr. Ich darf darauf verweisen, lange bevor wir zwei diesem Haus angehört haben, hat die ÖVP schon ähnliche Anträge gestellt - da war noch Peter Sonnberger aktiv in diesem Haus. Ich unterstütze das sehr. Es wurde auch schon angemerkt, dass die Stadt wächst. Es gibt Gott sei Dank viele Kinder in dieser Stadt. Wir würden daher gerne einen Zusatzantrag stellen und den von dir vorgeschlagenen Antrag noch ein wenig weitergehen lassen, um die Wohnungsleerstände in die Überlegungen einer Mobilisierung miteinzubeziehen. Daher stelle ich folgenden **Zusatzantrag:**

Der Gemeinderat beschließt:

„Im Zuge der Studie zur Potentialerhebung sollen auch Wohnungsleerstände erfasst und in die Überlegungen einer Mobilisierung miteinbezogen werden.“

Ich bitte um Annahme.“ (Beifall ÖVP)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Potočnik:

„Gleich einmal zum Zusatzantrag, das sind zwei verschiedene Dinge, ich muss enttäuschen. Der Wohnungsleerstand und Baulücken sind zwei komplett verschiedene Kapitel, außer dass bei beiden etwas leer ist. Bei Wohnungsleerständen braucht es vollkommen andere Maßnahmen, von Mieterschutzgesetz bis eventuell Leerstandpönale usw. Aber das ist ein vollkommen anderes Thema, als bei den Baulücken. Insofern ist das für mich, so gern ich das unterstützen würde, ein anderer Antrag bzw. ein anderes Thema.

Markus Hein, ich weiß, dass du weißt, dass so ein Projekt wichtig wäre. Insofern möchte ich deiner Argumentation nicht folgen. Ich bitte darum, dass wir aus einem ganz einfachen Grund zumindest eine Zuweisung zustande bringen. Vieles, was wir hier in der Stadt schaffen müssen, bedarf der Kreativität. Auch die Finanzierung bedarf der Kreativität. Ich würde gerne im Ausschuss noch einmal darüber sprechen. In Wirklichkeit reden wir bei dieser ersten Testfläche nicht von großen Summen. Vielleicht reichen 20.000 Euro, um zu checken, wo das Potential ist, wo die Probleme liegen und was zu tun wäre. Das werden wir aufbringen. So wie wir die Kosten beim kooperativen Verfahren an die Investoren übertragen haben, bin ich mir sicher, dass wir auch da eine kreative Lösung finden. Daher bitte ich für die Zukunft von Linz und die innerstädtische Wohnungsproduktion dringend um eine Zuweisung, auch von FPÖ-Seite.“

Der Vorsitzende lässt nun über die Zuweisung des Antrages und anschließend über den Antrag abstimmen.

Die Zuweisung des Antrages an den Ausschuss für Infrastruktur, Stadtentwicklung und Wohnbau wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) und Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Stimmhaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) sowie Gemeinderätin Mag.^a Grönn, KPÖ, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderat Potočnik berichtet über den von der **NEOS-Gemeinderatsfraktion** eingebrachten Antrag

H 13 Kooperatives Verfahren Wildbergstraße (Urfahr)

und führt aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es geht schon wieder um Stadtentwicklung. Das wird Ihnen in fünf Jahren bei den Ohren herausstauben. (Zwischenruf, Heiterkeit) Das tut es jetzt schon. (Heiterkeit) Das hat natürlich alles System. In fünf Jahren haben wir hoffentlich alle verstanden, dass das die Quintessenz in der Stadtentwicklung oder in der Stadt ist - aus meiner Sicht natürlich.

Es geht um die Wildbergstraße in Urfahr, wo durch die Bruckner Hochhäuser offensichtlich geworden ist, welche Defizite es dort gibt. In Wirklichkeit ist die ganze Straße im Umbruch. Das sind nicht nur diese Hochhäuser, sondern dort wird sich in den nächsten Jahren alles Mögliche tun. Die Grundstücke der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG), die ehemalige Kunstuni oder gerade noch Kunstuni, die Sparkasse und das Lentia wollen erweitern. Dort passiert wahnsinnig viel. Da braucht es schon wieder Unterstützung von Seiten der Stadt. Das kann man nicht den einzelnen Investoren überlassen, sondern es braucht konzertiertes Vorgehen. So wie in Ebelsberg, wäre ein kooperatives Verfahren das aufgelegte Format.

Es braucht natürlich auch eine klare Haltung der Stadt, weil wir momentan noch nicht wissen, was aus diesem Viertel werden soll. Das heißt, in diesem kooperativen Verfahren, in dem die Kosten natürlich wieder die Investoren tragen - das ist in meinen Augen vollkommen selbstverständlich -, würden alle an einen Tisch kommen und die Zukunft dieses Viertels besprechen - von der Donau bis zur Hauptstraße. Wir stellen daher den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

„Der zuständige Referent für Stadtentwicklung wird ersucht, ein kooperatives Verfahren mit externen Experten für das gesamte Entwicklungsgebiet der Wildbergstraße einzuleiten.“

Bedeckungsvorschlag: Die Kosten für das kooperative Verfahren sollten in erster Linie die hier agierenden Investoren tragen.

Ich bitte um Zustimmung.“

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Zum kooperativen Planungsverfahren habe ich schon einiges ausgeführt. Ich denke, dass das auch bei der Wildbergstraße recht gut sein könnte. Wir machen unsere Zustimmung von einem **Abänderungsantrag** abhängig, den wir einbringen. Er sollte vorliegen.

Der Gemeinderat beschließe:

„Der zuständige Referent für Stadtentwicklung wird ersucht, ein kooperatives Verfahren mit externen ExpertInnen und mit aktiver Einbindung aller Gemeinderatsfraktionen für das gesamte Entwicklungsgebiet der Wildbergstraße einzuleiten.“

Danke.“ (Beifall Die Grünen)

Stadtrat Hein:

„Aus Zeitgründen möchte ich die Historie rund um die so genannten Bruckner Tower jetzt nicht wiedergeben. Das Projekt ist im Gestaltungsbeirat zweimal durchgefallen. Wir haben mit dem

Investor natürlich Gespräche geführt. Dieser hat sich dazu entschlossen, in Absprache mit der Stadt Linz und der Architektenkammer einen Wettbewerb für diesen Bereich aufzusetzen.

Parallel dazu wird ein Ideenwettbewerb aufgesetzt, der sich mit dem gesamten Stadtteil befassen wird. Die konstituierende Sitzung zu diesem Wettbewerb war bereits am 17. Oktober 2016. Das heißt, unserer Stadtplanung ist sehr wohl bewusst, dass das ein sehr dynamischer Stadtteil ist und dort wirklich ein großes Entwicklungspotenzial vorhanden ist. Die Wahl ist nun einmal auf einen baulichen Wettbewerb mit einem Ideenwettbewerb, die anliegenden Grundstücke und die Anbindung an das Lentia betreffend, gefallen. Ähnlich wie auch beim Weinturm. Dort muss der Investor ein stadtplanerisches Gutachten vorlegen, das sich über das gesamte Bahnhofsareal erstreckt. Wir machen uns in der Stadt sehr wohl genauere Gedanken, wie sich dieser Stadtteil zu entwickeln hat. Nachdem dieser Antrag aber in ein bereits laufendes Verfahren eingreifen würde, lehnen wir ihn ab und werden uns der Stimme enthalten.“ (Beifall FPÖ)

Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.

Gemeinderat Potočnik:

„Ich glaube, dass der städtebauliche Wettbewerb in Wirklichkeit gut ist. Zum Zeitpunkt, wo wir das geschrieben haben, habe ich das noch nicht gewusst. Ein kooperatives Verfahren wäre vielleicht ein klein wenig besser. Es gibt aber keine Patentrezepte.

Zwischenruf **Stadtrat Hein:**

„Ideenwettbewerb!“

Gemeinderat Potočnik weiter:

Ideenwettbewerb, ja genau. Ich glaube, ein kooperatives Verfahren wäre breiter aufgesetzt, aber das andere ist auch gut.“

Der Vorsitzende lässt nun über den Abänderungsantrag und anschließend über den Antrag abstimmen.

Der Abänderungsantrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (19) und FPÖ (16) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Der Antrag wird bei **Stimmenthaltung der Fraktionen von SPÖ (19), FPÖ (16) und Die Grünen (9) mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Gemeinderätin Sommer berichtet über den gemeinsam von der **ÖVP-Gemeinderatsfraktion** und der **Gemeinderatsfraktion Die Grünen** eingebrachten Antrag

H 14 Zukunftsorientierter Ausbau des Geh- und Radweges auf der Steyregger Brücke im Zuge der Brückensanierung – Resolution

und führt aus:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Antrag handelt es sich um den zukunftsorientierten Ausbau des Geh- und Radweges auf der Steyregger Brücke im Zuge der Brückensanierung. Im Zuge der Sanierung der Steyregger Brücke wurde 2016 oberwasserseitig ein neuer Zwei-Richtungs-Geh- und Radweg aus offenbar strategischen statischen Gründen mit einer verminderten Breite von nur 2,5 Meter errichtet. Im Begutachtungsentwurf zum Gesamtverkehrskonzept für den Großraum Linz, Hauptadtrouten vom Juni 2014, wurde dazu aber von Experten ein Ausbau auf eine durchgängige Breite von 3,5 Metern sowie eine Verbesserung der Anschlüsse des in Linz einmündenden Radweges empfohlen.

Die Unterwasserseite soll im Jahr 2017 offenbar sogar nur auf 1,4 Meter, im heutigen Zustand 1,5 Meter ausgebaut werden und später maximal als Gehweg nutzbar sein, was gleichzeitig den Einsatz von Winterdienst und Kehrfahrzeugen unmöglich machen würde. Diese Planungen scheinen viele zukünftig zu erwartende und von der Politik angestrebte Entwicklungen, die einen deutlichen Anstieg des Radverkehrsanteiles bis 2020 15 Prozent-Anteil am Gesamtverkehr den vermehrten Einsatz von Lastenrädern, Radanhängern usw. nicht zu berücksichtigen. Der Radweg würde dabei in wenigen Jahren zu einer Engstelle mit Sicherheitsproblemen werden. Eine spätere Verbreiterung würde aufgrund von nachträglich zu erwartendem Aufwand und Kosten nur schwer realisierbar sein. Die unterzeichneten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 12 Abs. 1 StL nachstehenden Antrag:

Der Gemeinderat beschließe folgende **Resolution:**

„Das für Infrastruktur zuständige Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung wird ersucht, umgehend Maßnahmen für den Ausbau des unterwasserseitigen Radwegs auf der Steyregger Brücke mit einer Mindestbreite von 2,5 Metern zu setzen, um damit einen Beitrag zur Erreichung des bereits im März 2012 vom Gemeinderat der Stadt Linz formulierten Ziels zur Erreichung eines Radverkehrsanteils von 15 Prozent im Jahr 2020 zu leisten.“

Ich ersuche um Zustimmung.“ (Beifall ÖVP)

Dazu liegen folgende Wortmeldungen vor:

Gemeinderat Stumptner:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren, liebe Kollegin Sommer, wie schon erwähnt, ist eine Verbreiterung aufgrund der Statik leider nicht möglich. Eine Verbreiterung auf 3,5 Meter wäre nur durch eine Verstärkung des äußeren Brückenhauptträgers möglich. 2,5 Meter sind laut den Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen als Mindestmaß für zwei nebeneinander oder sich entgegenkommende Radfahrer ausreichend. 3,5 Meter wären schon für drei Radfahrer ausreichend.

Der Ausbau der Unterwasserseite würde zudem Kosten von rund 250.000 Euro verursachen. Da das Land Oberösterreich aber bereits den Radweg an der Oberseite errichtet hat, müssten demzufolge laut oberösterreichischem Straßengesetz die Gemeinden Linz und Steyregg die Mehrkosten tragen. Wir werden daher dagegen stimmen.“ (Beifall FPÖ)

Gemeinderat Grininger, MSc:

„Wir haben heute den Radverkehr schon im Gemeinderat gehabt und entsprechend abgelehnt. Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir mit dieser Resolution das Land Oberösterreich auffordern und uns ganz klar positionieren, dass die Steyregger Brücke entsprechend ausgebaut wird. Weil, Herr Gemeinderat Stumptner, haben Sie schon einmal bei 2,5 Meter Breite probiert, mit einem Lastenrad zu fahren? Wahrscheinlich nicht, aber ich weiß es nicht. Lastenräder werden immer mehr. Das ist eine gute und wichtige Pendlerstrecke. Genau darum geht es. Wir brauchen einen zukunftsfähigen Ausbau dieser Brücke, weil es genau dort mangelt in unserer Stadt. Danke schön.“

Bürgermeister Luger:

„Ich bin tief beeindruckt über einen Antrag, den eine ÖVP-Gemeinderätin referiert. Ich erinnere mich an Diskussionen, als noch das Verkehrsressort, der Straßenbau auf Landesebene bei der ÖVP gewesen ist. Da hatten wir ähnliche Resolutionen über Probleme von Radwegen auf

mehreren Brücken in der Stadt. Damals konnte die ÖVP mit formalen Argumenten bei allem Verständnis für die Situation nicht zustimmen. Ich bin darüber sehr erfreut, dass nicht nur das Sein das Bewusstsein ändert, sondern auch die Ressortzuständigkeiten das Verhalten ändert. Das wollte ich nur sagen. Aber unabhängig davon, weil sich die Sozialdemokratie in der Vergangenheit in diesen Fragen nicht ressortbezogen verhalten hat, wird meine Fraktion dem zustimmen.“

Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort.

Gemeinderätin Sommer:

„Ich verzichte in Anbetracht der Zeit auf ein Schlusswort.“ (Beifall)

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird bei **Gegenstimmen der FPÖ-Fraktion (16) mit Stimmenmehrheit angenommen.**

Die Tagesordnung der 10. Sitzung des Gemeinderates ist damit erledigt.

Bürgermeister Luger dankt für die Mitarbeit, wünscht einen schönen Abend und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20.40 Uhr

Postentgelt bar bezahlt

Diese Amtsblatt-Beilage wurde auf umweltfreundlichem Papier hergestellt.

Medieninhaber und Herausgeber: Magistrat Linz. Redaktion: Petra Amesberger, Präsidium, Hauptplatz 1, 4041 Linz, Tel. 7070-1137; Abteilungsleiter Präsidium: MMag. Andreas Atzgerstorfer; Medienhersteller: Magistrat Linz;